



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Die Veme

Lindner, Theodor

Münster [u.a.], 1888

Zweites Buch. Die Rechtsquellen.

urn:nbn:de:hbz:466:1-9345

ZWEITES BUCH.

Die Rechtsquellen.

Die Quellen des Vemerechtes sind verschiedener Natur. Amtlichen Ursprungs und Wesens sind streng genommen nur die Kapitelbeschlüsse, unter denen die Soest-Dortmunder von 1430 und die Arnsberger Reformation von 1437 hervorrangen, sowie die sogenannte Reformation Friedrichs III. von 1442. Die Ruprechtschen Fragen von 1408 entstanden zwar auf Befehl des Königs, geben aber nur die Auffassung der wenigen befragten Freigrafen wieder. Andere Aufzeichnungen bezweckten, Freigrafen und Freischöffen über Gang und Verfahren des Gerichts zu unterrichten; obgleich die Verfasser ihre Kenntniss aus der thatsächlichen Uebung schöpften, konnten sie doch daneben ihre persönliche Meinung zum Ausdruck bringen. Diese kurzen Niederschriften betrafen zunächst nur einzelne Vorgänge und Verhältnisse. Später wurden mehrere von ihnen vereinigt, die Zusammensteller fügten anderweitig Entlehntes oder Eigenes hinzu, und so entstanden die sogenannten Rechtsbücher. Sie verarbeiteten auch Weisthümer, welche an Freistühlen oder in Kapiteln gefunden waren, Rechtsbelehrungen, welche eine Stadt oder Personen sich an geeigneten Stellen erbaten, und dergleichen. Manche solcher Rechtsweisungen liegen auch noch in ihrer ersten urkundlichen Gestalt vor. Eigentlich ist jedes Urtheil ein Weisthum. Sie alle zu sammeln würde kaum lohnen. Theils wiederholen sie einförmig längst Bekanntes in etwas anderer Form, theils beziehen sie sich nur auf einen besonderen Fall, der an sich nicht von Bedeutung ist. Endlich spiegeln sie keineswegs immer den wirklichen Rechtsstand wieder, sondern dienten oft nur dazu, um aus augenblicklicher Verlegenheit zu helfen. Die wichtigeren habe ich in der späteren Darstellung benutzt und mitgetheilt.

Die Rechtsbücher sind wie die Homerischen Gedichte durch Zusammenfügung ursprünglich getrennter einzelner Theile entstanden. Duncker¹⁾ hat bereits den Nachweis geführt, dass das Grosse Rechtsbuch, wie ich es bezeichnen will, welches Mascov²⁾ und Tross³⁾ herausgaben, auf zwei älteren beruht, welche Wigand⁴⁾ aus jetzt verschollenen Arnsberger Handschriften veröffentlichte. Aber auch sie sind nicht originale Schöpfungen, sondern wieder aus anderen Quellen abgeleitet, welche theils erhalten sind, theils sich durch Schlussfolgerungen nachweisen lassen.

Dieses Verhältniss ergibt sich durch den Vergleich mit anderen Sammlungen vemerechlicher Schriften, von denen drei vornehmlich in Betracht kommen. Die erste ist ein bisher ganz gering angeschlagenes und verächtlich behandeltes Buch, die von Simon Friedrich Hahn abgedruckte »Alte Westphalische Gerichtsordnung«⁵⁾. Gewiss ist der äussere Zustand, in welchem das Werk vorliegt, ein ganz elender, aber es ist keineswegs ohne Werth. Die zweite Sammlung, das von Grote herausgegebene Koesfelder Rechtsbuch, wurde nicht minder ungünstig beurtheilt⁶⁾. Duncker S. 167 bezeichnet es geradezu als ein Werk, welches als unnöthiger Ballast der Rechtsgeschichte gänzlich über Bord zu werfen sei. Die dritte liegt nur handschriftlich vor, im Staatsarchiv zu Wiesbaden⁷⁾.

Diese drei Sammlungen, welche durch andere Ueberlieferungen ergänzt werden, bringen mehrfach ganz dieselben Stücke und Abschnitte. Sie stehen völlig unabhängig neben einander, ihr Inhalt deckt sich nur theilweise, und was sie gemeinsam aufweisen, ist in jeder anders geordnet und steht an verschiedener Stelle. Daraus ergibt sich, dass jeder Sammler eigene Quellen benutzte, dass also die Kapitel, welche sich zugleich in der einen wie in der anderen Rechtssammlung finden, jedes für sich entstanden sind und einzeln vorhanden waren. Demnach müssen sich auch aus dem Ganzen,

¹⁾ Kritische Besprechung der wichtigsten Quellen zur Gesch. der westfäl. Femgerichte in Ztschr. der Savigny-Stiftung, German. Abth. V, 147 ff.

²⁾ Notitia juris et judiciorum Brunsvico-Luneburg. Anhang 47 ff. (M.)

³⁾ Sammlung merkwürdiger Urkunden 29 ff. (Tr.)

⁴⁾ Das Femgericht Westphalens 551 ff.

⁵⁾ Collectio Monumentorum II, 598 ff.; vgl. unten bei den Handschriften N. 16 und Abschnitt 65.

⁶⁾ Jahrbuch für Westfalen und den Niederrhein 1817, I, 313 ff.; vgl. unten bei den Handschriften N. 12 und Abschnitt 64.

⁷⁾ Bei den Handschriften N. 22.

welches die Rechtsbücher darstellen, die Bestandtheile aussondern lassen. Die Rechtsbücher von Hahn und Grote sind gewissermassen der Probestein für die vorhandene Ueberlieferung, mit ihrer Hilfe scheiden sich die ursprünglichen Grundlagen auseinander.

51. Abschnitt.

Beschreibung der Handschriften.

Ich beschreibe erst die wichtigsten der von mir benützten Handschriften. Der Kürze halber bediene ich mich einiger Buchstabenzeichen:

- RF bedeutet: Ruprechtsche Fragen, Abschnitt 52;
 AR „ Arnsberger Reformation, Abschnitt 54;
 AW „ Arnsberger Weisthümer, Abschnitt 54B;
 FR „ Reformation Friedrichs, Abschnitt 55.

Die beiden Rechtsbücher bei Wigand sind bezeichnet mit Wig. A und Wig. B. Die Handschriften (Hschr.) sind später angezogen mit den Nummern, welche sie im folgenden Verzeichniss führen.

1. Osnabrück Stadtarchiv VIII, 53. Kleinfolio, 32 Blätter, Pergament. Ende des fünfzehnten Jahrhunderts. Niederdeutsch abgefasst, aber nicht im Dialect von Osnabrück, sondern des nord-westlichen Westfalen.

- 1) fol. 1a. »Dit hernageschreven ensall nyemant lesen, hie ensy dan eyn echte recht vryscheffen des hilligen reichs.
- 2) f. 1—6. Wig. A.
- 3) f. 6b. RF.
- 4) f. 9b. »Hyr volgen na capittle der heymilikin achte«, von anderer Hand steht am Rande: »Capitula Sigismundi etc.« — AR.
- 5) f. 13a. »Gesette. Frederich der Roemscher keyser — hebet dese ordinancie ind gesette gesettet van den gerichten der fryenstoele« — ein Stück aus FR. »Gelovesbrief« — Bürgschaft zweier »guede manne«, dass der Verklagte in gehöriger und näher bestimmter Weise Recht gewähren will.
- 6) f. 13b. »Incipit informacio quedam collecta ex privilegio seu speculo Saxonum«; vgl. unten Abschnitt 67.

Ueber die angebundenen Papierblätter und Druckschrift von 1485 siehe Duncker 119.

2. Osnabrück Stadtarchiv VIII, 52. Quart, Blätter nicht gezählt, Papier, in Originalpergamentband, von derselben Hand gleichmässig geschrieben, mit zahlreichen rothen und gelben Initialen. Niederdeutsch, Anfang des sechzehnten Jahrhunderts.

Auf vorgebundenem Pergamentblatt steht mit Zinnober:

»Dijt bock ensal neymant haven noch lesen, he ensij desz hilligen Romesschen richsz eyn echt recht frygscheppene. Wer aversz, dat boven dosse upgescreven warnunge unde verboth dijt sulffte boick we haven edde dar jo inne lesen wolde, alsze ick my des doch tho neynem manne, de nicht also frigscheppen isz, vermode, de sal alsdan desz swarlichen heymlichen gerichts gevairt stain, unde desz hijr my also eynen jderman irwarnet wil haen.

O ewych isz so lanck

De gelove wert kranck«.

- 1) fol. 1. »Ewiger got vorluchte« — Das Grosse Rechtsbuch, aus dieser Handschrift gedruckt bei Mascov Notitia juris etc.
- 2) f. 21. »Roprecht der Romessche konninck« — RF.
- 3) f. 32. »Segemunt der Romesscher konnink — haet dosse ordinantien unde capittula gesath unde laten setten to den gerichtten der frienstoile in Westphalenlande« — AR.
- 4) f. 37. »Frederich der Romesscher keyser — haet dosse ordinantien unde gesette gesath in syner kroninge, do he koninck gekoren wart van den kurfursten« — FR.

3. Soest Stadtarchiv XXXVIII, 55. Folio, Papier, in losem, späterem Pergamentumschlag; zweite Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Auf dem Titelblatt: »Dusses und dat hyryne beschreven steit, ensal nemant lesen noch horen lesen dan fryscheffen des heylligen ryches«. Auf der Rückseite desselben Abbild eines Kaisers, welcher dasteht mit gespreizten Beinen und langen spitzen Schuhen im Ornat mit Krone und Heiligenschein, das gezückte Schwert und den Reichsapfel in den Händen; zu beiden Seiten: »Sanctus Carolus«. Oben rechts hat der Schreiber der Handschrift einige Notizen über das Leben Karls des Grossen, seine Heiligsprechung und seinen Gedenktag auf den Rand geschrieben. Oben links steht mit blasser Tinte von anderer viel späterer Hand: »VIII^c jar unde X na der geburt Christi maket VII^c jar unde XXXIII, dat dit recht gefunden ist«, d. i. 1543. Der ganze Text ist von Einer Hand, aber zu verschiedener Zeit, theilweise mit sehr gelber Tinte geschrieben.

Die erste Lage bestand ursprünglich aus 8 Blättern in 4 Bogen, aber die beiden ersten Blätter sind zum Titelblatt zusammengeklebt und die Rückseiten weggeschnitten, so dass nur zwei Blätter für den Text verblieben. Diese enthalten, mit reicher rother Initiale eingeleitet:

- 1) »Reformacie des hemelichen gerichtz, wie man dat« — AR bis zum Schluss von § 18 (bei Seibertz UB. III, 83). Der Rest steht auf dem ersten Blatte der zweiten Lage S. 31. Vor diese sind 6 Bogen geheftet, welche enthalten:
- 2) Seite 7—12 — AW.
- 3) S. 13—23 — RF.
- 4) S. 24—28. Mehrere Gerichtsbriege über Vorladung von Nichtwissenden und Freischöffen, Bürgschaft, Kompromiss, Appellation, Entschuldigung wegen echter Noth, Absolution, Beurlaubung von Gericht. Es sind meist nicht Formeln, sondern wirkliche bestimmte Prozesse betreffende und datirte Schreiben aus den Jahren 1442—1463. Es kommen darin vor die Freigrafen Gisbert van Hoefften im Bisthum Münster, Heinrich von Werdinkhaus und Tidemann Mark, beide in Villigst. Letzterer, der am meisten genannt wird, erscheint hier schon in Briefen von 1442—1444, welche an Gisbert, der in diesen Jahren wirklich thätig war, gerichtet sind. Doch hat Tidemann erst 1462 sein Amt angetreten, sein Name muss also für einen anderen eingesetzt sein. Auffälliger Weise, obgleich der Dialect auch nach Soest weist, werden dortige Freigrafen oder Stühle nicht erwähnt. Der Ursprung der Handschrift oder deren Vorlage ist in Villigst gegen die Amtsdauer Tidemanns, also um 1470 anzunehmen, und mit dieser Zeitangabe stimmen auch der Charakter der Schrift und die Form der Schuhe, welche Karl der Grosse auf dem Bilde trägt.
- 5) S. 28—31. »Von deme hemelichen gerichte« — aus dieser Handschrift gedruckt bei Seibertz UB. III, 100, N. 948; es sind die das heimliche Gericht betreffenden Abschnitte von FR in niederdeutscher Uebertragung.
- 6) S. 31. Der Schluss von AR, vgl. oben.
- 7) S. 31—39. »Reformacio Friderici imperatoris«, weitere Stücke aus FR.
- 8) S. 39—40. Zwei Formeln (Gelovesbreif).
- 9) S. 41—61. Das Grosse Rechtsbuch.
- 10) S. 62. Kapitelbeschlüsse, unten im Abschnitt 72 mitgetheilt.

4. Soest Stadtarchiv XXXVIII, 55. Wahrscheinlich das Bruchstück einer grösseren Handschrift, Folio, 7 Papierblätter mit rothen Initialen, Niederdeutsch, Ende 15. Jahrhunderts, enthält nur RF (die letzten Zeilen von moderner Hand hinzugefügt). Text und Orthographie sind sehr ähnlich Seibertz UB. III, 6, N. 904, aber es ist nicht dessen Vorlage, welche sich im Stadtarchiv nicht mehr vorfindet.

5. Soest Stadtbibliothek Varia 26. Quart, Papier, 86 gezählte Blätter, sechzehntes Jahrhundert. Vorn ein defectes Register, die ersten Blätter sind abgerissen und nicht mitgezählt. Niederdeutsch.

- 1) fol. 1—37. Das Grosse Rechtsbuch und zwar die ursprüngliche Vorlage des Druckes bei Tross, vgl. unten Hschr. 7.
- 2) f. 38—56. RF, dieselbe Recension wie oben Hschr. 2.
- 3) f. 57—64. AR, Ueberschrift und Text wie in Hschr. 2.
- 4) f. 65—74. FR, auch genau mit Hschr. 2 stimmend.
- 5) f. 65—84b. Gerichtsbriefe, deren Ueberschrift und Anordnung fast genau dieselbe ist, wie in Hschr. 3, S. 24—28. Nur die ersten beiden Schreiben sind durch andere ersetzt, ausgegangen vom Freistuhl im Baumgarten zu Arnsberg, die übrigen sind die gleichen auch mit denselben Freigrafennamen; doch tragen alle die Jahreszahl 1520.
- 6) f. 86. »Item du ensalt nicht richten«. — Verzeichniss der gebundenen Zeiten; vgl. Abschnitt 96.

6. Soest Stadtbibliothek C. 4. Folio, schadhafte Papierhandschrift, Ende 16. Jahrhunderts, enthaltend Rechtsbücher. Daraus gedruckt bei Emminghaus Memorabilia Susatensia (Jenae 1739) S. 427: »Diss seindt nachfolgende urtheill ihns freyenstoelsgerichte gehorich belangende«, ein den späteren Verhältnissen gemäss umgestalteter dürftiger Auszug aus dem Grossen Rechtsbuche¹⁾.

7. Soest Stadtbibliothek B. 3. Abschriftensammlung Rademachers. Darunter:

- 1) fol. 412 ff. Wig. A.
- 2) f. 420. Das Grosse Rechtsbuch, abgeschrieben aus Hschr. 5. Tross hat nur diese Abschrift für seinen Abdruck benutzt, wie überhaupt fast der ganze Inhalt seiner »Sammlung« lediglich aus diesen Rademacherschen Kopieen stammt²⁾.

¹⁾ Emminghaus hat auch die Processordnung des Gerichtes zu den Vier Bänken S. 395 und Anderes aus dieser Handschrift (oder einer Abschrift derselben?) entnommen.

²⁾ Selbst die Tafel mit den Geheimschriften, den sogen. »Fehmschöffenalphabeten«. Nach den Angaben der Handschrift ist das erste entnommen aus

8. Brakel Stadtarchiv. Folio, Papier, 14 Blätter, Ende 15. Jahrhunderts. Niederdeutsch, Bruchstück einer grösseren Handschrift, enthaltend:

- 1) den Schluss des Grossen Rechtsbuches (Tross S. 53 Z. 7 beginnend).
- 2) RF.
- 3) AR.
- 4) Den Anfang von FR. Die Anordnung stimmt vollkommen mit den Hdschr. 2 und 5; vgl. Wigand Archiv IV, 1, 121.

9. Münster Staatsarchiv, Msc. VII, 204. Folio, Papier, um 1744 durch den damaligen Arnsberger Oberfreigrafen Bockskopf zusammengestellt, unter dem Titel: »Allerley geszamblete Nachrichten des freyen Stuhlsgerichte, welche einem zeithigen Oberfreygrafen ganz dienlich«.

- 1) »Verzeichnus des jährlichen Gehalts eines zeithigen Oberfreigrafen in Westfalen«.
- 2) »Verzeichnis derer Gerichts-Lehn und anderen jurium«.
- 3) »Anzeigung derer Öhrtern, an welchen das freye gericht vom Oberfreigrafen noch gehalten wird«, — viel ausführlicher als Kindlinger Münt. Beitr. III, S. 720, der einen anderen Text benutzte; vgl. oben S. 105.
- 4) »Verzeichniss der Freigrafen, welche sich von dem Oberstfreigrafen müssen confirmiren lassen«.
- 5) »Puncta, warum man einen vorzeithen an das freie Stuhlsgericht fordern möge; 2. warum dasselbe abgenommen und welche Fälle heutigen Tages noch dafür gehören«. (Der Verfasser meint, die Freigerichte hätten ihre Gerechtsame überschritten, weshalb Erzbischof Hermann von Wied sie beschränkte, ihnen die Gerichtsbarkeit über Güter und liegende Gründe nahm u. s. w; (vgl. dazu Abschnitt 81).
- 6) »Von Appellationen dieses Gerichtes«.
- 7) »Formulae juramentorum, item citationum et recessualium«, mit mehreren Urkunden.
- 8) S. 123: »Reformatio des grossen und heiligen Kaysers Karoli der freyen und heymlichen gerichte, allen freygrafen und

Heinrichs van Hovel Speculo Westfalie mscr. p. 272; das zweite aus Trithemius Polygraphia L. VI p. 509; das dritte aus Gust. Selenus Aug. dux Brunsvic. et Luneb. in libro: Cryptomenytices et cryptographiae libri IX. Luneb. 1624 fol. L. VI c. 3 p. 282.

freyscheffen gantz nöhtig zu wissen«. — Das Grosse Rechtsbuch, aber unvollständig, bis Tross S. 40 »dorch gnade und recht« reichend. Die folgenden sehr zahlreichen Blätter sind leer; die Arbeit wurde also durch einen äusseren Umstand unterbrochen.

10. Münster Staatsarchiv. Oberfreigrafschaft Arnsberg 241. Ein Doppelblatt, Papier in Octav, Bruchstück einer Handschrift. Die beiden ersten Seiten enthalten den grösseren Theil von Abschnitt 56, die beiden anderen von Abschnitt 59, die ehemals dazwischen liegenden Blätter sind verloren. Das Stück fand sich nebst zahlreichen Schriftstücken, welche von 1459 bis ins 16. Jahrhundert reichen, unter Kindlingers Sammlungen und stammt aus der Merfelder Freigrafschaft. Die Sprache ist niederdeutsch, die Schrift weist noch in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts.

11. Münster Staatsarchiv. Oberfr. Arnsberg 241. Ein Doppelblatt, Papier, aus einer anderen Handschrift, gleicher Herkunft wie Hschr. 10; 16. Jahrh.

- 1) Verzeichniss der Stühle in der Freigrafschaft Wesenfort, gedruckt aus dieser Vorlage von Kindlinger, Münst. Beitr. III, N. 192 lit. B.
- 2) Das Grosse Rechtsbuch, bis Tross S. 32 erster Absatz.

12. Koesfeld Stadtarchiv. I N. 184, Grossoctav, 13 Blätter Pergament, niederdeutsch; Ende 15. Jahrhunderts. Auf dem Pergamentumschlag steht: »Dit it een bouk van den heymeliken rechte. des enmach ofte enmoit nemant lesen, he ensy een vrischepene des hilgen Romeschen rikes«. Vollständig gedruckt von Grote im Jahrbuch für Westfalen und Niederrhein I 1817, S. 313 f., der sich bemüht hat, diplomatisch genau zu verfahren. Es sind ihm zwar einige Lesefehler untergelaufen, aber die meisten groben Entstellungen fallen der Handschrift zur Last. Ueber dieses Koesfelder Rechtsbuch unten Abschnitt 64.

13. Darmstadt Grossherzogl. Bibliothek. Quart, Papier, 46 Blatt, nicht alle beschrieben; mitteldeutsch. Auf dem Pergamentumschlag: »Hie inne sall nyemandes lesen dann eyn frye scheffen«; die gleiche Warnung auf der Rückseite und dem ersten Blatt.

- 1) fol. 1—10. Briefwechsel vom November 1438 bis zum August 1441 reichend. Nur der erste Brief betrifft einen Process gegen einen Mainzer Bürger, den Schultheiss Peter zu Mulbaum, die anderen beziehen sich auf Klagen gegen

Bürger von Friedberg. Die Schreiben sind von Verschiedenen offenbar gleichzeitig eingetragen. Blatt 11 und 12 sind leer; da die zweite Lage wieder die Ueberschrift trägt: »Diz sal nemand lesen u. s. w.« und auch eine andere Hand zeigt, ergibt sich, dass diese anfänglich die Handschrift begann und die jetzige erste Lage vorgeschoben ist.

- 2) f. 13. Sigmund an Erzbischof Dietrich von Köln, welcher den Freigrafen Hencke v. N. (Heinrich von Vörde) von der Verfolgung der Stadt Mainz abhalten soll; undatirt.
- 3) f. 15. »In Anno domini 1437. Reformacio des heilligen gericht, wie man daz —« AR, ins Mitteldeutsche umgeschrieben.
- 4) f. 19. »Diese artikel sind gefraget« — AW.
- 5) f. 24—37. Briefwechsel der Stadt Friedberg wegen eines Vemeprocesses aus dem Jahre 1441; gleichzeitige Eintragungen.

Ohne Zweifel rührt die Handschrift aus Friedberg her und ist in den Jahren 1438—1441 entstanden.

14. Nürnberg Germanisches Nationalmuseum N. 6045, beschrieben im Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit 1853 S. 17 ff. und 37 ff., enthält ausser dem Richtsteig Landrechts noch:

- 1) AR, verkündet 1456 durch Erzbischof Dietrich von Köln, vgl. Abschnitt 54.
- 2) AW.
- 3) FR.
- 4) Eine Abforderungs-Formel gerichtet an Johann Freyman, Freigrafen der freien krummen Grafschaft zu Limburg 1453 bis 1469.

15. Nürnberg Germanisches Nationalmuseum, geschrieben 1428 und RF enthaltend; vgl. Abschnitt 52.

16. Wolfenbüttel Herzogl. Bibliothek, 453 Helmstedt, beschrieben von Heinemann: Die Handschriften der Herzogl. Bibl. zu Wolf. I, 356, der die Handschrift ins 15. Jahrhundert setzt, während ich sie dem 16. zuteilen möchte. Ganz abgedruckt bei Hahn Collectio Monumentorum II, 598 ff. Von Einer Hand gleichmässig und hübsch geschrieben, die sinnlosen Verdrehungen fallen dem Schreiber, nicht dem Herausgeber zur Last. Der Anhang: Stuhlordnung zu Neustadt im Sauerland von 1547 bei Hahn S. 662 (der den Schluss: »productum Spirae 4 octobris a. d. 53 in sachen

Severin Friden Aldenhoffen contra Churfürsten zu Trier« weglässt) ist ein besonderes, zu dem vorherstehenden nicht gehöriges Stück, von anderer Hand und mit anderem Wasserzeichen. Vgl. Abschnitt 65. — Eine spätere Abschrift des Codex ist Wolfenbüttel 255. 7 Extravag.

17. Wolfenbüttel Herzogl. Bibliothek 64. 7. Aug. Octav, Pergament, beschrieben von Duncker S. 118 ff. Inhalt:

- 1) f. 1—10 RF, gedruckt bei Duncker 191 ff.,
- 2) f. 10—24 entspricht Hahn 598—611,
- 3) f. 24—25 gedruckt bei Duncker 182,
- 4) f. 26 ff. entspricht Hahn 621—622.

Zwei angebundene Bogen von Papierblättern, von anderen Händen geschrieben und wahrscheinlich nicht zu dem Pergamentheft gehörig, enthalten Bruchstücke von AR und FR, ein Freistuhlsverzeichniss (vgl. Abschnitte 37 und 61), und das süddeutsche Bündniss gegen die Veme von 1461 (Abschnitt 94).

18. Wolfenbüttel Herzogl. Bibliothek, Extravag. N. 226, Quart, Papier. Eine wunderliche Sammlung von Recepten, Sprüchen, Gebeten, litterarischen Stücken, darunter der deutsche Cato u. s. w. Die Hauptmasse der Eintragungen gehört dem 15., nur wenig dem 16. und 17. Jahrhundert an. Vorn ein gleichzeitiges Register, in welchem es heisst: »148 Item facht an der faimenden buch und ist 18 platt«.

- 1) f. 147^b. »Item die hernach geschriben artikel, die den feymanden zugehörend«, vgl. Abschnitt 69.
- 2) f. 149^a. »Hirnach stand geschryben urtail«, über das Dortmunder Kapitel vom September 1430, vgl. Abschnitt 53,
- 3) f. 150^b. »Nota disz nachgeschriben«, vgl. Abschnit 68 A,
- 4) f. 152^b. »Item wer mit recht«, vgl. Abschnitt 68 B.
- 5) f. 153^a. »Nota einer der freischeff ist«, vgl. Abschnitt 69.
- 6) f. 154. AR.
- 7) f. 157^a. »Ich Gebhard der faimmer«, AW,
- 8) 161^a—164. Mehrere Schreiben, deren eines 1436 datirt ist, betreffend einen Process, welchen ein gewisser Peter an dem Stuhl zu Herdicke vor dem Freigrafen Heinrich von Vörde gegen die Stadt Mainz führte, und der auch sonst erwähnt wird¹⁾.

¹⁾ Usener S. 122, oben S. 206.

Dieselbe Hand schliesst fol. 164: Deo gratias 1457, schrieb aber darunter nochmals die letzten Zeilen der Arnsberger Reformation, vermuthlich, weil der voranstehende Text in diesen grobe Lesefehler enthält. Unten auf der Seite von anderer Hand: »Anno 1473 an sant Gertruttentag (17. März) waren plud von byren und waz gut weder«.

19. München Kgl. Hof- und Staatsbibliothek Cod. Germ. 475. Kleinoctav, Papier, 70 gezählte Blätter, am Schluss drei ausgeschnitten, ebenso einzelne in der Mitte. Ziemlich flüchtige Schrift des 15. Jahrhunderts mit vielen Lesefehlern und Auslassungen; die Anfangsworte von Abschnitten oft weggelassen. Oberdeutsch. f. 1. Ueberschrift von einer Hand des 18. Jahrhunderts: »Ordnung, Gebräuch und vil geurteilte sachen des kais. Westphälischen Achtgerichts zu Dortmund, verzeichnet von Heinrich Freygrafen, das ist Richter daselbs, zur Zait des Kaiser Ruprecht«, ein Titel, welcher missverständlich aus dem Inhalte gebildet ist.

- 1) f. 1—55^a, der gleiche Inhalt, wie Hschr. 18, 1—8,
- 2) f. 55^b. RF.¹⁾

20. München Kgl. Hof- und Staatsbibliothek Cod. Germ. 705. Quart, Papier, 100 beschriebene Blätter von schöner, deutlicher Hand des 15. Jahrhunderts. Oberdeutsch. Auf dem Rücken des Einbandes von alter Hand: »Pannër Bundniss«. f. 1. »Hie hernach stand geschriben die puntnusz und artickel, die den faireren zugehören und darumb sy mugen richten mit strangen«.

- 1) f. 1—44 derselbe Inhalt wie Hschr. 18, 1—8 und Hschr. 19, 1,
- 2) f. 44—60 RF.
- 3) f. 60—65 Stuhlherrenverzeichniss, zunächst das gewöhnlich den RF. angehängte bis Waldeck, dann erweitert. Der Verfasser nennt mehrere Stühle in den Grafschaften Waldeck Züschen und Medebach (vgl. oben S. 141),
- 4) f. 65—94. Mehrere Schreiben u. dgl. betreffend Processe, darunter auch, aber anders geordnet, die in Hschr. 18 und 19 mitgetheilten. Die anderen betreffen meist Augsburger Bürger oder dortige Verhältnisse, die datirt sind von 1455. Darunter »Amen«, also ursprünglicher Schluss; derselbe

¹⁾ Eine mangelhafte, im 18. Jahrhundert aus dieser Hdschr. gefertigte Abschrift der RF besitzt die kgl. Bibliothek in Hannover, XXII, 1362.

Schreiber trug nach einen Brief von 1474, in welchem drei Augsburger Schöffen sich dem Freigrafen Heinrich Schmidt zu Volkmarsen für einen Verklagten zu Recht erbieten.

Als Klebeblatt des Einbands dient der Entwurf einer in Augsburg ausgestellten Urkunde; die Handschrift stammt also wohl dorthier und zwar aus den Jahren 1455—1474.

Der Verfasser hat in eigenthümlicher Weise seine Vorlage sehr stark umgearbeitet und den Wortlaut frei gestaltet.

21. München Kgl. Hof- und Staatsbibliothek Cod. Germ. 26. Schöne Pergamenthandschrift des 15. Jahrhunderts, oberdeutsch, enthaltend das Kaiserrecht und von fol. 96 ab RF. Leider entspricht die Güte des Textes nicht der Sorgfalt der Schrift und der Ausstattung des Codex¹⁾.

22. Wiesbaden Kgl. Staatsarchiv. Quart, Papier, 16 beschriebene, 18 unbeschriebene Blätter, stark vermodert, ohne Umschlag.

- 1) f. 1—7^b. AR,
- 2) f. 5^b—8^a. Abschnitt 56; 8^b. ist leer,
- 3) f. 9^a—11^a. Abschnitt 57,
- 4) f. 11^b—13^a. Abschnitt 58; darunter: »Qui habet condere leges, habet et interpretari, quia imperator potest alterari et interpretari leges legibus et constitutionibus non obstantibus quibuscunque«.
- 5) f. 13^b. Bürgschaftsformel zweier Freischöffen für Vorgeladene an den Freigrafen Johann von Hulssche zu Brakel, (1459 bis 1487.)
Bis hierher haben zwei Hände abwechselnd geschrieben, jetzt setzt eine neue ein.
- 6) f. 14—15^b. »Stoilherren sullent—«: Abschnitt 71. Darunter: »Qui habet condere leges etc. als am ende der reformationen steit«.
- 7) f. 16 Graf Gerhard von Sayn macht Johann Lampe zum Freigrafen für den Stuhl Harstehausen, am 4. Juli 1475, gedruckt in Annalen für Nassauische Alterthumskunde III, 2, 69. Dann 18 unbeschriebene, nicht einmal aufgeschnittene Blätter.

¹⁾ Aus dem Besitz des Dionysius Pregkdendorff, vgl. Rockinger in den Münch. Sitzungsber. 1868 I, 153 und 196.

Die Handschrift gehörte jedenfalls dem Grafen Gerhard von Sayn, welcher von 1468—1475 Statthalter der heimlichen Gerichte war, und ist in dieser Zeit geschrieben.

23. Wertheim. Fürstlich Löwenstein-Wertheimsches Gemeinschaftliches Archiv. 6 Papierblätter in Folio in der Mitte gebrochen; als Umschlag dient ein Papierblatt mit Rechnungsbemerkungen. Fünfzehntes Jahrhundert.

- 1) fol. 1. »Dicz register sal nymant lesen, er sey dann wiszent«. Anfang der AR, § 1 bis zum Schluss: »forderen mit rechte«.
- 2) f. 1^b—3^a. »Hie hernach sten geschriben — achte recht ist«; vgl. Abschnitt 69,
- 3) f. 3^a—f. 6^a. »Nota diese hernachgeschriben artickel — und dreffen daryn«; vgl. Abschnitt 68,
- 4) f. 6^a—f. 6^b. »Item der von christenglauben — uffbreche«; vgl. Abschnitt 69,
- 5) f. 6^b—f. 7^b. »Item einer der ein frijeschoffe ist — leip lāszen urteiln«; vgl. Abschnitt 69,
- 6) f. 8^a—f. 10^b. »Item ensoll kein frijegreve nymants — globen, die zu halten«, AR. § 3 bis zum Schluss, es fehlen § 2, 17, 20.
- 7) f. 10^b—f. 12^b. Einzelne Theile der AW; vgl. unten Abschnitt 54 am Schluss.

52. Abschnitt.

Die Ruprechtschen Fragen.

Ueber die textliche Gestalt der Ruprechtschen Fragen, ihre Handschriften u. dgl. habe ich ausführlich geschrieben im Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums 1886 I, 194 ff. Die beste und älteste der sehr zahlreichen Ueberlieferungen bietet das Exemplar, welches dem bekannten Tiroler Minnesänger Oskar von Wolkenstein angehörte und im Jahre 1428 geschrieben ist, gegenwärtig im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg (oben Hschr. 15). Da das Schriftstück von der grössten Wichtigkeit ist, theile ich den Wortlaut nochmals mit, während ich im Uebrigen auf den genannten Aufsatz verweise¹⁾.

¹⁾ Ich will hier der Bequemlichkeit wegen nur die bisherigen elf Drucke verzeichnen: Datt De pace imperii 777; Freher-Goebel 181; Müller Reichstags-theater unter Maxim. 477; Neue Sammlung der Reichsabschiede I, 105; Senckenberg Corp. jur. Germ. II, 71 nnd 128; Hahn a. a. O. 611 und 644; Wigand Wetzlarsche Beiträge III, 34; Seibertz UB. III, 6; Duncker a. a. O. 191.

Die zahllosen Varianten der anderen Handschriften habe ich als überflüssigen Ballast nicht berücksichtigt, sondern nur den Nürnberger Text mit den nöthigen Bemerkungen versehen. Die äussere Anordnung der Handschrift ist unverändert wiedergegeben; des bequemen Vergleichs und der leichteren Anführung wegen habe ich die Eintheilung in Paragraphen, wie sie der Druck in der Neuen Sammlung der Reichsabschiede gegeben hat, beigesetzt.

Anno domini M^oCCCC^oVIII^o feria quarta post Urbani¹⁾.

Nota. Unser herre der künig hat besant dise nachgeschriben freygreven mit namen Gobeln von Werdinchusen freingreven zu Volmestede²⁾, Clausen von Wilkenbracht freyngreven von Walberth³⁾, Stencken freyngreven zum Hamme und Bernharten Mosthart freyngreven der stüle zu Wilshorst und hat die dise nachgeschriben frage und stuck tûn fragen: deş ersten:

§ 1a. Questio prima.

Was rechtens ein Römischer künig habe in den freyn gerichtet?

§ 1b. Responsio.

Item darauf haben sy geantwort und bekannt, das ein yecklicher freygreve [von]⁴⁾ eim Römischen künig belehent sein sölle, wann anders habe er kainen gewalt zu richten an den freyen stülen, er habe dann solhen gewalt von eim Römischen künge. und darumb sol auch ain yecklicher freygreve einem Römischen künig gehorsam und undertenig sein, als er das auch sweret, so man ein freygreven machet, und der Römisch künig sy aller freyen stüle und freygreven öbresten herre und richter.

§ 2a. Questio 2a.

Item ob man eins Römischen künigs manne und diener in sachen, die man zu in ze sprechen hat, vor im icht billich erfolgen sölle, e man sy vor das freygericht heischen oder daselbs verführen müge?

§ 2b. Responsio.

Item ob yemand unsers herren des künigs diener einen anzu-
langen habe, der sol den vor unserm herren dem künige bevor
erfolgen, e man in an den freyen stül aische. und also sol auch ein

¹⁾ 30. Mai 1408.

²⁾ Volmarstein.

³⁾ Valbert.

⁴⁾ fehlt.

yecklicher klager ainen yecklichen, den er ansprechen wil, vor seinem herren, under dem er gesessen ist, von rechtz wegen bevor ervolgen und an dem herren fodern, das er den also halde, das er dem klager tû, was er im von eren wegen tûn sölle. Geschehe dann des dem klager nit, so müge er sein recht und klage fürder sûchen und tûn an den freyn stûlen, doch so ferre als das ist umb sache und stucke, die an den freyn stûlen von rechtz wegen gehören zu richten.

§ 3. Nota.

Sy mainen, das es ain anders sey umb die manne: wann des reichs manne sitzen auch vil in Westfalen und under andern herren, doch die manne, die under unserm herren dem kunige sitzen, die sölle man als wol bevor ervolgen als diener.

§ 4. Nota.

Ist ainer, den man füraischen wil, ein schepf, so sal man in zu dem ersten gebotte fürfodern mit zwain andern schepffen und zu dem andern mit vier schepffen und zu dem dritten mit segs schepffen und einem freygreven, und sol ein rechtetag von dem andern sein VI. wochen¹⁾ und nicht kurzzer sunder e lenger.

§ 5. Nota.

Item ob sich der, den man füraischen wil, nit wolte finden lassen oder aber nicht aigen rauch hette, so mag man im an den vier enden des landes, darinne er ist, verkunden, es sey an greven herren oder stette, in solcher maze: versicht man sich, das er sich under dem oder den herren oder state pflege zu enthalten, so mag man solchen herren oder state sagen: also wonet der under euch oder wir vernemen, der enthalt sich under euch, dem saget, das er auf den tag etc. sins rechttags warte an dem freynstûle etc. by dem hochsten rechten und under kûnigs ban.

§ 6. Nota.

Item sitzet er aber auf ainem slozze, darin man ane sorgen nicht komen möchte, so mugen die schepffen, die in aischen wellen, ains nachtes oder so es in fûget, vor daz slos reiten oder gan und aus dem rennbom oder rigele dry kerbe hawen und einen kûngspennig darin stecken und die kerbe, die sy aushawen, oder die stucke zu gezeugnûzze [behalten]²⁾ und des namen, den sy aischen,

¹⁾ VI wochen fehlt, doch ist hinter *sein* mit anderer Tinte überschrieben: VI w.

²⁾ fehlt.

an ainem zedelein verzaichent an die kerben stecken oder dem wachter rüffen und dem sagen, das er dem, der danne in der burg ist, sage, das er seins rechttages warte auf den tag etc. auf dem stüle.

§ 7^a. Questio 3^a.

Item ob ainer, der für das freygericht geladen were, vor einen Römischen künig kōme und sich vor dem erbutte, sein eren gnüg ze tūn, wer dann zu im ze sprechen hette, ob den ein Römisch künig von dem freynstüle voderen müge vor in zu weisen und den freyngreven erbietten, über denselben nicht zu richten?

§ 7^b. Responsio.

Ein künig müge ein freyngreven wol erbietten nit zu richten, welcher freygreve auch darüber richte, der richte über sich selber, wann ain yegklicher freygreve gesworn habe, dem künige gehorsam zu sein. so sy auch ain Römischer künig der freynstüle oberster herre und richter.

§ 8^a. Questio quarta.

Item ob ein freygreve über unsers herren des künigs gebotte richte über ainen, den er für sich gevodert hette, was der unserm herren dem künig darumb schuldig sey?

§ 8^b. Responsio.

Ein sölcher freygreve sey maineyde. welher nu mainayd sey, den müg ein Römischer künig entsetzen und seins ampts berauben und das müge auch kain ander herre tūn. Was aber der freygreve mer verlorn habe, des wolten sy anders nit sagen, dann sy maintainen, so ainer die ere verlorn hab und entsetzt sy, so hab er gnüg verlorn. doch so sölle ein Römischer künig kainen absetzen, dann umb redlich schulde.

§ 9^a. Nota.

Nach diser antwort wurden sy gefragt auf den brief, den Ruprecht vom Strithabe freygreve zu Czuschenna¹⁾ unserm herren dem künige geschriben hette von Rüdolfs wegen zum Humbrecht von Mentze und darumb derselbe Ruprecht unserm herren dem künig ungehorsam gewest was, sprachen sy, er were im ein wette schuldig und rechte er vorter über Rüdolf vogenant, so richtet er über sich selber, wann keinem freyngreven gebür zu richten über unsers herren des künigs gebotte.

¹⁾ Züschen.

§ 9b. Nota.

Item dy horten¹⁾ auch die nottel, darinne man den yetzgenant Ruprechten absetzte und geviel in²⁾ wol. daby waren auch schepffen: Ytel Knebel³⁾, Gerhart von Meckenheim⁴⁾ und Johans von Laudenburg, czollschreiber zu Bacherach⁵⁾.

§ 10a. Questio quinta.

Item ob unser herr der künig einen schepffen fragte bey schepffenayde im ze sagen, ob er den oder den verfoymet hette, ob derselbige schepffe im das schuldig sey ze sagen?

§ 10b. Responsio.

Ein yecklich schepffe sy unserm herren dem künig schuldig zu sagen: ja oder nein! tû er des nit, so sey er unserm herren dem künig brüchig, aber sy wolten nit sagen, was er verbochen habe. wann ob ainer gar vil gütz hette, das ertaile man doch dem künig nit, oder er verfalle im des nit, sunder er müge also tûn, er verfalle im den leip⁶⁾.

§ 11a. Questio sexta.

Item ob ainer spreche: er het einen verfoymet, ob der icht schuldig sey zu sagen, an welchem stûle und auch briefe und urkûnde darûber zu wisen⁷⁾?

§ 11b. Responsio.

Einer sey schuldig, dem künig zu sagen, und doch einem andern schepffen nit, er wolle es dann gern tûn.

§ 12—15. Nota bene.

Item sy haben auch gesprochen: man sölle schlechtlich keinen brief über die feymde geben, (§ 13) und als sy gefraget worden, wie dann einer beweysen solt, das ainer verfoymet were von seinen wegen, wanne von hinnen ferre an die stûle sey, sprachen sy:

¹⁾ *betten.*

²⁾ *in.*

³⁾ Königlicher Rath, Reichstagsakten V, 539.

⁴⁾ 1401 als Ritter in der königlichen Leibwache und 1407 des Königs Amtmann in Lautern; er kam damals nach Dortmund, wo er »vor den freien Stühlen zu thun hatte«, Reichstagsakten IV, 459; Fahne I S. 221.

⁵⁾ Als solcher 1407—1433 nachzuweisen, Anzeiger a. a. O. 210.

⁶⁾ Vgl. Abschnitt 98. — Die hier und anderweitig vorkommende Wendung: »sie wollten nicht sagen«, bedeutet nicht, dass die Freigrafen ein Geheimniss machen wollten, sondern dass sie keine Antwort gaben, weil ihnen diese selbstverständlich erschien. Das zeigt deutlich § 17 b.

⁷⁾ *wissen.*

ainer sol es beweysen mit dem greven und¹⁾ den frifronen, das ist der fronbotte. (§ 14) und als da wider gesagt ward, der möchte man villeicht nicht haben, darauf was ir antwort: so solt man sy kriegen. (§ 15) und als nu gesagt ward: man het vil briefe in disen landen gesehen, die freygreven über die, die verpaymt weren, gegeben hetten, antworten sy: sölche freygreven wern toren.

§ 16a. Questio septima.

Item wie man erfahren sölle, ob ainer, den man verführen will, ein schepffe sey oder nit?

§ 16b. Responsio.

Einer, der ainen verführen will, der sol ye wissen, ob der, den er verführen wil, ein schepffe sey oder nit. und als sy gefraget sind, wie er dann des sölle gewarn werden, haben [sy]²⁾ geantwort: er sölle in fragen, ob er ein schepffe sy. spreche er danne: ja! so mag er fürbas fragen, an welchem stüle etc. als sich dann das gebüret. und als sy gefraget sind: einer getorst in villeicht nit fragen oder er wer an sölchen stetten, das er in nicht gefragen möchte, haben sy geantwort: so söll er einen andern an in schicken in zu fragen etc., also daz man ye wissen sölle, ob der, den man verführen wil, schepffe sy oder nit.

§ 17a. Questio octava.

Item ob ainer, der schepffe ist, ainen andern, der nit schepffe ist, vor ainen stüle tüt aischen, ob der, der die ladunge tüt, icht darumb schuldig sy?

§ 17b. Responsio.

Es sey darumb oder darauf nit zu sagen noch zu schreiben, und sy auch nit noyt, die stüle und die gerichte sein frey.

§ 18a. Questio nona.

Item ob unser herr der künig einem schreibe vor in ze komen und besehen zu lassen, ob er ain sache, die er dan getan hette, mit eren getan hette oder nit, und der wolte vür unsern herren den künig nit komen und das besehen lassen, was der darumb schuldig sey?

§ 18b. Responsio.

Heruff wolten sy nit sagen, was der darumb schuldig sey, doch sprachen sy, als sy vor auch gesprochen hetten, das ain

¹⁾ *under.*

²⁾ *fehlt.*

yegklich klager den ansprechigen bevor erfodern solle vor dem herren, under dem er gesessen ist. wolte nu ainer gegen unserm herren dem künig des nit tûn, so mag er in darumb anlangen, do sich das gebûre oder mûge es lassen. sy wolten auch nit sagen, wo sich das gebûre.

§ 19^a. Questio X^a.

Item ob ainer, der scheffe were, ain andern, der nit schepffe were, für das freygericht lûde von gûtes oder schulde wegen, was der, der das tâte, darumb schuldig sey?

§ 19^b. Responsio.

Der geheischen werde, der verspreche sich. sy er dann von gûtes oder schulde wegen geheischen, so komme er mit rechte von der heischunge, er werde dann geheischen umb der stücke willen, die sich vor dem freynstûle zu richten gebûren.

§ 20^a. Questio XI^a.

Item ob ein schepffe einen andern schepffen fragte von ainem andern, ob der verfüret sey, ob der, der also gefraget wirt, das und was er davon weisz, schuldig sey zu sagen?

§ 20^b. Responsio.

Darauf haben sy geantwort, als sy in der sechsten frage geantwort haben.

§ 21^a. Questio XII^a.

Item ob ein lumond ober¹⁾ einen ginge, er were verfaymet, und derselbe wurde darnach schepffe, wie man sich gegen den halden solle?

§ 21^b. Responsio.

So einer verfaymet sey und darnach ein schepffe werde, das trage in nit für.

§ 22^a. Questio XIII^a.

Item ob ainer spreche: der oder der ist verfaymt und nyemand weste anders von demselben, der verfaymet solte sein, dann das er ain frummer man wer, und er erbutte sich auch sein eren gnûg ze tûn gegen allermeniklich, wer an in zu sprechen hette, wie man sich gegen dem halden sölle?

§ 22^b. Responsio.

Sy²⁾ einer verfaymet, der³⁾ nit ein schepff sey, der sey verfaymet. sey aber der verfaymet ain schepffe, habe in danne der, der

¹⁾ oder. — ²⁾ So. — ³⁾ oder.

in verpaymet hat, nit recht verbottet¹⁾, so habe er uber sich selber gerichtet. sey aber einer verpaymet, als der freynstûle recht ist, der sey verpaymet, und tast yn²⁾ yemands an, so ist ain yeklich schepffe schuldig darzû zu helffen, der under kûnigsban geruffen wirt, und welcher schepffe des nit tû, der sey dem kûnige sein wette schuldig, und den, der verpaymet ist, als der freynstûle recht ist, helffe da nit³⁾, das er frumme sey.

§ 22c. Nota.

Sy sagten auch herinne, das man in iren landen halte, das ainer ainen verpaymten antasten sölle, das er sein mechtig sey und off das minste⁴⁾ selbdritte.

§ 22d. Nota.

Sy haben auch herinne gesagt, wann drey schepffen oder mer einen andern schepffen under schepffenayde sagen, das der oder der verpaymet sey, als recht ist, so solle der, dem das also gesagt werde, daz glauben. und werde darnach der, dem daz also gesagt sy, under kûnigsban angeruffen, den verpaymten helffen zu hencken, er solle das tûn oder er sey dem kûnige ein wette schuldig. und den, der verpaymet ist, als recht ist, helffe kainerlay sache, wann sy er verpaymet, als recht ist, so sy er auch überwunden als recht ist, das er bose sey, und darumb sol man in auch als einen verpaymten man halden. duncke aber einem, dacz im unrecht geschehn sey oder daz er biderbe sey, das mûg er dort ausztragen, do das billich ist und do sich das gebûret.

§ 23a. Questio XIIIa.

Item ob ettliche schepffen wette von im hieschen, der verpaymet wer, und andre schepffen anruffen, die dabey wern, was dieselben schuldig sin darczû zu tûn?

§ 23b. Responsio.

Die frage ist vor ausgericht in der vorgeschribenen nächsten antwort.

§ 24a. Questio XVa.

Item ob ein Rômischer kûnig schepffen machen moge an andern enden, dan in Westfalen an den freyen stûlen, so er drey oder vier schepffen bey im hette?

¹⁾ *nût rechte verbotte.* — ²⁾ *ye.*

³⁾ *nut* mit zwei Punkten über *u.*

⁴⁾ *mûste.*

§ 24^b. Responsio.

Das er das nit getün müge von rechtes wegen noch tün sölle.

§ 25^a. Questio XVI^a.

Item ob ettliche luthe vor czaiten¹⁾ also schepffen gemacht weren von künig Wentzlawe, wie man sich gegen den halden sölle?

§ 25^b. Responsio.

Das man die fragen müge, wo sy schepffen worden sein und an welchem stüle etc. finde sich dann, das sy an den stülen, do sich das gebürt, nit sin schepffen wurden, weren sy dann in Westfalen, die hinge man zur stunt.

§ 26^a. Questio XVII^a.

Item ob ein herre einem, der verfeymet ist, sein gelaite²⁾ geben müge in sein slosze, und ob er das tâte und darüber gemant wurde über den, der verfeymet were etc., wie sich der herre darinne handeln sölle?

§ 26^b. Responsio.

Der verfeymet ist, als recht ist, der ist verfeymet. doch gibt unser herr der künig ein geleitte vor aller sache und weicz nit, das er verfeymet ist, er mag im das geleit halden. gibt er auch einem geleit vor allen sachen und wais, das er verfaimt ist, gleich wol mag er ym das gelaite halden. er habe des wol macht, wann er sy aller stüle öbrister richter und herre. doch so zyme im³⁾ me, das er das haimliche gerichte stercke, dann einem andern. auch so hab kain ander herre sölh gelaite zu geben.

§ 27^a. Questio XVIII^a.

Item ob ein schepffe einem, der verfaimt ist, so vil sagen müge, als danne vil lewte maynen oder sprechen: es were als güt, anderswo⁴⁾ brot essen und pfennig zeren als hie⁵⁾?

§ 27^b. Responsio.

Das man weder mit worten noch mit wercken noch mit ziehen noch mit keiner hant sachen kein warnunge tün solle in kein weyse weder brüdern fründen noch magen noch nyemand anders. es sey ain yegklich schepffe schuldig, über verfeymde zu helffen, sy sein brüder, mage etc., als vor auch gesagt ist.

¹⁾ wortzaichen.

²⁾ Im Texte stand *geldt*, am Rande mit blässerer Tinte verbessert.

³⁾ Hinter im *das* durchgestrichen.

⁴⁾ *als gut* ist hinter *anderswo* wiederholt.

⁵⁾ Davor *anderswo* durchgestrichen.

§ 28a. Questio XVIIIa.

Wie ainer gewihet sin müsse, das man in nit heischen oder verfeymen sölle.

28b. Responsio.

Wer geweiht ist, wie klein daz ist, der gehöret vor sein öbristen, und man sol in seinem bischof antworten, ob er missetüt.

§ 29a. Questio XXa.

Item ob drey oder vier schepffen oder mer einen offenbaren missetedingen mann, der der stücke ains tete, darumb man lute verfafmet, verrünen mügen und darnach über in richten?

§ 29b—30. Responsio.

Das man nyemand¹⁾ verrünen müge oder nach der feymde recht verderben sölle, er sey dann bevor ervolget oder verfür, als recht ist, an den stülen, do sich das gebürt, (§ 30) ausgenommen wo man ainen ubeltätigen man an frischer tate, das ist nach Westfalischer sprache mit hebender hand und mit gichtigem munde findet, den mügen drey oder mer schepffen an der frischen tate und an der stat zu stund verrünen und von im richten. kompt er da dannen, so sol man im darnach nicht darumb tün, er sey dann verfür, an den stülen, als recht ist.

§ 31. Nota.

Disz sind die stücke, darumb man ainen an die stüle heischen und verfafmen mag: item diebstal, verrederye²⁾, kirchenschinder, notzog, kindelbetterinne berauben oder plündern, heimlichen mort, unwidersaget einem herrn das sin nemen, meineyde.

§ 32. Nota.

Ob ainer verfafmet were und hette III, IIII, V, VI oder me mit im reiten, die wol wisten, das er verfafmet were, und hulffen im doch yeman beschedigen, legen die mit im nyeder, so mag man sy geleich den verfeimden halden und also von in³⁾ richten.

§ 33. Nota.

Item dicz obgeschriben allez haben die obgenanten etc. geschriben geben mir Johannes Chirchain hofschreiber des Romischen kunigs. dapey ist gewessen Johannes von Laudenburg⁴⁾, zolschreiber zu Bacherach unde geschah zu Haidelberg in Rebenstochhaus anno et die ut supra.

¹⁾ yemand. — ²⁾ verrederye. — ³⁾ im. — ⁴⁾ Luluburg.

Ein officielles Rechtsbuch sind die Ruprechtschen Fragen nicht. Die Freigrafen haben auf vorgelegte Fragen ihre Antworten gegeben, so gut sie konnten und wollten, und der Hofgerichtsschreiber Johann Kirchen stellte daraus für den König ein Protokoll zusammen. Im Allgemeinen spiegelt sich in ihren Aeusserungen natürlich der Gebrauch wieder, welcher in den Freigerichten üblich war, aber daneben finden sich Anschauungen, welche ihnen eigenthümlich sind, wie die Erklärung, man solle über die Veme nichts Schriftliches geben. Die Stellung der Freigerichte zum König ist der leitende Grundgedanke, welcher eine gewisse Einseitigkeit des Inhalts bedingt.

Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Freigrafen von dem Protokoll, welches gewiss in der Hofkanzlei niedergelegt wurde, Abschrift erhielten oder nahmen, so dass seine Weiterverbreitung nicht von Westfalen aus erfolgen konnte. Ein Text hat die wunderliche Ueberschrift: »Nota. das ist von dem marggraven von Brandenburg herkommen«¹⁾. Vielleicht ist das thatsächlich richtig. Kurfürst Friedrich I. hatte, als er 1418 Reichsverweser wurde, alsbald mit den Vemegerichten viel zu thun, wie er auch später als Wissender erscheint. Vielleicht entsann sich da der Pfalzgraf Ludwig des Schriftstücks aus den Zeiten seines Vaters und theilte es seinem Vetter mit, durch den es nachher in andere betheiligte Kreise gelangte.

Die erste Kunde giebt 1428 die Wolkensteinsche Handschrift; die nächste ein Brief vom 22. September 1434, welchen sieben Freischöffen von Dresden aus an den Freigrafen Albert Swinde in dem Process des Hans Witsilber gegen die Stadt Kirchhain in der Niederlausitz richten. Es sei Recht: »das man nymand vor keynen fryenstul oder heymelich gerichte heisschen odir vorfuren möge, er sy danne vor syme herren, des untersesse er ist, verfolget unde erfordert«²⁾; ein Satz, der im § 2^b der RF fast mit gleichen Worten steht. Die Beschlüsse, welche 1430 das Soester Kapitel über die Art, wie Vorladungen zu erfolgen seien (unten S. 225) fasste, lassen nicht erkennen, dass bei ihrer Abfassung der Wortlaut der Ruprechtschen Fragen (§ 5 und 6) benutzt wurde. Dagegen geschah das 1437 in den § 15 und 16 der Arnsberger Reformation.

Es scheint demnach, dass die Fragen in Süddeutschland früher bekannt wurden, als im Norden und diesem erst zugingen, nachdem sie bereits einige Zwischenstufen durchlaufen und kleine Veränderungen

¹⁾ Hahn 611.

²⁾ Ztschr. I, 134.

erlitten hatten und ausserdem noch durch einen Anhang (Abschnitt 61) vermehrt worden waren.

Es wäre zwecklos die Abweichungen der einzelnen Ueberlieferungen zu vergleichen, nur über die niederdeutschen Bearbeitungen ist ein kurzes Wort erforderlich, da sie sich von dem ursprünglichen Texte am weitesten entfernen. Sie zeigen stark den Einfluss der späteren Entwicklung des Vemerechtes. So gestalten sie den § 19 um. Die echte Fassung besagt, ein wegen Geldschuld geladener Unwissender sei von dem Gerichte zu entbinden, hier heisst es (Seib. S. 13): »er verantworte sich mit dem Recht, wie es sich gebührt«. Die 22. Frage, ob einer, der im Gerücht stände, verweht zu sein, und dann Schöffe würde. davon Vorthail habe, wird verallgemeinert, ob ein übelbeleumundeter Mann rechtmässiger Schöffe werden könne (Seib. S. 13). Ferner ist im § 30 in die vemewrogigen Sachen eingeschoben: »mit dem eirsten ketter, die von dem kristengloven fallent« (Seib. S. 16), ein aus der Arnsberger Reformation entnommener Zusatz. Die erweiterte Redaction fügt noch die Wendung hinzu: »ind vort allet, dat tegen dey teyn gebot godes ind dat hillige evangelium, dar alle recht uth gesprost ind gekomen is«, welche aus anderen Rechtsaufzeichnungen stammt¹⁾. Die niederdeutschen Redactionen lassen sämmtlich § 3 weg und § 4 erscheint dort als dritte Frage (Seib. S. 8) in einer Fassung, welche ebenfalls den Einfluss der AR verräth. Sie sind also sämmtlich nach 1437 abgefasst.

Die Wolkensteinsche Handschrift hat als Zuthat noch folgende Sätze; von dem dritten ist nur der Anfang erhalten²⁾.

»Nota.

Item ob sich zwen gen ainander verbutten und liessen die sach also ansten, so mag sich ain fremder in desselben bot verpflichten, ob im des der freygreve gunnen wil, und das dritt recht volführen in aller der mas, als ob er dy zway recht vorhin volführt het³⁾.

Nota.

Item ob ain fürst verweyst oder verfaimt wurd, das mag ain freygraf ainem Römischen künig verkünden und auch allen andern

¹⁾ So in Hschr. 3. Soest; vgl. Wigand Wetzlar. Beitr. III, 46. Wie der Zusatz über den Christenglauben, so ist noch ein anderer zu § 4 über die Ueberbringung der Vorladung (Seib. S. 8 »derde frage«) der Arnsberger Reformation entnommen. Vgl. Abschnitt 89.

²⁾ Vgl. Anzeiger a. a. O. 199.

³⁾ Vgl. Abschnitt 100.

fürsten. die sein dartzu all schuldig ze tûn und ze helfren, damit dem klager seine recht darinn vervolgt werden. und ob dy nicht so vil macht hetten, so sol der kûnig die aberecht¹⁾ darüber geben und der bapst den pann. auch ist derselb fûrst aller seiner fûrstlichen freyheit lehn under gaistlichen und weltlichen beraupt.

Nota.

Item ob ain schepf den andern mit gewalt überlewt oder mit gewappenter hand von dem stûl drung, was derselb auf denselben — —«.

53. Abschnitt.

Die Kapitel zu Soest und Dortmund 1430.

Die erste grosse Versammlung von Freigrafen, welche als »gemeines Kapitel« bezeichnet wird, fand 1430 zu Soest statt; sie ist bisher der Forschung ganz entgangen. Der dortige Freigraf Heinrich de Sure bekundet am 1. Juli²⁾: »als dat gemeyne capittel upgedayn ward mit velen vryengreven ind ritterschap«, erschienen der Freigraf von Müddendorf, Absalon Hornepennig und ein Bürger von Osnabrück und erwirkten, dass die in der Streitsache des Konrad von Langen gegen die Stadt Osnabrück von dem Limburger Stuhle erlassenen Vorladungen für ungiltig erklärt wurden. Das geschah: »to Soest tuschen den porten vor dem vryenstole, dar myns herren gnade van Colne eyn gemeyne capittel hadde gelacht van allen vryengreven ind anderen vryenscepenen«. Zeugen sind sechzehn Freigrafen aus Dortmund, dem Kölnischen Westfalen, den Bisthümern Münster und Paderborn, den Grafschaften Mark, Ravensberg und Waldeck, Ritter und Edele, darunter auch Graf Emicho von Leiningen³⁾.

Von den sonstigen Verhandlungen ist nichts sicher überliefert. Aber ein Schriftsteller behauptet, das Kapitel sei auf Befehl des Königs Sigmund gehalten worden, und leitet von ihm mancherlei Rechtssätze ab, der Verfasser des Rechtsbuches bei Hahn. Er setzt

¹⁾ *ab recht.*

²⁾ Stadtarchiv Osnabrück; mehrere Schreiben aus den nächsten Jahren nehmen auf diese Soester Vorgänge Bezug (in Osnabrück und Dortmund).

³⁾ Der letztere erscheint oft in der Umgebung des Kölner Kirchenfürsten; vgl. Register bei Lacomblet IV. 1438 ist er einer der wissenden Räte des Pfalzgrafen Otto, Senckenberg Gerichtsbarkeit N. 37 ff. Daher fügte die Dunckersche Redaction der RF seinen Namen in den Schlusssatz ein; vgl. Anzeiger des Germ. Nat. Mus. a. a. O. 212.

sogar das Soester und das spätere Dortmunder Kapitel an die Spitze seiner Darstellung und lässt sie gewissermassen als die Grundquellen des Vemerechtes erscheinen¹⁾.

Der Geschichtsschreiber, der solches berichtet, hat freilich bisher wenig Glauben gefunden und durch die wüste Formlosigkeit seiner Arbeit das Misstrauen reichlich verdient. Dazu kommt, dass ein grosser Theil der Beschlüsse, welche er der Soester Versammlung zuschreibt, sehr grosse Aehnlichkeit hat mit denen der Arnberger Reformation, und man hat sie deswegen als einen Auszug aus jener betrachtet²⁾. Indessen sind seine Angaben nicht aus der Luft gegriffen.

Im Norden wie im Süden Deutschlands erhoben sich die Klagen über die Vemegerichte immer lauter. Der König selbst hatte seine Noth mit den trotzigem Freigrafen, so dass eine Regelung der Zustände erforderlich wurde. Die nöthigen Grundlagen zu schaffen, war Niemand berufener als der Kölner Erzbischof, und so mag er von Sigmund den entsprechenden Auftrag erhalten haben. Die Berufung und Anhörung der Freigrafen war das geeignetste Mittel und bot Dietrich zugleich Gelegenheit, seine Stellung als Verweser der Freigerichte zum vollen Ausdruck zu bringen. Heinrich Musoge, welchen die Stadt Soest damals zum Könige schickte, um ihn an Stelle des altgewordenen Heinrich de Sure als Freigrafen bestätigen zu lassen³⁾, hat vielleicht auch darüber Nachricht an den Hof gebracht. Am 29. September forderte der König den Vogt von Elspe auf, zum Reichstage nach Nürnberg mit seinen Freigrafen zu kommen und mitzubringen, was er Schriftliches über die Veme besitze. In einem Schreiben vom 15. December behauptet Sigmund, er habe nach Nürnberg alle Freigrafen entboten⁴⁾.

Da wir sehen werden, dass die Fortsetzung des Soester Kapitels, das zu Dortmund, vom Könige veranlasst war, kann das, was für das eine feststeht, ohne Bedenken auch für das andere gelten. Der Zweck war, die wichtigsten Grundsätze feststellen und verzeichnen

¹⁾ Hahn 598, der »sunst« giebt statt: Soest, wie die bessere Textesüberlieferung in Hschr. 17 liest, vgl. Duncker 178 Anm. 1.

²⁾ Wächter 126, dem Duncker 178 beistimmt.

³⁾ Sigmund that das in Raab am 7. Juni 1430; Tross 54 N. 20. Doch war Musoge zum Kapitel noch nicht wieder zurück.

⁴⁾ Seibertz Quellen III, 48; Thiersch Vervemung S. 113. Die beiden Briefe werden im neunten Bande der Deutschen Reichstagsakten nicht herangezogen. — Im Jahre 1431 hat Sigmund in Konstanz und Nürnberg nicht weniger als acht Freigrafen bestätigt, Abschnitt 91.

zu lassen, und wir hätten somit in den fraglichen Artikeln wirklich dort erfolgte Rechtsweisungen. Dafür spricht mir auch ihr äusserliches Wesen, welches trotz aller Aehnlichkeit mit den Arnsberger Gesetzen einen selbständigen Zug hat, und einzelne hier angeführte Punkte finden sich in jenen nicht. —

Erwägt man noch, dass unser Gewährsmann gar nicht so lange Zeit nach dem Kapitel seine Aufzeichnungen machte¹⁾, so wachsen seine Nachrichten noch mehr an Glaubhaftigkeit.

Das Soester Kapitel gewinnt somit nicht nur Leben und Gestalt, sondern erhält auch in der Geschichte der heimlichen Gerichte eine hervorragende Stelle, welche ihm als dem ersten allgemeinen Kapitel an sich schon gebührt, indem es eine so zu sagen constituirende Thätigkeit ausgeübt hat.

Es wurden dort folgende grundlegende Bestimmungen getroffen:

1. Kein Freigraf soll einen Freischöffen machen noch zulassen, welchen er nicht kennt, wenn er nicht dem Freigrafen einen versiegelten Brief von seinem Landesfürsten oder von einer ehrbaren Stadt, unter oder in welcher er sitzt, bringt, welche eidlich seine Würdigkeit und Tadellosigkeit bezeugen. Trotzdem soll ihn der Freigraf nur mit Rath, Wissen und Willen seines Stuhlherrn wissend machen.
2. Kein Freigraf soll Vorladungen übersenden, wenn nicht die Klage vorher einem Freigrafen offenbart und mit Urtheil als vemewrogig erwiesen ist; die Klage muss in dem Briefe bezeichnet werden²⁾.
3. Solche Briefe darf er nur zwei wirklichen Freischöffen geben, welche eidlich geloben, rechte Verbotung zu thun und dem Gerichte Bescheid zu bringen.
4. Der Freigraf darf nur mit Wissen und Willen seines Stuhlherrn oder dessen wissender Amtsleute Vorladungen ergehen lassen.
5. Die Vorladungsfrist darf nicht kürzer sein, als sechs Wochen drei Tage.
6. Vorladungen wegen Geldschuld sind unstatthaft.
7. Kein Freigraf darf Briefe geben oder schreiben an Unwissende, dass Jemand verveimt sei.
8. Jeder Freigraf muss ein geheim zu haltendes Register führen, in welches er Jahr für Jahr die Vorgeladenen, die Kläger,

¹⁾ Vor 1442, vgl. Abschnitt 65.

²⁾ Auf diese Vorschrift bezieht sich auch Hahn 619: »Item warum man eine verpott« (Vorladung) nach Laut des Artikels vom Soester Kapitel u. s. w.

die gemachten Freischöffen und deren Bürgen, sowie die Vervemten einträgt, mit Angabe der Tage und der Gerichtsstätten, damit er Auskunft geben kann, wenn er selbst vorgeladen wird.

9. Eine Vervemung darf nur erfolgen, wenn der Kläger sechs Eideshelfer mit sich bringt und den Verklagten mit Recht verfolgt.
10. Der Freigraf darf Niemanden dazu drängen, dem Kläger zu helfen, als mit Urtheil und Recht.
11. Die Vorladung muss erfolgen in die eigene Wohnung des Verklagten oder an ihn persönlich. Hat er keine Wohnung, so soll man ihn da verboten, wo er sich aufzuhalten pflegt oder wie es sich nach seiner Lebensgewohnheit gebührt.
12. Es soll auch kein Freigraf einen Westfalen zum Schöffen machen, als mit Erlaubniss seines Stuhlherrn oder dessen wissender Amtleute¹⁾.

Ich habe diese Sätze mitgetheilt ihrer Wichtigkeit wegen und um eine Vergleichung mit den späteren der AR zu ermöglichen. Ob noch weitere Beschlüsse erfolgten, wissen wir nicht.

Was der Erzbischof in Soest begann, setzte er fort in Dortmund, wo er Anfang September ein zweites Kapitel abhielt. Er selbst, Grafen von der Mark, Leiningen und Limburg, über zweihundert Ritter und Knechte, fünfzehn »und viel mehr« Freigrafen aus allen Gegenden und über 400 Freischöffen waren zugegen, als am 2. September vor dem Freistuhl zum Spiegel auf dem Markte unter dem Vorsitze des Dortmunder Freigrafen Heinrich Wimmelhus, dem der Erbgraf Konrad und die zwei städtischen Bürgermeister zur Seite standen, ein Weisthum gefunden wurde, dass ein Angeklagter, welcher in gehöriger Weise zu Recht stehen wolle und das verbürge, von weiterer Verfolgung frei sein solle²⁾.

Der Erzbischof, der von Dortmund nach Paderborn und Arnsberg zog, hielt im April des folgenden Jahres noch ein grosses

¹⁾ Hahn 605—607; der letzte Absatz, dessen Wortlaut verstümmelt ist, beruht auf Vermuthung.

²⁾ Index N. 7. Die Urkunde ist nicht in Dortmund selbst ausgestellt, sondern Heinrich von Wimmelhusen bekundet den Vorgang am 4. Sept. 1431 für die Stadt Minden. In einer Urkunde des Grafen Wilhelm von Limburg, der damals anwesend war, vom 5. April 1433 wird das Weisthum etwas anders formulirt (Thiersch Hauptstuhl S. 37, Kopie im Dortmunder Stadtarchiv), doch bezieht sich der Graf ausdrücklich auf dieses Kapitel. — Auch die Mainzer weisen 1436 eine Vorladung zurück auf Grund der »in Dortmund in einem gemeinen Kapitel« gefundenen Weisung, Hschr. 18, f. 161.

Freigericht in Oespel über die Klage gegen Herzog Heinrich von Baiern ab, an welchem ebenfalls zwölf Freigrafen, zahlreiche Adelige und gegen 400 Freischöffen theilnahmen¹⁾).

Von diesem Dortmunder Kapitel, welches durch seinen Glanz Aufsehen erregte, berichtet noch eine andere Urkunde, die freilich nur in verstümmelter Gestalt vorliegt. Die Handschriften 18, 19, 20 enthalten einen Abschnitt: »Hernach stand geschryben urtail, die [zu] Dortmund²⁾ erkand sind in ainem kapitel gesatz und gesamlet von unseres allernadigesten herren künigs Sygmund gehayszen wegen und sind ergangen alz hernach geschriben stat. Ich Heinrich von Wymmelhaussen u. s. w.« Dasselbe Stück fand auch Aufnahme in das Nördlinger Rechtsbuch, aber unvollständig und entstellt³⁾).

Diese Urkunde hat einen sehr ähnlichen Eingang und den gleichen Ausstellungstag wie das oben besprochene Weisthum, den 2. September, nennt aber das Jahr 1429. Hinter dem Rechtsinhalt stehen als Zeugen: der Erzbischof, Junker Gerhard von Kleve-Mark, Graf Emicho von Leiningen und Graf Wilhelm von Limburg (der Herre zu Bruck, d. i. Hakenbroich bei Bedburg genannt ist), »und vyl ritter und knecht wol by dreyhundert und zwintzig freygrafen und vil erber freischepfen«; dann folgt die Besiegelungsnotiz.

Dass wir es hier mit demselben Dortmunder Kapitel zu thun haben, erweist die Gleichheit der Zeugen. Dass es 1430, nicht 1429 stattfand, lehrt nicht allein das vorige Document, welches ja seinerseits einen Irrthum enthalten könnte; entscheidend ist vielmehr, dass für ersteres Jahr der Aufenthalt Dietrichs in Westfalen urkundlich feststeht. Die Jahresangabe 1429 ist also ein Irrthum, wie jene Texte überhaupt arg entstellt sind.

Den Rechtsinhalt bildet die Beantwortung zweier Fragen. Die erste betrifft die vemewrogigen Punkte. Leider hat der Verfasser der Aufzeichnung in Hschr. 18, 19, 20 hier den Wortlaut der Urkunde unterbrochen, indem er auf den Anfang seines Schriftchens verweist, wo er bereits die Verbrechen, welche dem heimlichen Gericht zu richten gebührten, zusammengestellt hatte. Was er aber dort angiebt, stammt aus einer anderen Quelle. Doch sind wir in der Lage, anderweitig den Laut der damaligen Beschlüsse festzustellen.

¹⁾ Kindlinger M. B. III N. 199; Seibertz N. 926—928; Freyberg I, 354.

²⁾ Hschr. 18 und 19 lesen: »durchmund«, woraus 20 »müntlich« macht und die Ueberschrift beifügt: »Item hie ist von dem spiegel geschrieben«. Hschr. 23 hat dieses Stück nicht.

³⁾ Senckenberg Corp. jur. I, 2, 120; vgl. Abschnitt 66.

Die Boten nämlich, welche die Stadt Frankfurt am Ende des Jahres 1436 nach Arnberg schicken wollte, erhielten eine Instruction¹⁾, an deren Schluss es heisst: »Item als wir vernommen han, so sind XII principalartickel und puncte an das heimlich gerichte gehorende und das vemeruge sin. Der erste puncte trifft sich an die heiligen kirchen und an den heiligen cristenglauben, als die kirchen« u. s. w.

Dieselbe Instruction ist im Frankfurter Stadtarchiv noch in einer anderen Gestalt, auf zwei losen Blättern, erhalten. Das eine enthält den ersten Absatz der bei Usener gedruckten Instruction und den Anfang folgender Urkunde:

»Ich Heinrich von Wymelhusen frigreve der keiserlichen camern und der fryenstüle der fryen graveschafft der stat Dorpmunde bestediget erkenne und bezuge vor allen fryen und vor allen erbaren echten fryenscheffen des heiligen richs heimlich besloszen achte, das ich uff disen tag giffit dis brifs besasz den fryenstul geheiszen der spigel gelegen zu Dorpmunde uff dem marckte neben dem rathuse in einem capittel, das dar gelacht war von keiserlicher bevelhe zu verkleren ettliche treffliche puncte gehorig zu der heimlichen achte, und erste welich sin die rechten principalartickel gebürlich zu richten an den fryenstülen in der hemelichen achte geheiszen vemerüge sache. dar wart erkant das der zwelff weren. der erst puncte trifft sich an die heiligen kirchen und an den heiligen cristenglauben als die —«

Hier ist das Blatt zu Ende und die Fortsetzung fehlt, aber das Erhaltene zeigt zur Genüge, dass nun der Wortlaut der bei Usener gedruckten Instruction folgte.

Diese Urkunde gehört also auch zu unserem Kapitel. Ausdrücklich spricht sie von dem königlichen Befehl, der es zusammenbrachte, und auch die Urkunde der Hschr. 18, 19, 20, von der wir eben ausgingen, berichtet in ihren einleitenden Worten: »als ein capitel dar gelegt was von befelnus und gescheften kunig Sigmunds«. Der gleiche Rückschluss ist demnach auf das Soester Kapitel gestattet.

Die zweite Frage, deren Beantwortung vollständig mitgeteilt wird, ist, wenn auch in etwas andere Worte gekleidet, dieselbe, welche wir bereits als Gegenstand der Verhandlung kennen, über die Aufhebung der gerichtlichen Verfolgung gegen einen Verklagten, welcher an zuständiger Stelle Recht bieten will.

¹⁾ Usener N. 4.

Jener Schriftsteller, dessen Glaubwürdigkeit für das Soester Kapitel ich zu erhärten suchte, spricht auch von dem auf dem Spiegel zu Dortmund abgehaltenen. Da er die Gegenwart von zwanzig Freigrafen erwähnt, benutzte er offenbar die eben als Kapitelsache erwiesene Urkunde. Er kennt auch ihren Inhalt, den er an einer anderen Stelle angiebt, und weiss, dass dort die vemewrogigen Verbrechen erklärt und das andere damit verbundene Weisthum gegeben wurden, nur sind seine Aeusserungen sehr verworren²⁾.

Ausserdem weist er bestimmt noch eine andere Rechtserklärung diesem Dortmunder Kapitel zu, welche festsetzt, gegen einen (Freischöffen), welcher einen Freigrafen oder Boten des heimlichen Gerichts anfällt oder die Veme verräth, sei nur eine einmalige Vorladung erforderlich³⁾. Dieser Rechtssatz wird später mehrfach anerkannt, 1448 in Brüninghausen⁴⁾, 1437 und 1452 in Kapiteln zu Arnberg⁵⁾ und ebendort nochmals 1481: »Eynen itlichen fryscheppen sall men umme twe sake eynen konyngsdagh leggen ind nicht merer: tom ersten, so eyner des keysers boden nederwerpe eder uphelde mit brieven eder suess, dat hie syne sake nycht geenden konde, tom anderen, wan eyner die hilligen heymelichen acht melte ind die nicht verswege als hie sych dan vorplicht hevet«⁶⁾. Auch in dem Grossen Rechtsbuch hat er Aufnahme gefunden⁷⁾.

So weit können wir unserem Gewährsmann folgen. Ob dort aber auch die Fragen über den Ursprung der Gerichte und ihre Beschränkung auf Westfalen u. dgl. erörtert worden sind, wie es nach ihm wenigstens scheinen kann, ist zweifelhaft. Denn seine brauchbaren Nachrichten hat er mit so viel eigenartigen Zuthaten verbrämt, dass ihm gegenüber Vorsicht geboten ist.

In weiterem Verlaufe seiner Darstellung erzählt er nochmals, die Dortmunder mit anderen weisen Schöffen hätten in des Königs Kammer auf Befehl Sigmunds eidlich gefunden, dass der König nur auf westfälischem Boden gegen einen Freigrafen einschreiten dürfe. Auch diese Nachricht ist richtig, wie die erhaltene Urkunde selbst bezeugt, nur dass das Weisthum nicht auf jenem Kapitel, wie

1) Hahn 598.

2) Hahn 607.

3) Hahn 607.

4) Original im Staatsarchiv Marburg.

5) Usener S. 123, 193; Fahne UB. N. 251 S. 305.

6) Original im Staatsarchiv Marburg.

7) Tross 49; Mascov 108.

auch nicht behauptet wird, sondern im folgenden Jahre besonders erging¹⁾).

Dagegen gehören andere Rechtsweisungen, welche gleichfalls unserem Kapitel zugeschrieben werden, ihm nicht an, sondern einer früheren Zeit, wie der 69. Abschnitt ergeben wird.

Diese beiden Kapitel von Soest und Dortmund sind demnach von allergrösster Bedeutung; sie haben erst die Grundlagen des Veme-rechts festgestellt und eine Reihe von Weisthümern der verschiedensten Art erlassen. Was bisher der Arnberger Reformation zugeschrieben wurde, gehört ihnen zum grössten und besten Theil an. Gleichwohl traten sie hinter derselben in den Hintergrund, und während die Arnberger Beschlüsse in überreicher Fülle der Ueberlieferung vorliegen, können die Soest-Dortmunder nur mühsam und in entstellter Gestalt aus dem Trümmerschutt ausgegraben werden.

54. Abschnitt.

Die Arnberger Reformation 1437.

Die Beschwerden über die westfälischen Gerichte häuften sich mehr und mehr, namentlich in den städtischen Kreisen, und diese begrüsst es mit Freuden, als der Kaiser selbst 1435 in Frankfurt eine Reform und Läuterung anregte²⁾).

Die Reichsstädte am Oberrhein, im Elsass und in der Schweiz im Verein mit mehreren österreichischen Landstädten dieser Gegenden, der Landvogt im Elsass und einige Herren beriethen im Jahre 1436, wie den Umtrieben der westfälischen Gerichte, »welche ohne Grund manchem Biedermann Kummer, Kosten und Arbeit brächten«, ein Ende zu machen sei. Ihr Schreiben an den Erzbischof von Köln und andere betheiligte Fürsten erhielt gute Antwort, indem Dietrich sich bereit erklärte, Mitte Januar 1437 ein Kapitel nach Arnberg zu berufen »und zu versuchen, wie das alte Herkommen wieder herzustellen sei«³⁾). Nicht Rücksichtnahme auf die Bittsteller wird Dietrich so entgegenkommend gestimmt haben; ihm war vielmehr vom Kaiser selbst der Befehl zugegangen, die Gebrechen der Freigerichte zu untersuchen und abzustellen⁴⁾).

1) Hahn 621; Thiersch Vervemung N. 25. Das Weisthum ging auch über in AW, Usener S. 123.

2) Neue Sammlung der Reichsabschiede I, 150.

3) Usener N. 3.

4) Schreiben Sigmunds darüber sind nicht erhalten, doch spricht der Erzbischof selbst von dem erhaltenen Befehl, Usener N. 6, vgl. N. 9 S. 123 oben.

Der Beginn des Kapitels verzögerte sich um einige Monate. Erst im April erschien der Erzbischof in Arnberg, wo sich alle Freigrafen aus Westfalen — wie ein Augenzeuge wohl mit einiger Uebertreibung sagt — und mehrere Stuhlherren versammelten. Nur wenige können wir nennen, von Fürsten allein den Bruder Dietrichs, den Bischof Heinrich II. von Münster, von Freigrafen Gerhard Seiner von Arnberg, der im Gericht den Vorsitz führte, Bernt Duker von Heiden, Kurt Hake aus Hamm, Dietrich Leveking aus Erwitte, Heinrich van Grosen Freigraf der Melderich, Heinrich Vischmester aus Eversberg, Heinrich Feckeler von Schonenloe, Hugo von Osterwich aus Dorsten, Heinrich von Linne aus Bodelschwingh¹⁾.

Am 10. und 11. April fanden Kapitelsitzungen statt, in welchen eine Anzahl Urtheile theils allgemeiner Art über das Verfahren des Freigerichts, theils über einzelne Proceßsachen gewiesen und protokolliert wurden. Zugleich »wurde eine neue Reformation gemacht«, von welcher jeder Freigraf eine Abschrift erhielt, um sie den Stuhlherren, soweit diese nicht anwesend waren, zu überbringen und ihre Meinung darüber einzuholen. Am 27. April sollte über die Reformation beschlossen und sie dann dem Kaiser übersandt werden²⁾.

Am bestimmten Tage trat das Kapitel zusammen, von dem jedoch nur eine nebensächliche Handlung bekannt ist³⁾. Ob über den Entwurf eingehend berathen, ob Abänderungen beschlossen wurden, wissen wir nicht. Wir erfahren nur, dass das Schriftstück wirklich dem Kaiser zugestellt wurde⁴⁾. Sigmund hatte am 4. März wegen des zerrütteten Zustands des Reiches eine Versammlung nach Eger berufen und in dem Anschreiben auch auf die grossen Gebrechen in den öffentlichen und heimlichen Gerichten hingewiesen. Die Eröffnung des Reichstages schob sich lange hinaus und sein Ergebniss war ein geringfügiges. Der Erzbischof von Köln erschien nicht und so begnügten sich die weltlichen Kurfürsten im Einverständnis mit dem Kaiser vorzuschlagen, letzterer möge dahin wirken, dass die heimlichen Gerichte auf ihr ursprüngliches Wesen

1) Usener N. 8, ergänzt durch ungedruckte Urkunden aus dem Stadtarchiv Essen, den Kgl. Staatsarchiven Magdeburg und Münster.

2) Usener N. 5 und 8.

3) Der verklagte Hans von Marenholt wird wieder in sein Recht eingesetzt; MSt. mit gleichlautender Einleitung wie Usener N. 8; ausserdem vgl. Usener N. 6.

4) Wigand 250.

zurückgeführt und Vorladungen nur wegen dorthin gehöriger Sachen gestattet würden¹⁾.

Ein beabsichtigter neuer Reichstag kam nicht zu Stande und Sigmund starb im December 1437. Unter seinem Nachfolger Albrecht wurde die Frage der Vemereform eifrig weiter erörtert und auch Friedrich III. musste sich alsbald mit ihr beschäftigen. Erzbischof Dietrich liess ihm mittheilen, dass er als Herzog von Westfalen mit grosser Mühe, Kosten und Arbeit eine bequeme Ordnung zu Stande gebracht und Sigmund abschriftlich gesandt habe, der bald darauf starb, so dass sie nicht viel Nutzen gebracht habe. Friedrich ersuchte ihn daher im Mai 1440, die Ordnung zum nächsten Reichstage mitzubringen und inzwischen für die Herstellung der Gerichte in ihrem alten Stande Sorge zu tragen²⁾.

Am 14. August 1442 verkündete der König in Frankfurt den Reichsabschied, der im nächsten Abschnitt noch näher zu betrachten ist und unter Anderem bestimmte, das heimliche Gericht sei so zu halten, wie es von Anbeginn an durch Karl den Grossen und durch die Reformation, welche Erzbischof Dietrich auf Befehl Sigmunds gemacht habe, geordnet und gesetzt sei.

Soweit reicht die Kunde von den Vorgängen, welche manche Fragen offen lässt, deren Erledigung durch eine Betrachtung der Reformacte zu erstreben ist. Auch sie selbst erfordert eine eingehende Untersuchung, da die Ueberlieferung zwar reich, aber nicht einheitlich ist. Denn der Text der Arnberger Reformation liegt in mancherlei Gestalt vor. Abgesehen von einzelnen Bruchstücken, die unberücksichtigt bleiben können, sind achtzehn Drucke vorhanden. Doch sind einige nur Wiederholungen älterer, andere stimmen in allem Wesentlichen so genau überein, dass sie als identisch betrachtet werden können; ich fasse sie daher unter Einer Nummer zusammen.

- 1) a. Des Ertzstifts Cöln Reformation dere weltlicher Gericht Rechts und Polickey durch — Herman Ertzbischoffen zu Cöln — — uffgericht Anno 1538, fol. 29³⁾. — b. Vollständige Sammlung deren die Verfassung des Ertzstiftes Cöln betreffenden Stücken (Cölln 1772) I, 454.

¹⁾ Vgl. Aschbach Gesch. Kaiser Sigmunds IV, 341 f. und die dort angeführten Stellen.

²⁾ Wigand 250; Index N. 16.

³⁾ Seibertz III, 76 scheint einen anderen späteren Abdruck benutzt zu haben.

- 2) a. Datt. a. a. O. 774; b. Goebel-Freher 174¹⁾.
- 3) a. Goldast Reichssatzungen I, 163; b. Müller Reichstags-
theatrum I, 120; c. Lünig Reichsarchiv IV, 250; d. Neue
und vollst. Sammlung der Reichsabschiede I, 128.
- 4) Hahn a. a. O. II, 627.
- 5) Senckenberg Corpus juris I, 2, 79.
- 6) Lodtmann Acta Osnabrugensia I, 90; nach den angehängten
Urkunden zu schliessen, aus Rheda stammend.
- 7) Ebendort ein zweiter Text parallel gedruckt.
- 8) Berck Gesch. der Westphäl. Femgerichte 491.
- 9) Grote Jahrbuch für Westfalen (1817) I, 313.
- 10) Tross Sammlung 22.
- 11) Usener S. 114, N. VII.
- 12) Derselbe S. 124, N. IX.
- 13) Seibertz UB. III, 76, nach dessen Paragrapheneintheilung
ich die einzelnen Stellen anführe.

Von mehreren dieser Drucke ist die handschriftliche Grundlage bekannt. Die Handschriften Hahns und Grottes sind bereits besprochen. Der Text von Berck N. 8 entstammt, wie mir Herr von Bippen gütigst mittheilte, dem sogenannten Rathsdenk-
buch von Bremen im dortigen Staatsarchiv, und ist von einer Hand des fünfzehnten Jahrhunderts eingetragen.

Die Vorlagen Useners zu N. 11 und 12 befinden sich im Frankfurter Stadtarchive. N. 11 ist ein Folioheft von 8 Papierblättern. Auf dem Umschlag steht von einem anderen Schreiber, als dem des Textes: »Die reformation zu Arnszberg in Westfalen«. Den Inhalt bildet die Reformation mit der Ueberschrift (nicht Unterschrift, wie Usener sagt): »Reformation des heimlichen gerichtz wie man dat« u. s. w., an welche sich unmittelbar ohne besondere Ueberschrift Usener N. VIII, die Weisthümer von 10. und 11. April 1437 anschliessen. Das Ganze ist von derselben kleinen und zierlichen Hand geschrieben, mehrfache Verbesserungen bezeugen die sorgfältige Durchsicht. Die Artikelüberschriften sind im sechzehnten Jahrhundert hinzugefügt. Der Abdruck ist nicht gerade diplomatisch getreu, die Abkürzungszeichen sind manchmal übersehen oder falsch gedeutet, aber grobe Versehen finden sich nicht²⁾.

Zwischen dem letzten Textblatt und dem Umschlag wurde nachträglich ein Bogen eingehftet, welcher Usener N. 88, die

¹⁾ Ueber die Verwandtschaft ihrer Vorlagen vgl. Anzeiger 195.

²⁾ Einige Bemerkungen zu dem Text unten.

Kapitelbeschlüsse vom 30. Juli 1441 enthält. Der Schreiber war ein anderer. Ein Zusatz und der Schlusssatz: »Diese vorgeschr. urtel« u. s. w. rühren von einer vierten Hand her. Sie ist aber unzweifelhaft dieselbe, welche auf die Briefe von 1436 und 1437 (bei Usener N. 3, 5, 6) die Inhaltsangabe setzte und den (anderen) Entwurf von N. 4 ganz schrieb, also wohl die des damaligen Stadtschreibers. Aus Allem ist zu schliessen, dass dieser Text vor 1441 entstanden ist.

Der zweite Text Useners steht auf einem langen Rotulus von zusammengehefteten Papierblättern, welche nur auf einer Seite beschrieben sind. Die »Aufschrift« Useners steht auf dem Rücken, am Schluss: »nota reformacio«. Die Schrift gehört entschieden dem fünfzehnten Jahrhundert an, wahrscheinlich noch den mittleren Jahrzehnten.

Leider ist die Arnsberger Handschrift, welche Seibertz benutzte, nicht mehr aufzufinden.

Ausserdem sind mir zwölf nicht gedruckte Texte bekannt, welche alle nebst anderen Stücken Bestandtheile grösserer Sammlungen von Vemerechtssachen bilden. Ich führe sie nach den Nummern im voranstehenden Handschriftenverzeichniss und Fundort an.

- 14) Hschr. 1. Osnabrück.
- 15) Hschr. 2. Osnabrück, womit genau übereinstimmen 8. Brakel und 5. Soest.
- 16) Hschr. 3. Soest, im folgenden bezeichnet als Soest A.
- 17) Hschr. 13. Darmstadt.
- 18) Hschr. 14. Nürnberg.
- 19) Hschr. 22. Wiesbaden.
- 20) Hschr. 18. Wolfenbüttel, 19. München und 20. München, letztere so überarbeitet, dass sie für die Kritik fast werthlos ist.
- 21) Hschr. 23. Wertheim. Der Text ist zerstückelt und unvollständig, er lässt die Aufzählung der Vemewrogen in § 1, die § 2, 17 und 20 ganz weg.

Dass eine von Tross erwähnte Pariser Handschrift nicht in Betracht kommt, hat Duncker S. 139 gezeigt.

Alle diese Texte, soweit es nicht anders bemerkt ist, beginnen mit der einleitenden Ueberschrift: »Reformacie des heymlichen gerichtz, wie man dat ordentlichen na aldem gesette ind herkomen der heymlichen achte halden sall ind vrygreven ind vryscheffen maken sall«, und schliessen mit dem Satze: »Item so sall unser

gnedigster herre der keyser diese reformatie confirmiren ind bestedigen ind die vrygreven soillen auch sweren ind geloven die zo halden«.

Die so umfangreiche Ueberlieferung lässt sich in zwei grosse Gruppen (A und B) theilen, deren jede für sich besteht.

Es sind gewisse Leitmerkmale vorhanden, darunter zwei untrügliche. Die eine Partie (A) liest nämlich im § 3: »unwissende« und im § 17: »lifs«, während die andere (B) »wissenden« und »stoils« dafür bietet.

A umfasst unsere Nummern: 2, 7, 11, 13, 16, 17, 18, 20 und 21; in letzterem entscheidet die Lesart in § 3, da § 17 hier fehlt. B enthält demnach 1, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 19. Der Zahl nach gehören also mehr Texte der Gruppe B an, die wieder ihre Unterabtheilung hat. Denn mehrere ihrer Handschriften haben einen Fehler gemeinsam: sie lassen nämlich im achten Artikel das unentbehrliche Wort »vrawen« aus. Es sind dies: 1, 3, 4, 6, 9, 14, 15.

Ich gehe aus von N. 14 und 15, den Osnabrücker Manuscripten. In beiden fehlt die einleitende Ueberschrift, an deren Stelle N. 14 kurz sagt: »Hyr volgen na capittelle der heymilikin achte«, wozu eine andere Hand am Rande bemerkt: »Capitula Sigismundi« etc. N. 15 berichtet breiter: »Segemunt der Romischer konnink konyneck to Hungeren haet dosse ordinantien unde capittula gesath unde laten setten to den gericht der frien stoile in Westphalenlande«. Beide stellen den zweiten Abschnitt hinter den sechsten und ausser anderen nicht unbedeutenden Aenderungen im Wortlaut schieben sie in § 20 hinter »beroepen« ein: »want die heimlike achte dat hoegeste gericht is« und lassen ebenso den § 21 mit den hinzugefügten Worten schliessen: »want den geistligen gericht und richteren nicht engeburt to richten oever minschen vleisch ind bloet«. Endlich ist der Schluss abweichend gebildet: »Darup soll ein ietlick Roemscher keiser eder koenig, wanner hei gekroenet wirt, dese refirmacien ind rechte confirmeren ind bestedigen ind die frigreven sullen ouck loeven ind sweren, die to halden in allen stucken ind punten«¹⁾.

N. 1. Die Kölner Drucke stimmen mit den Umgestaltungen innerhalb des Textes ganz überein, nur lautet die Ueberschrift, wie

¹⁾ Ich theile hier nur den Laut von N. 14 mit, den die anderen in ihre Schreibweise umsetzen.

oben (S. 234) angegeben, doch mit dem Zusatz: »durch etwan — Sigmunden — confirmirt und bestettigt«. Der Schluss ist wie bei den Osnabrücker Handschriften, dann wird nochmals wiederholt: »Item hat hochgemelter weylant — Keyser Künig diese Reformation confirmiert und bestettigt und sollen auch alle Freigräven von ime vortan globen und schweren, die also — zu halten. Und ist diese Reformation durch weilandt Erzbischof Dietrich« u. s. w. — die oben (S. 232) angeführte Stelle aus Friedrichs Reformation.

N. 3, Goldast und seine Nachfolger haben denselben Text wie N. 1 und weichen nur darin ab, dass sie in der Ueberschrift sagen: »durch Erzbischof Dietrichen zu Cölln auf Befehl Keyzers Sigismundi Anno 1439 zu Arnsberg gemacht«. Am Ende lassen sie die Wiederholung: »Item hat« u. s. w. weg, schliessen aber sonst wie die Kölner mit der Stelle aus 1442. Dazu setzen sie noch: »actum et datum anno 1439 in die conversionis Pauli (25. Januar)«¹⁾.

In der Hauptsache ist also die Osnabrücker Redaction die gemeinsame Grundlage. Die Kölner haben sich nicht unmittelbar nach ihr gerichtet, da sie Kopf und Fuss anders gestalteten, ausserdem haben sie den Dialect ins Hochdeutsche übertragen. Goldast hat die Sprache noch mehr modernisirt, muss aber sonst, da er die gleichen Ueberschriften und Eintheilungen der Kapitel hat, den Kölner Druck vor sich gehabt haben. Nur machte er andere Ueberschrift und Ende und gab das Datum zu. Woher er es entnahm, lässt sich nicht erkennen.

N. 4 Hahn, N. 6 Lodtmann I. und N. 9 Grote stellen das frühere Stadium dieser Unterabtheilung dar. Aber Hahn ist sehr verderbt und am Schlusse unvollständig, Lodtmann I. zeigt eine gewisse Selbständigkeit in kleinen Zusätzen und Aenderungen, ist aber auch schlecht, Grote lässt den Abschnitt über die vemwrogigen Verbrechen aus und ist auch sonst fehlerhaft. Alle drei haben die sonst gebräuchliche Ueberschrift, Grote allein den Schlusssatz.

Von der Hauptgruppe B sind noch zu besprechen N. 5 Senckenberg, 8 Berck, 10 Tross, 12 Usener n. IX. und 19 Wiesbaden. Unter ihnen stehen sich, wenn auch dialectisch ganz verschieden, 5 und 10 sehr nahe, sogar so nahe, dass sie grobe Versehen gemeinsam haben. Beide lesen z. B. bei dem ersten vemwrogigen Punkte statt »mansgebur: wan ez geburt«. Sie allein haben

¹⁾ Müller und Neue Sammlung haben den Druckfehler 1430.

am Schluss den Zusatz mit Datirung: »Facta est hec confirmacio a presule Coloniensi in Arnszporgh cum multis aliis comitibus et sapientibus viris anno dni. 1437 octava pasche«¹⁾ (7. April). Ganz gewiss führen demnach diese Texte auf gleiche Quelle zurück.

N. 10 Tross und 5 Senckenberg wie die noch zu besprechenden 8 Berck, 12 Usener n. IX. und 19 Wiesbaden sind dialectisch unrein und zeigen deutlich die Spuren der Uebertragung aus der Sprachform der Arnsberger Kanzlei. Wiesbaden, dessen verhältnissmässig späte Entstehungszeit bekannt ist, ist ausserdem am meisten geändert. Der Schluss von § 4 lautet hier: »die he sonderlingen kenne ind dieselven ouch geloven, rechte ind wair verbodunge zo thun zu guden zyden ind als dan vort zo rechter zyt an dat gerichte widder zo brengen, zo wilcher zyt der horologien vur mydtage offte na mydtage«. Ebenso ist im § 7 zwischen »vrygerichte« und »magh« eingeschoben: »to guden zyten des gerichtzdages«. Dem § 10 ist beigefügt: »na koer der banck umme der gewalt verschynnunge«. Und so finden sich noch mehrere kleine Zusätze oder Aenderungen neben Lesefehlern, wie z. B. hier an der bewussten Stelle des § 17 »selbs« statt »stoils« steht.

Den Berckschen Text hat Duncker S. 139 für den besten und dem Original am nächsten stehenden erklärt. Dagegen spricht ausser der Herkunft die Unreinheit der Sprache, welche mitteldeutschen Einfluss verräth. Aber es fehlt auch nicht an Irrthümern. So liest, um Einiges anzuführen, Berck S. 492 Z. 3: »und de confirmacien drin setzen«, was aus »in de confirmacien doin setten« verderbt ist; dieselbe Seite Z. 2 von unten »wysen«, wo »wissende« zu lesen ist; Seite 494 Z. 3 von oben »wes dar angesprochen wert« statt: »wes der, der angesprochen wirt«, wie der Satz erfordert; S. 495 Z. 1 oben: »we se synd«, wo es: »woher« heissen muss; Z. 13 fehlt »wissenden«. Duncker legt Werth darauf, dass die Eingangsworte: »Dis ensall neymant lesen«, bei Berck fehlen. Aber diese Worte sind keineswegs erst, wie Duncker meint, in späteren Zeiten Schriftstücken der Veme vorgesetzt worden, und sie fehlen hier deswegen, weil das Stück aus einem grossen Codex sehr bunten Inhalts entnommen ist²⁾. Usener N. IX., welches wie schon bemerkt, nicht von Usener

¹⁾ Die Formulirung zeigt Aehnlichkeit mit dem Schlusssatz von 1 und 3, die indessen zufällig sein kann. — Die chronologische Berechnung bei Usener S. 13 ist nicht zutreffend.

²⁾ Dunckers Auseinandersetzung über »totydinge« beruht auf Irrthum. Das Wort ist gut Niederdeutsch und bedeutet: Zuzug.

N. VII herstammt, ist auch dialectisch überarbeitet. Die Abweichungen sind sonst nicht bedeutend; unvollständig sind § 13 und § 19, und die letzten Abschnitte von § 20 ab fehlen ganz.

Da die Reformation jedenfalls in der Sprachform der Kölnisch-Arnsbergischen Kanzlei abgefasst war, so können alle bisher betrachteten Texte nicht genau ihren Laut wiedergeben; sie sind nur mehr oder minder wörtliche Umschreibungen oder Uebearbeitungen.

Vielleicht finden wir das Gesuchte in der Gruppe A.

Auch hier ergiebt sich gleich eine selbständige Unterabtheilung. N. 13 Seibertz, 16 Soest A, 17 Darmstadt, 20 Wolfenbüttel-München und 21 Wertheim entbehren im § 13 der Worte: »oft in krankheit lege oft uislendich were«, was nicht zufällig sein kann. N. 20 und 21 lassen auch die Vemewrogen aus, allerdings nur deswegen, weil sie dieselben bereits in anderer Gestalt vorweggenommen hatten; ihr Wortlaut ist sonst bis auf einzelne Versehen gut, aber in anderem Dialect. Dasselbe gilt vom Darmstädter Codex, der zeitlich der Reformation recht nahe steht¹⁾,

Ganz genau mit Seibertz deckt sich Soest A, welches sogar auch in den Vemewrogen »mört reroff« auslässt. Von den kleinen unausbleiblichen Unterschieden in den Lesarten ist nur von Wichtigkeit im § 14: »vorbot« statt »vorvort«.

Die in den zuletzt besprochenen Texten ausgefallenen Worte giebt Usener N. VII, der sonst mit Seibertz und Soest A überraschend übereinstimmt. Sieht man ab von geringen Schreib- und Lesefehlern, so ist sein Wortlaut derselbe wie dort, nur dass er im § 1 Karl den Grossen seelig statt heilig nennt. Auch die Sprache klingt gleich, doch vertritt er eine ältere Form und ist daher vorzuziehen.

N. 2 Datt-Goebel sind fehlerhafte Niederschriften des sechzehnten Jahrhunderts²⁾. N. 7 Lodtmann II. hat viele Lese- und Schreibfehler und sonstige geringe Unterschiede, wie ihm auch der Schlusssatz über die Bestätigung durch den König fehlt, aber er hat manche Aehnlichkeit mit dem letzten Texte, der noch zu besprechen ist, dem Nürnberger N. 18.

¹⁾ In 19 München ist ein Blatt mit § 18 bis Schluss von § 20 ausgeschnitten.

²⁾ Bei ihnen sind die §§ 13 und 14 umgestellt, was auch bei allen Gliedern der Gruppe B der Fall ist, aber solche Umordnungen kommen auch sonst vor. Bei Datt fehlt die Ueberschrift, ebenso bei Goebel, wo es statt ihrer verworrener Weise heisst: »Reformatio iudicii vetiti Westf. d. mem. Ruperti Rom. regis«. Sie allein schieben in § 19 das Verbot, Juden vorzuladen, ein.

Dieser nimmt unter allen Genossen eine Ausnahmestellung ein. Er beginnt nämlich: »Wir Diettrich — zu Colne ertzbischof — thun kunt allen freygreven und freyen schopfen des heimlichen gerichts und bekennen, das wir als ein stattholder des reichs über die heimlichen gerichte hie bevor einen gemeinen richtlichen capittelstag an unsern freyen stule zu Arnszberg in dem baumgarten gelegen gelegt und alda denselben capittelstag persönlich mit vil freygreven besessen und die heimlich gerichte reformirt han mit rate unserer treffenlicher rete und freunde und vil freygreven und freyschopfen von rytterschaft und ander die wir darzu geheyschen hetten, als sich nach der heimlichen freyen gerichte und achte geburt hat, da danne die reformacion vorgeschriben gemacht ist, wie man die heimlichen freyen gerichte ordenlichen und geburlichen halten und die freygreven und freyschopfen machen sol nach altem gesetzde und herkomen als hienach geschriben stet«.

Dann folgt der Wortlaut bis zum § 20 einschliesslich; statt der Schlussformel: »Item so sall« u. s. w. heisst es weiter: »Und wir Diettrich ertzbischof etc. vorgeschriben bevelhen und gebieten euch allen rechten freygreven und freyschopfen des heimlichen freyen gerichts bey den glubden und eyden, die ir uns und dem heiligen reych getan hapt und gewant und verbunden seyt, daz ir alle punkte und artikele, wie die in disem brief gerurt seind und geschriben sten, so vil die yeglichen von euch antreffent und berurende seind, stete und veste halten und dawider nicht ze thun in eincherley weise. und des zu urkunde der warheit han wir unser insigel an diesen brief thun henken, der geben ist — 1456 auf den donderstag nach dem sonntag Invocavit in der vasten« (19. Februar)¹⁾.

Der Wortlaut ist ins Oberdeutsche umgeschrieben und zwar mit manchen Fehlern und Verstössen. So heisst es in der Einleitung (Seibertz S. 79 Z. 11) »geburt zu besetzen« statt »beseen«, § 7 »entschuldigen« statt »entslan«, § 12 »urkunde von seinen freyschopfen« statt »seven«, in § 15 fehlen die letzten Worte von »und vortan« ab, § 18 »zymlichen lon« statt »geloven«, § 20 »zweifeltig« statt »zweischellig« u. s. w. Einzelne Lesarten, wie auch die Umstellung der § 11—14 in die Ordnung 11, 13, 12, 14 stimmen mit Lodtmann II. überein und finden sich nur in diesen beiden Recensionen, wie auch die Formulirung in den Vemewrogen: »von dem cristenglauben entreten weren« statt: »tredent in ungeloven«.

¹⁾ Anfang und Schluss sind bereits gedruckt im Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit 1853, I, 38.

An den beiden Stellen, auf welche sich der Unterschied der Texte begründet, geht die Nürnberger Handschrift mit der Gruppe A, sie liest im § 3: »unwissenden« und im § 17: »leibes«. Nur in Einem Punkte geht sie mit den anderen. Die ganze Gruppe A schreibt im § 1 (Seib. S. 78 Z. 10) »presentatie« oder »presentation«, wo die übrigen (Lodtmann II. ist hier unsicher) »presentire« oder »presentiren« sagen. Nürnberg giebt wie Gruppe B »presentiren«. Bei ersterer Lesart fehlt das Zeitwort, zu welchem »presentatie« Object ist, und die beiden Münchener Handschriften haben sich aus der Verlegenheit gezogen, indem sie das in der folgenden Zeile hinter »stathelder« stehende »vurg.« oder »vursz« auflösen in »verschreiben«. Indessen ist diese Verbesserung kaum zutreffend, aber ebensowenig die Umgestaltung in »presentire«. Denn dass ursprünglich »presentatie« gestanden haben muss, zeigt der spätere Satz: »Dieselbe presentatie sall« u. s. w., und es ist bei der Annahme zu verharren, dass schon im Urtext das Verbum ausgefallen war.

Nur Goldast und Senckenberg-Tross gaben ein Datum der Abfassung. Nach den sicheren Bestimmungen, welche die gleichzeitigen Briefe und Urkunden enthalten, können ihre ohnehin abweichenden Noten nicht richtig sein; sie sind nachträglich hinzugefügt, und zwar bei S.-Tr. dem echten Bestand nur lose angehängt. Der ursprüngliche Text war also ohne Tagesangabe. Die Behauptung, dass Sigmund selbst die Reformation gesetzt oder bestätigt habe, stellt nur die Osnabrücker Gruppe mit ihrer Gefolgschaft auf und nur sie hat den Schlusssatz, der Kaiser solle die Reformation bestätigen, dahin erweitert, jeder König solle sie bei der Krönung beschwören. Sie unterscheidet sich darin selbst von ihren nächsten Verwandten, mit denen sie gleichen Ursprung hat; sie bietet demnach eine willkürliche spätere Umgestaltung dar. Dass diese in der Kölner Kanzlei erfolgt sei, lässt sich nirgends erweisen; die Rätthe des Erzbischofes Hermann haben lediglich nach einer Niederschrift, wie sie ihnen gerade in die Hände kam, gegriffen, ohne ihre Zuverlässigkeit zu prüfen. Nach der amtlichen Veröffentlichung in dem Gesetzbuch galt allerdings diese Fassung, die »reformatio Coloniensis«, wie sie heisst, als die officielle und wurde so weiter in andere Werke übernommen. Für uns kommt sie nicht in Betracht.

Dass einigen Redactionen (Hahn, Usener N. IX, Lodtmann I. und II.) der Schlusssatz fehlt, ist ohne Bedeutung, da die anderen

derselben Ableitung ihn haben. Eben daraus, dass Lodtmann II. der Gruppe A, die anderen der Gruppe B angehören, ergibt sich, dass darin keine eigenartige Ueberlieferung vorliegt. Das Fehlende, ohnehin bei der einen mehr, bei der anderen weniger, blieb weg aus Zufall oder Willkür. Sie können auch nicht auf Nürnberg zurückgeführt werden, welches jenes Schlusses auch ermangelt, da sie die Ueberschrift der anderen tragen. Jene Schlussbestimmung ist also auch der Reformation von Anfang an eigenthümlich gewesen.

Dass wir in Nürnberg die Abschrift einer echten Urkunde haben, wird wohl Niemand bezweifeln. Weder ein Original davon, noch eine andere Abschrift ist erhalten, was befremdlich scheinen kann, aber sich dadurch erklärt, dass die Reformation in ihrer ursprünglichen Gestalt bereits allgemein verbreitet war und deswegen auch so weiter abgeschrieben wurde.

Dietrich sagt nichts von einer erfolgten königlichen Bestätigung, aber er lässt auch den früheren Hinweis, dass sie erfolgen solle, weg. Die zuverlässigen Nachrichten, welche wir sonst besitzen, besagen nur, dass Sigmund Abschrift erhielt, nicht aber ob er die Beschlüsse bestätigte. Die Aeußerung des Erzbischofes, die Reform habe wenig genützt, da der Kaiser gestorben, zwingt nicht zum Schluss, die Bestätigung sei nicht erfolgt. Späterhin wird eine solche sogar ausdrücklich behauptet, und in mehreren Veme-gerichtsurkunden, bereits in den fünfziger Jahren, ist von ihr die Rede; die Reform wurde dann geradezu nach Sigmund genannt¹⁾.

Aber ein derartiges Diplom ist nicht bekannt. Die massgebende Ueberlieferung spricht dagegen, und selbst Friedrich sagt in seinem Reichsgesetz von 1442 nicht, Sigmund habe die Ordnung bestätigt; er erkennt einfach ihre Giltigkeit an. Es gab also keine kaiserliche Urkunde weder von Sigmund noch von seinen Nachfolgern, welche die Arnberger Reform in ihrem Wortlaut verkündigte, und die einzige offizielle Bekanntmachung ist die Dietrichs vom 19. Februar 1456. Alle übrigen Texte geben die Reform, wie sie in Arnberg entworfen und aufgestellt wurde.

Ihre Gestalt trägt daher etwas vorläufiges, unvollendetes an sich, aber trotzdem ist sie sofort als giltig betrachtet worden. Denn die erwartete kaiserliche Bestätigung konnte ihr wohl noch eine gewisse feierliche Weihe geben, aber nöthig war sie an sich nicht,

¹⁾ Usener S. 14, 222; doch bezieht sich die erste von ihm angeführte Stelle auf die Reform Friedrichs; Anzeiger für Kunde d. deutsch. Vorz. 1859, 215.

da Dietrich das Recht besass, die Freigerichte »zo luteren ind zo oversien«. Wenige Monate später beriefen sich bereits die Essener auf sie gegen Heinrich von Linne und 1441 erklärt der Erzbischof, eine angehobene Processsache sei gegen »die ordinancie der heymlichen gerichte in dem gemeyn capitel zu Arnsberg darup gemaket«¹⁾.

Von einem Original im gewöhnlichen Sinne kann man also nicht sprechen; es würde die Vorlage sein, von welcher die Abschriften für die Freigrafen gemacht wurden. Sie selbst ist nicht mehr vorhanden, aber es ist anzunehmen, dass sie bei der Bekanntmachung von 1456 benutzt wurde. Die ehemalige Ueberschrift wurde hier eingefügt in den Tenor der Urkunde, der Schlusssatz aber, wie das natürlich war, umgestaltet in den Befehl an die Freigrafen, das Gesetz zu befolgen. Von der Bestätigung durch den König brauchte nicht mehr gesprochen zu werden, weil Dietrich selbständig die Urkunde erlassen konnte und weil die Reform seit dem Reichstagsabschied von 1442 reichsgesetzlich anerkannt war.

Dass bei der Abfassung dieser Urkunde kleine Veränderungen erfolgten, ist bei der geringen Sorgfalt jener Zeit in diplomatischen Dingen leicht erklärlich, aber die Abweichungen sind auch zum Theil der überliefernden Handschrift zuzuschreiben. Immerhin haben wir hier den Anhalt, zu erkennen, welche von jenen beiden Gruppen A und B, in welche die Texte zerfallen, der ursprünglichen Vorlage am meisten entspricht. Das ist A, und in dieser wieder zeichnet sich Usener N. VII durch Alter, durch Reinheit der Sprache und Vollständigkeit aus.

Immerhin sind einige Erörterungen über verschiedene Lesarten nicht zu vermeiden. Duncker S. 140 meint, im § 3 sei »wissend« statt »unwissend« zu lesen, aber seine Ansicht ist unhaltbar. Der Absatz bestimmt, dass Vorladungsbriefe gegen einen unwissenden Mann nur vor gehegtem Gericht und wenn Vemewroge gewiesen ist, gegeben werden dürfen. Einem wissenden Freischöffen gegenüber war das selbstverständlich, während das Verfahren gegen Nichtwissende schwankend war²⁾. Dass auch solche, wie § 4 dann bestimmt, durch zwei Freischöffen vorgeladen wurden, zeigen mehrere Vorladungsbriefe. Zudem entspricht die Bestimmung ganz dem Freigrafeneide.

¹⁾ Stadtarchiv Essen; Hschr. 13.

²⁾ In Soest A ist »un« später durchgestrichen mit derselben Tinte, mit welcher die Nachträge gemacht sind, also unter dem Einfluss einer Handschrift, welche zu Gruppe B gehörte.

In demselben § 3 ist unsicher, ob »der Kläger« oder »die Klage« zu lesen ist. Es ist für die Kritik interessant, dass auch in diesem Punkte die Texte sich ganz genau in dieselben Gruppen zerlegen; A schreibt durchgehend: der Kläger. Diese Lesart scheint auch dadurch gesichert, dass sich unschwer erkennen lässt, wie die Klage daraus werden konnte. In dem rein niederdeutschen Laut heisst es nämlich: »dey« oder »die klager«, und wenn »er« in diesem Wort durch den Abkürzungshaken ersetzt war, ergab sich namentlich für Nichtniederdeutsche leicht der Irrthum.

Im § 14 gehen die Schreiber auseinander, ob die »Verführten« oder die »Verboteten« in das Register einzutragen sind. Selbst Soest A hat hier gegen Seibertz und Usener N. VII: »vorbot«, aber ihm stehen nur die geringen Ueberlieferungen, wie die Osnabrücker Abkunft, Lotdman I, Hahn, Senckenberg-Tross zur Seite, während Datt-Goebel beide Lesarten verbindet. »Verführt« ist auch sinnlich besser¹⁾.

Endlich bestimmt § 17, die an einem Gerichte begonnenen Sachen sollten dort zu Ende geführt werden, wenn nicht etwa der Freigraf stürbe, krank oder seines Leibes entwältigt, d. h. der freien Verfügung über ihn beraubt würde, also etwa in Gefangenschaft geriethe. Die Gruppe B liest hier »stoils«, aber bereits einige Zeilen vorher ist der Fall, dass der Freigraf seines Stuhls entwältigt würde, besprochen. Die Wiederkehr des gleichen Ausdrucks bewirkte den Irrthum.

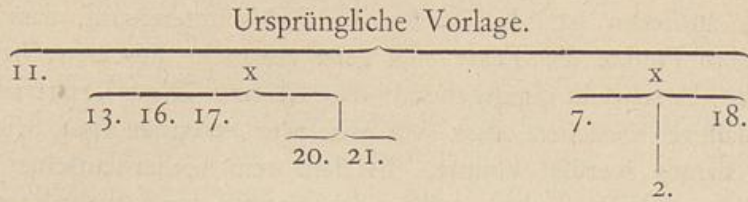
Useners Text ist ausreichend brauchbar, so dass ein Neudruck nicht erforderlich ist. Ich begnüge mich daher, einige geringe Versehen zu berichtigen, welche theils nur Lesefehler Useners, theils seiner Handschrift eigenthümlich sind, sich aber durch Vergleich mit den anderen Texten als solche ergeben. Ungenauigkeiten in der Orthographie sind übergangen, ebenso die nicht aufgelösten einfachen Abkürzungen, welche er im Druck beibehielt.

Es ist zu lesen S. 115 Z. 28: »duvede«; Z. 36: »neymen« statt »meynen«; S. 117 Z. 16: »ind des«; Z. 29: »ind die«; Z. 29: »strekelink — wiste«; S. 118 Z. 2: »doersten«; Z. 16: »verbuede«; Z. 18: »up dat dat recht«; S. 119 Z. 18: »dairinne«.

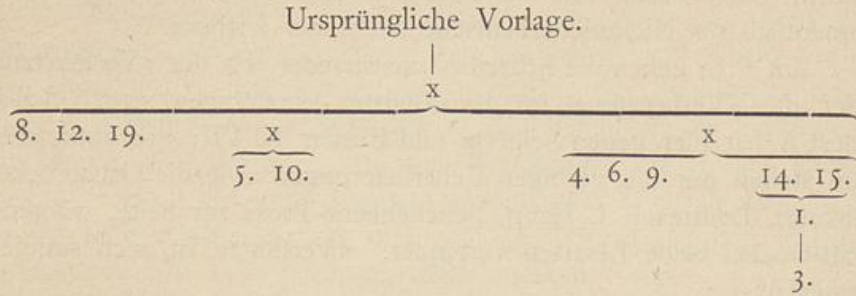
Die Texte zerfallen also in zwei ganz gesonderte Familien, die Gruppe A und die Gruppe B, deren sämtliche Glieder je aus Einer Abschrift der ursprünglichen Vorlage entsprangen.

¹⁾ Der Soester Beschluss von 1430 ist ausführlicher gefasst und verlangt die Eintragung der Verboteten und der Vervemten, oben S. 225.

Der Stammbaum von A würde sein:



Die Verknüpfung von B ist etwa so:



Die Artikel sind vermuthlich von den wissenden Räten des Kurfürsten mit Hinzuziehung einiger Freigrafen ausgearbeitet worden. Der allergeringste Theil des Inhalts ist neu, die meisten Paragraphen sind aus Vorlagen früherer Jahre entnommen, wenn auch im Wortlaut mehrfach umgearbeitet. So sind die Beschlüsse von Soest-Dortmund mit wenigen Ausnahmen hier wiederholt. Anders lauten nur die Vemewrogen-Punkte, deren Zahl beschränkt ist, und ganz weggefallen ist das Verbot der Vorladungen wegen Geldschuld. Ueberhaupt giebt AR den Freigrafen grössere Freiheit der Bewegung, wie sie auch bei Annahme von Freischöffen nicht mehr an die Genehmigung der Stuhlherren gebunden sind. Vollständig eingearbeitet in die bezüglichen Abschnitte sind die einzelnen Punkte des Eides, welchen die Freigrafen damals schwuren und wir noch kennen lernen werden (Abschnitt 91). Aus den RF stammen zum grössten Theil § 15 und 16, deren früher zu Soest festgesetzter Laut dadurch erweitert wird. Auch der Sachsenspiegel II, 67 liefert einen kleinen Beitrag zu § 10. So bleibt wenig übrig, was als selbständiges Ergebniss der AR gelten kann: der grösste Theil des § 1 über die Einsetzung der Freigrafen, § 8 über die Vorladung von Frauen, § 13 und 17, welche das Hin- und Herziehen der Rechtssachen vor verschiedenen Freigrafen und Stühlen zu verhüten suchen, § 19 bis 21, welche die Befugnisse der heimlichen Gerichte gegenüber den geistlichen und Reichsgerichten sichern und ihre Wirksamkeit dadurch beträchtlich erhöhen sollen. Bemerkenswerth ist, dass der

Erzbischof sich wiederholt mit Nachdruck als Statthalter des Königs bezeichnet und § 14 die Einrichtung der Kapitel scharf betont.

B. Die Weisthümer, welche am 10. und 11. April von dem Kapitel gefunden wurden, sind gedruckt bei Usener N. VIII aus derselben Handschrift, welche die AR enthält, also einer ganz oder nahezu gleichzeitigen. Unbrauchbar sind die Texte, welche in das Hahnsche und das Nördlinger Rechtsbuch eingearbeitet und bei Hahn 637 ff., Senckenberg Corp. jur. I, 2, 122 ff. gedruckt sind. Von den oben verzeichneten Handschriften enthalten die AW: 3. Soest mit gutem Wortlaut, 13. Darmstadt in dialectischer Umwandlung, 15. Nürnberg stark verkürzt und verändert, 18. Wolfenbüttel mit arg verstümmelten Namen, 19. München mit vielen Lesefehlern, 20. München willkürlich umgestaltet, 21. Wertheim enthält nur die Abschnitte 1—4, 12—15 und das vierte Urtheil des zweiten Tages. Da Useners Text im Ganzen ausreicht, kann ein näheres Eingehen auf ihn und die übrigen unterbleiben.

Einige Freigrafen berufen sich 1453 auf die AR und »die dreiundzwanzig Urtheile, welche in demselben Kapitel gewiesen wurden«¹⁾, und bezeichnen als deren achtzehntes das zweite vom 11. April. Strenggenommen sind achtzehn Urtheile vom 10. April verzeichnet, aber da die letzten drei sich auf bestimmte Prozesse bezogen, werden sie nicht mitgerechnet, so dass der erste Tag fünfzehn, der zweite Tag acht allgemeine Urtheile brachte. Sie betreffen theils Einzelheiten des Klage- und Processverfahrens, welche die AR überflüssig erweitert hätten, theils aber auch Punkte, welche man in diese, weil sie jedenfalls mehr in die Oeffentlichkeit drang, des Geheimnisses halber nicht aufnehmen wollte, endlich auch solche, die man aus Rücksicht auf den König, der die AR bestätigen sollte, nicht aufnehmen konnte, wie das vierte Urtheil vom 11. April, welches das Dortmunder Weisthum von 1431 über das Recht des Königs, einen Freigrafen abzusetzen (oben S. 229), erneuerte und verschärfte.

55. Abschnitt.

Die Frankfurter Reformation Friedrichs III. 1442.

Kaiser Sigmund war gestorben, ohne die Arnsberger Reformation zu bestätigen. Auch sein Nachfolger Albrecht schied rasch dahin, so dass die unter ihm von verschiedenen Seiten eingeleiteten

¹⁾ Usener N. 55 S. 193.

Schritte, eine Besserung der heimlichen Gerichte zu erzielen, ohne Erfolg blieben. So konnte Friedrich III. sich der Aufgabe nicht entziehen, auf welche ihn Erzbischof Dietrich selbst hindrängte (oben S. 232), denn dass auch dieser den allseits erhobenen Klagen gegenüber nicht gleichgiltig war, zeigen die Beschlüsse des Arnsberger Kapitels von 1441, welche der Ueberhebung der Freistühle wehren¹⁾. Von städtischer Seite nahm man die Sache auch in Angriff. Ulm schlug eine Versammlung für Anfang Juni in Frankfurt vor, um dort über die Belästigungen durch die Veme-gerichte zu berathen, zu welcher auch die Stadt Köln sich bereit erklärte und ihrerseits Einladungen an Nürnberg, Basel, Speier, Worms, Mainz, Frankfurt, Aachen und Würzburg erliess²⁾. Mittlerweile zog der neue König langsam heran, empfing in Aachen die Krone und versammelte einen Reichstag in Frankfurt, dessen Frucht das Landfriedensgesetz vom 14. August 1442 war. Es enthält auch einen Abschnitt über die heimlichen Gerichte und wird deswegen die Frankfurter Reformation oder die Reformation Friedrichs genannt.

Der Inhalt ist allerdings dürftig, wie auch der Wortlaut nicht selbständig, sondern einer früheren Vorlage entnommen ist³⁾. Um dem durch die Gerichte verursachten »Unrath« zuvorzukommen, sollen sie mit frommen, verständigen und erfahrenen Leuten besetzt und nicht durch thörichte, verachtete, uneheliche, meineidige oder eigene Leute gehalten werden und zwar so, wie es Karl der Grosse und die Arnsberger Reformation vorgeschrieben haben. Vorladungen an sie dürfen nur ergehen um Sachen, welche dorthin gehören, oder der man zu Ehren nicht mächtig sein möchte; sonst sind alle Sprüche kraftlos. Den Freigrafen wird eingeschärft, nur geeignete und untadelhafte Männer zu Freischöffen zu machen. Der dawiderhandelnde Stuhlherr verfällt einer Busse von zehn Mark Goldes, der Freigraf der Absetzung, wer unrechte Vorladungen erwirkt, der Leibesstrafe.

Zunächst half das Gesetz wenig, umsomehr da manche Freigrafen es für ungiltig betrachteten, weil der König kein Wissender sei, und immer wieder mussten neue Erlasse es einschärfen. Friedrich selbst machte am 24. Januar 1462 und 12. Juli 1465 nochmals das

¹⁾ Usener N. 88.

²⁾ Mittheil. Nürnberg I, 15; Ennen Gesch. III, 415; vgl. Datt 730.

³⁾ Neue Sammlung I, 158.

Reformgesetz bekannt¹⁾, ebenso thaten es die Landesherren, wie die gegen die Freigerichte verbündeten süddeutschen Fürsten und Städte 1461, und 1467 der Bischof Rudolf von Würzburg²⁾. Aber die Reformation Friedrichs bot endlich einen gesicherten Boden; ihre Bedeutung liegt vor allem darin, dass sie das erste wirkliche Reichsgesetz über die Vemeegerichte war.

Mehrere Handschriften enthalten das ganze Gesetz oder wenigstens den auf die westfälischen Gerichte bezüglichen Abschnitt: Hschr. 1, 2, 3, 5, 8, 14, 17. Da keinerlei kritischen Schwierigkeiten vorliegen, erwähne ich von Drucken nur den in der Neuen Sammlung der Reichsabschiede I, 172 und den neuesten bei Chmel Regesta Friderici III. Anhang N. 23.

Friedrichs Nachfolger Maximilian machte 1495 den Landfrieden von 1442 nochmals bekannt, und noch im sechzehnten Jahrhundert griff man mehrfach auf ihn zurück³⁾.

56. Abschnitt.

Wie man einen Schöffen vorladen und schelten mag.

Aus der Wiesbadener Handschrift, Hschr. 22 fol. 7^b—8^a, mit eigenthümlicher Mischung der niederdeutschen Sprache, in welcher das Stück ursprünglich geschrieben war, und des Mitteldeutschen.

Gedruckt in dem Hahnschen Rechtsbuch 642—643 mit der Ueberschrift: »Diss ist ein alts koenigsrecht« und abgesehen von der dort üblichen Textverderbniss meist übereinstimmend. Ziemlich stark überarbeitet auch in dem Nördlinger Rechtsbuch, bei Senckenberg Corp. jur. Germ. II, 90. In dem Ersten Rechtsbuch Wigands 555—556 § 20—26 mit vielen Erweiterungen, namentlich im Anfang, daraus übergegangen in das Grosse Rechtsbuch.

Ich gebe, wie in den beiden folgenden Abschnitten, den Wortlaut der Wiesbadener Handschrift und zur leichteren Vergleichung die Paragrapheneintheilung Wigands.

Wie man eynen scheffin verboeden und scheldin maigh und is
ein alt konyngs recht.

Zcu dem eirsten wysen wir vür recht und willen des voll
enstaen: XX. so war man eynen scheffin andedinge wille vor eyne

¹⁾ Ztschr. Niedersachsen 1854, S. 188, Orig. in Hannover und in Minden; Chmel 4229.

²⁾ Vgl. unten Abschnitt 85; Archiv Unterfranken XIII, 206.

³⁾ Vgl. Kopp 26 ff.

fryenstoile, den sall man verboeden zo dryn seesz wochen, und der scheffin, dem also geboeden wirt, magh bynnen den vorgenanten dryn seesz wochen vorkomen, williche zijt, dat hie will. und wanne hie vorkomen will uff den dagh, die yeme gelegen ist, so magh hie komen mit synen frunden, und dan sall hie gaen vor den stoill vor den frygreven und sprechen sunder vorsprecher alsus: »herr greve, hait ir mich verboedet vor uch«?

XXI. So sall der greve sprechen: »ya«!

XXII. So sprycht hie vort: »herr greve! ich wulde gerne hoeren van uch die hoefftstucke und die hoefftdaet, darumb ir mich verboedet han, und dat ir mir diejhene nümet, die uff mich geclaget han und die mich andedingen willen.

XXIII. XXIV. Dat sall yeme der greve sagen. und wanne yeme dat die greve gesaget hat, so sall sich die scheffin daruff setten¹⁾ und haben eyn swert by sich und sall dat swert nemen und setzen dat vor sich und legen sine zwene fingere uff [die spitze]²⁾ und sprechen alsus: »herr greve! der hoefftstucke und der hoiffdaet, [der ir mich gezigen] hait und die mich [der cleger zihet, bin ich unschuldig], dat mir got helfe und die [heiligen]. und sall vort nemen eynen crucepennynck und werffen dem greven und keren sich umb und gaen syner straisen. und wer id dan, dat yemant uff denselben scheffin, die also syne unschult gedaen hette, urteilen ine antasten ader halden wulde, so wyssen dat alle frygreven fryen und scheffin waill, das dieselben hetten des konings frieden gebrochen. und die meucht man zo der stont hiensetzen uff den hilligen³⁾ vote unverboedet, want si des nit unschuldigh enmochten werden, want yd vor dem gerichte geschien were.

XXV. und wulde man den scheffin, der alsus syne unschult gedaen hette, anders yrgen schuldigen, so moiste man ine uff dat nüwe verboten.

XXIV.⁴⁾ alsus magh eyn fryscheffin syne unschult doin mit syner eygener hant und endarff dar keyner hulffe zo, want sowanne man eynen scheffen machet, so wyset man yeme vor recht, das

¹⁾ Wahrscheinlich ist ausgefallen: *up syne kny*.

²⁾ Die eingeklammerten Stellen sind zerstört und nach Hahn und Wigand ergänzt.

³⁾ *hilligen* fehlt bei Hahn und Wigand; Mascov 94 und Tross 44 haben richtiger: *vrischen*.

⁴⁾ Wig. A. hat diese Sätze umgestellt.

hie yeme syne ere selbir nehir su zu behalden, dan yeme die yemant zo entfoeren.

XXVI. Auch so wan eyn schoeffin verboedet is, kompt hie vor, hie engeyt mit syner eygener hant als vureschriben is und enbehoiffit dar nyemantz zu, und enkompt hie nyet vor, man wynnet die selbssebende vollenkomen scheffin¹⁾.

Die Zeit des Ursprunges lässt sich nicht bestimmen, indessen weist der Eingang, die knappe Form, die Anrede »greve« statt fri-greve auf ein höheres Alter hin. Zu dem Zwiegespräch zwischen Freigraf und Kläger finden sich anderweitig Anklänge²⁾.

57. Abschnitt.

Wie man Gericht hegen soll.

Hschr. 22 Wiesbaden fol. 9a—11a. Gedruckt bei Hahn 649 bis 651; Senckenberg a. a. O. 88—90; Wig. A. 551 ff., 1—14, daraus vom Grossen Rechtsbuch entlehnt.

Das Stück bietet einen guten Anhalt für die Kritik. Das Nördlinger Rechtsbuch, welches sonst auffallend mit Wiesb. übereinstimmt, vereinigt im § 6 die Weisung des Fronen mit dem Spruche des Freigrafen, wobei in ersterer die unentbehrlichen Worte: »sonder vorspreken« ausfielen, während es den Schluss des Artikels so formulierte: »sunderlich das gericht zu belustern oder offenbaren«. Ich würde bei dem Character des Nördlinger Buches kein Gewicht darauf legen, wenn nicht Wig. A ganz gleich verfahren wäre. Er zieht auch die beiden Absätze theilweise zusammen und lässt im ersten »sonder vorspreken« aus; der Schluss des Artikels, dessen Inhalt so ganz verworren ist, lautet hier: »nyemande dit gerichte to belustern sonder apenbaren oirloff und wetenheit det selven friengerichtz«. Der Wortlaut ist sonst bedeutend erweitert; man sieht aber, dass Wig. A dieselbe Vorlage benutzte, wie der Verfasser des Nördlinger Rechtsbuches. Wiesbaden erweist sich als der ältere und bessere Text, aus welchem erst die jenen gemeinsame Vorlage floss. Das Hahnsche Rechtsbuch entspricht ganz unserem Texte, hat aber bei § 6 einen Zusatz, welcher einer anderen Aufzeichnung (Abschnitt 60) entnommen ist und auch bei Wig. A. fehlt.

¹⁾ Vgl. Sachsenspiegel I, 64; 65, 1.

²⁾ In dem Anhang zu den RF bei Seib. III, 49; vgl. Abschnitt 61.

Dusz began dat gerichtē zo hegen.

I. Ich vrage die¹⁾, vrone! offte des woll dagh ind tydt sy, [dat ich]²⁾ in³⁾ stede ind stoil myns herrn des Romischen konynghes eyn [gerichte]⁴⁾ ind heylich dinck hege to rechte under konyngesbanne?

He sal vynden aldus: Syntdemmaill ghij den ban, stoill ind vrygrasschafft van dem Romischen konynghe vant syner hant selven lijfflichen untphangen hebben, so moge gij dat doen zo rechte.

II. Ich vraghe die vort, mit wo vyl scheffen ind vryen ich den stoil myns herren dez Romischen konynghs besitten ind kleyden sulle?

He sal vynden: Ghij sullen to dem mynsten seven vryen der graisschaff by uch⁵⁾ setten oder scheffenen unverleget irs rechten, die dar ordell vynden ind gezuych sin des gerichtes to rechte.

IIb. Ich vrage die vort, wo ich des konynghs banck kleyden sulle to rechte?

He sal vynden: Mit eyne swerde ind eynem stricke offte seyle darbij unverdeckt.

So lege dat swert ind roep uff die bank ind sprich aldus:
III. Ich doe, als mir hie gevonden ind gedeilt ist ind heghe eyn gerichtē ind hillich dinck under konynghsbanne eynewerff anderwerff under konynghsbanne, dirde werff under konynghsbanne ind slute dysse konynghsstede ind stoill mit dyssen echten vryen dez konynghs ind nome die A. B. C. D. E. F. etc. ind vort mit dijssen anderen vryen scheffen N. etc., als sich dat mit rechte geburt under⁶⁾ konynghsbanne ind verbiede eynen juweliken unwetenden manne dez konynghs lose, dyssen stoil stede ind aichte dez konnynghs by dem banne ind hogesten wedde, als by der weden.

IV. Ich vrage die, vrone! offte ein unwetende sich zoge in dysse heymelichen aichte dez konynghs, so wat sin broke sin?

Hey sal vynden: Sin hogeste.

IV. Ick vrage die, wo man ime⁷⁾ volgen sulle?

He sal vynden: Ghij sullen die banck dez konnynghs kleyden ind stayn uff ind nomen den by syme cristlichen namen ind bynden yme die hande vur yn, eyn seyll offte weden⁸⁾ ind hangen yn an den nehsten baum, de dem stoile nehest belegen ys, den ghij hebben mogen.

¹⁾ Das heisst: dich. — ²⁾ fehlt. — ³⁾ ind. — ⁴⁾ fehlt. — ⁵⁾ yn. — ⁶⁾ und. — ⁷⁾ inne. — ⁸⁾ So auch Hahn 650, doch muss »um seinen hals« ergänzt werden.

VI. Ich vrage dye vort, so wat ich verbeden moghe to rechte in dyssen gerichte under konyngsbanne?

He sal vynden: Dynckslege, dat isz unlust, ind neman vur dyt gerichte to komen mit clage sunder vursprechen, he enhebbe den orlouff van dem vrygraven.

So do ich, als my her vonden ysz, ind verbede dinckslege ind unlust ind neman to clagene ind to redene sonder vurspreker, he enhebbe dan mynen urlauff, ind sonderlingen neman dat gerichte to rumenen sonder offenbaren orlauff.

VII. Ich vrage die vort, offte we were, der herboven dede ind so dynckslechtich wurde, so wat sin broke sy?

He sal vynden: Seestich schillinge yn der montzen genge.

VIII. Ich vrage die vort, wo man die manen sulle?

He sal vynden: Mit demselven rechte.

IX. So orleve ich allen vryenscheffen yre clage to offenen to rechte, to unrechte verbede ich yme to clagene.

X. Ich vrage die vort, so wat klage ind sache ich yn dijssem gerichte to rechte riechten moghe?

He sall vynden: Alle vemewroge.

XI. Ich vrage die vort, so wat wemewroge sij?

He sal vynden: Alle dat entghaen die zehen gebode godis ist ind entgegen dat heylige ewangelium, dar die gesatte rechte synt uszgevloissen.

XII. So heysche ich klegere in gerichte zo rechte na uszwysonge dysses ordels dreffende uff die zehen geboit godes, uff dat heylige ewangelium ind gesatten rechte etc.

Dan soltu clage antworde ordell ind recht gaen laten na dem gesatten rechte.

Item so wer dan verwonnen wirt der clage zo rechte mit seven handen over den heyligen, den saltu alsus vervoren vervemen ind verordelen ind die leste sentencie over ime thun:

XIII. Den beclageden verwonnen man N. neme ich usz dem vreden rechte ind vrijheit, dat pays ind keyser gesat ind gestediget hebben ind vort alle fursten herren ritter knapen scheffen ind vryen besworen hebben in dem lande to Saissen, ind sette yn usz aller frijheit ind rechte in konyngsban ind wedde, in den hogesten unfrede ind geve sin lyff den vogelen ind den dyren yn die luft¹⁾ zo verzeren ind bevele syne sele gode in sin gewalt. Ind nym dan

¹⁾ luycht.

eyn deil strenge offte gebogede weden ind wurff die over den warff usz dem gerichte ind sputet usz ind alle die scheffen evene, offte man den zo stunde¹⁾ henge.

XIV. Vort so mane ind gebuyt eynen iglichen scheffen by synem eyden²⁾, so war sy den ankomen, dat sy yn hain an den nehesten baum, den sy gehebben mogen.

Wenn auch die Formeln für die Hegung des Gerichtes gewiss einen uralten Kern haben, so dürfte doch diese Niederschrift kaum früher, als etwa im dritten Jahrzehnt des fünfzehnten Jahrhunderts gemacht sein. Denn einzelne Wendungen entsprechen nicht der früheren einfachen Weise. Den Stuhl »bekleiden« findet sich urkundlich zum ersten Mal 1433 und 1434³⁾. Spät kommt auch die Bezeichnung »heilig« für das Gericht auf, von dessen Eigenschaft als Reichsgericht hergeleitet. König Sigmund selbst braucht sie zuerst; er nennt 1426 den Freistuhl auf der Honebecke »sacra sedes« und in demselben Jahr spricht ein Freigraf von dem »heiligen freien Gerichte«. Lambert Nedendick entbietet 1429 »unter Königsbann und by dem hilgen gedinge« einem anderen Freigrafen, eine Vorladung abzuthun⁴⁾. Ganz der obigen Rechtsweisung entsprechend schildert Albert Swinde 1430 eine von ihm abgehaltene Gerichtssitzung: »— dat ich saet den vryenstul to Limborch — up der echten malestat mit beleninge und willen des Rom. koninges und greven Wilhelms — und hegede mit oirdelen und rechte under banne des Rom. konings eyn gerichte und hillich dinck, so des Rom. konings ban und recht is, und sloet den warff mit vrygreven (3) und ritterschopp (7), mit den vryvronen und vryen des stols und mit vryen und velen anderen schepen«. — Der Vorsprecher des Klägers beweist, dass die Verklagten dreimal vorgeladen seien. — »So eisschede ich dei vorgenanten — by namen und tonamen, wo sey dey namen in der hilgen dope untfangen hebbet, einewerff, anderwerff, derdewerff int oesten, westen, zuden, norden, ere lyff und ere to vorantworden to den hogesten rechte under konings banne, to dem veirden male, so ricks recht und konings ban bewiset«⁵⁾.

1) *jotunghes.*

2) *eynen.*

3) Thiersch Vernehmung 58; Freyberg I, 337.

4) Ztschr. für Niedersachsen 1855, 167; Index N. 11; Staatsarchiv Düsseldorf, Jülich N. 5.

5) Stadtarchiv Osnabrück. Die Heischung des Verklagten mit fast gleichen Worten auch 1426 in Dortmund, Thiersch Hauptstuhl 46.

Aehnlich hegt 1432 der Ravensberger Freigraf Konrad Stute: »ein echte rechte hillinchdynck in der camern des hiligen rykes und mins herren«¹⁾.

Auch der zweite Theil, die Vorschrift über die Vervemung ist kaum eine Originalarbeit, denn sie entstammte wahrscheinlich einer älteren Quelle, wie Abschnitt 60 ergeben wird. Ueber die Vervemungsformel handelt Abschnitt 103.

58. Abschnitt.

Wie man Freischöffen machen soll.**Auszüge aus dem Sachsenspiegel.**

Hschr. 22 Wiesbaden fol. 11^b—13^a und ein Bruchstück in Hschr. 10 Münster, beginnend im Eide: »unde dat he wylle brengen« bis fast zum Schluss: »munt nicht enhevet«, welches sich sonst ganz mit ersterem Text deckt.

Gedruckt bei Hahn 651—653 in gleicher Anordnung. Wigand A. hat eine Theilung vorgenommen; es bringt die aus dem Sachsenspiegel ausgeschriebenen Sätze § 15—19 und die Vorschrift über die Schöffenmachung in § 27—30. Sein Text ist mit vielen Zusätzen erweitert, vgl. unten Abschnitt 60, und ging so in das Grosse Rechtsbuch über. Das Nördlinger Rechtsbuch 90 ff. ist Wig. A. sehr ähnlich.

Dusz saltu scheffen machen.

XXVII. Twe vryen offte ander bekonde scheffen yn dyner graisschafft sullen eynen unwetende brengen by dat gerichte mit dynem orleve ind sulle vur yme loven up yre eyde, dat he sie echte ind vry geboren ind unverleget syns rechten glych andern unverlegeden rechten vryen Saissen.

XXX. Darna so sal die unwetende tzwe vyngere usz syner vorder hant leggen uff dat swert ind stranck ind spreke die na aldus:

Dat he wulle die veme waren helen hoden ind halden vur man vur wijff vur dorff vur tzwijch²⁾ vur stock vur steine vur gris vur greyn vur allen queke wichte ind alle godes gestychte, vur alle dat tuschen hemell ind erden got heefft lassen werden, wente an den man, de die veme waren helen hoden ind to rechte halden sall, ind dat he wolle brengen vur den vryen stoill yn die heym-

¹⁾ MSt. Ravensberg 205. — ²⁾ d. i.: vor Torf vor Zweig.

lichen achte des konynges, wat he vur wair weisz offte wat he van warhafftigen luden horet, dat¹⁾ vemewroge sy, dat yd were gerichtet na rechte dez keyzers ind der Saissen oder na gnaden mit willen dez klegers ind gerichtes. ind enwille dez nit lassen noch umme lieff noch umme leit noch umme silver golt ind edelgesteyne²⁾, vader moder suster broder mageschaff oder swagerschafft noch ume keyner hande dinck, die got hevet lassen werden, dat he wulle vorderen ind sterken die veme, dyt gerichte ind dyt vorbenomede recht³⁾ na aller syner macht. dat eme got so helffe ind syne heyligen.

XV. Du ensalt ouch nit richten in vigilien, heyligen tagen ind gebundenen tagen, darzo uff den donrstagh frijtagh satersdagh ind sontagh⁴⁾).

XVI. Item sowan du richten wilt, so saltu nuchteren sin ind dezgljchs dyne vryen scheffen vronen ind clegers.

Item *du ensalt desgljchs noch dyne scheffen kogelen hoet huven oder hantschen anhebben noch mantell, sonder wapen sullen sie sin⁵⁾.*

Und ordel sullen dyne vryen offte scheffen vynden vastende over eynen iglichen man, he sij Duytꝛsch, Wendisch, eygen oder vrij. dat sal auch nyemantz anders urdell vynden dan sij ind sittende sullen sy ordel vynden⁶⁾.

XVII. Item nyemant ensal ir ordell schelden, he ensy dan ir genoite als van geburt.

Item *schildet der scheffen ordell ir genoite, de sal der banck bidden eyn ander to vyndene. So sal derghene uffstaen, de dyt ordel vant, der schelder sal sich setzen yn syne stede ind vynden dan, dat yme recht duncket ind theyn des, dar hey des durch recht theyn sall⁷⁾.*

XVIII. Du ensalt over nemande richten, diewijle he yn dez Romischen konnynghs dinste ysz oder yn dez Romischen rijchs dinste isz⁸⁾).

Du ensalt auch nit richten over den Romischen konyng, ober geistlicheit, dwyle sy yren geistlichen richter gehorsam sin ind

¹⁾ *dat van*, ebenso das Fragment.

²⁾ Die Worte: *noch umme lieff noch umme leit* sind wiederholt, ebenso in 10.

³⁾ *recht* fehlt, ebenso in 10.

⁴⁾ Vgl. Sp. II Art. 10; Art. 11 § 4; Art. 66.

⁵⁾ Vgl. Sp. Art. 69 § 1.

⁶⁾ a. a. O. § 2; Wiesb. liest falsch »Welsch« statt »Wendisch«, wie auch das Fragment hat.

⁷⁾ a. a. O. § 3.

⁸⁾ Vgl. Sp. I Art. 28; II Art. 7.

unverwonnen vur eme. Over die koirfusten, marckgreven ind lantgreven saltu nicht richten etc.¹⁾).

XIX. *Wer auch by konyngsbanne dynghet ind den ban van dem konnyng selven lijfflichen nit entphangen enhevet, de weddet syn tunghen²⁾.*

Item *over dryn seeszvochen saltu den scheffen eyn dinck uytlegen under konnyngsbanne, dat sullen sy soken by eren broke, dar man blijkenden schin hanthafftige dait offt gijchtigen mont nicht enhevet.*

Item *legestu ever eyn dinck usz umme ungerichte van den achten weken over vierteben nacht, dat sullen sij suchen, uff dat unrecht gerichtet werde. dat isz aver uff den blijkenden schin etc.³⁾.*

Dus saltu⁴⁾ dat gerichte waren, so doistu dynen eyden voll, die du dem konyng gesworen hevest.

Ob die in sich verschiedenen Bestandtheile, die Vorschrift über die Machung von Freischöffen und die Auszüge aus dem Sachsen-spiegel von Anfang an zusammen gehörten, lässt sich nicht entscheiden. Die erste Abtheilung führt vielleicht auf eine ältere Grundlage zurück, dieselbe, welche auch in Abschnitt 57 benutzt ist, wie unten in Abschnitt 60 untersucht wird.

Ueber den Freischöffeneid handelt Abschnitt 92.

B. Ich füge hier ein Schreiben bei, dessen Abschrift im Stadtarchiv Osnabrück liegt. Es ist gerichtet von Wyneke von Vaelbrecht, Freigraf in Lüdenscheid, an Wyneke van dem Rede, datirt »feria quarta post Mauricii«, also vom 23. September 1433. Der Brief ist jedoch unecht, denn am 18. October schrieben Hildebrand Henxstenberg der Alte und Johann Voirman aus Dortmund an die Stadt Osnabrück, deren Archiv den Brief aufbewahrt hat, Kurt von Langen habe an Wynand van dem Rede einen falschen Brief geschrieben, als ob ihn der Freigraf Heyne von Valbert verfasst hätte. Trotzdem ist das Schreiben von Werth. — Der Text ist mehrfach entstellt, ich theile ihn genau nach der Vorlage mit.

»Wete Wyneke van dem Rede, dat vor my is gekomen in der tijd Conrad van Langen und hevet my mit swarer claghe angebracht, wo du eme geloven togesecht hebbest to mannigen tijden vorgangener tijd, darboven siestu gekomen to Dortmunde op dat

¹⁾ Vgl. Sp. III Art. 55.

²⁾ Vgl. Sp. I Art. 59 § 1.

³⁾ Vgl. Sp. I Art. 2 § 2.

⁴⁾ *Du salt.*

rathus und op den konynghoff und hebbest, dar vijlest volk und veyrde mede wesen, dozulves ene to vervolgen zin lijff er und gut myt den Osenbrugschē, darzulves op dem konyngshove eyn valsche gerichte op dem konnyngshove under konyngesbanne over ene vorderen helpen, valscher ordele dyr underwunden und de unrechte gewyset to unrechten dingtijden myt namen, dat de nicht nebörde na konyngesbannes rechte na dyner scheppenhuldinge des konyngesbannes, und dar ock neman ordel wysen sal, hey ensy dar dingplichtich und eyn schepenbar vryge off konyngesvryge des stoles und dan over synen genoten. Dat sulve myt waren schynen und tuchnijssen he vor my bekundet und tuget hevet und my myt ordelen affgewunnen dyne dre echten dincktyden na utwisinge der Sassenrechte in dem capittle van konyngesbanne in den eyersten boke: »de greve sal sin dinck utleggen over XVIII weken, dat solen de scheppen soken; lecht he aver sin dinck ut over verteynacht, dat solen se soken, op dat ungerichte vorrichtet werde«. So eyssche und mane ick dy by dyner huldinge under koningesbanne, dat du komest, so dy gebort, und sist vor my to Ludenscheit an dem vryenstole op den gudensdach vor sunte Kalixtus nest komende¹⁾ und antwordest Corde off synem procuratore to desser clage. dedestu des nicht eff komest, so mōt ick richten over dy, des ick doch lever by were, went dy ordele und recht affgedeilet hevet na syr kuntschap tuch und bewysinge desser clage dyner scheppenvryget²⁾, und dy ock nicht enborde, de to vordedingen, de to echten dincktyden vorgeladen und vorwunnen sin, den ban over sick gan latet³⁾. hir wete dy na to richten, dem cleger vul to done, dem konynghe und my in gerichtē stade, effte de clage to rechte wedertoreden in den gerichtē«. —

59. Abschnitt.

Wie man einen Schöffen wieder in sein Recht setzen soll.

Die Weisung, wie ein zu Unrecht vorgeladener oder vervevter Freischöffe wieder in sein Recht einzusetzen sei, ist vollständig gedruckt im Nördlinger Rechtsbuche bei Grote 328 f. und in dem Hahnschen 636 f., bei beiden in ungenügender Weise. Das Fragment

¹⁾ 17. October.

²⁾ Da dir Recht und Urtheil nach (sicherer, seiner?) Kundschaft, Zeugnis und Beweis dieser Klage deine Schöffenfreiheit abgesprochen hat.

³⁾ Den Bann über sich ergehen zu lassen.

10. Münster enthält den grössten Theil derselben auf dem zweiten Theile des Doppelblattes; der Anfang ist verloren.

Das zweite Rechtsbuch Wigands bringt in den § 11—12 ein sehr ähnliches Stück, welches mit dem unseren verwandt sein muss. Der Wortlaut ist dort meist kürzer, aber dazwischen sind mehrfach Wendungen eingeschoben, welche neueren Ursprung verrathen; ausserdem sind andere Zuthaten eingefügt (vgl. Abschnitt 62). Ich halte deswegen den unten mitgetheilten Text für den älteren, um so mehr, da einige Wiedereinsetzungs-Urkunden mit ihm übereinstimmen. Die älteste, welche Formeln enthält, von 1418 bestimmt: »na dem male daz ungerechte über Conen gedaen were, so sulde er kommen vor den frienstule mit eyme seyle und haben in siner hand eynen alden kunigtornosz, und ich — vrigreve sulde — [in] widder nemen und emphaen in die heymeliche achte und gerichte uz dem bosen unrechten gerichte, daz über ene ergangen were und setzen und enphaen yne widder in die heymeliche achte und gerichte vor einen erbern birven man vollenkomen in allen sinen rechten und unschuldig der bosen gezücht«¹⁾. Noch ähnlicher ist der Spruch, mit welchem Albert Swinde 1429 die von Herzog Adolf von Berg im Namen des Erzbischofs Günther von Magdeburg verklagten Bürger von Halle restituirte: »also nam ich — die Verklagten — ute dem valschen snoden unerliken gerochte und ut der bosen ticht und satte sey weder in eyn gut erlich gerochte, also dat sey — vortmer stan und wesen mogen, dar ander erber berve lude stan und wesen mogen und syn erer ere und lyves so vry van der klage — wegen, als sey waren, er sey beklaget und anspraken worden«. 1437 kommt der Angeklagte: »mit eyme repe ind urkunde ind vur mir up sine knee gevallen«²⁾. In Arnsberg wird 1438 ein Weisthum gefällt: »Die wieder aufzunehmenden Vervemten sollen haben jeder an seiner Hand zwei echte Freischöffen und einen Königspennig und einen Strick (reep) um ihren Hals und in die heimliche Acht kommen, auf ein Knie fallen und bitten, sie aus der Vervemung wieder in ihre Freiheit und Frieden zu setzen«. Der Freigraf nimmt sie von dem »bosen gerochte und ungerichte« in des Reiches Huld, so frei und unbeschädigt an ihren Ehren, wie sie vor der Klage waren«³⁾.

Wig. B. schreibt ausserdem vor, der Wiedereinzusetzende solle von zwei Freischöffen in das Gericht gebracht werden und zwei

¹⁾ Usener 243.

²⁾ Abschrift in Dortmund; MSt. OA.

³⁾ Fahne N. 243.

weisse Handschuhe und ein grünes Kreuz haben, doch entlehnt es letztere Symbole einer anderen vorher in § 4 gegebenen Formel. Die vom Freigrafen gesprochenen Worte enthalten hier ausserdem eine Stelle aus der Vervemungsformel.

Ueber die bei der Wiedereinsetzung in Betracht kommenden Rechtsfragen handelt Abschnitt 104.

Der Anfang ist nach Grote und Hahn wiederhergestellt.

[Wan du wilt enen weder in sin recht setten und in sinen vrede, so saltu enen vrien ban wirken. und so sal en van des koninks wegene, de gerne in sinen vrede gesat were, vragen den vrigreven und spreken aldus: »Her greve! dar stet N. und begert van ju umme got und umb den konink, dat gy one willen stellen und setten weder in sinen vrede, na dem dat he den clager vuldaen heft und sik van eme gerichtet.] Her vrijgreve! so vrage ick dar eyn oerdells umb, wu sick N. dartho bereyden solle, dat he mit rechte hyr vor jw komen moghe«?

Darup wijset men vor recht, dat one dar twe inbrenge sollen unde he solle heben eyne stranck umbe synen hals unde eyne konningxtorneschen in syner hant unde vallen in syne kneen vor den greven unde seggen aldus: »Her vrijgreve! ick byde u umme gode unde umbe den konyng omme gnade«.

So vrage dy eme wedder, ofte he dar also sij, dat he des konynges vrede beger bij den ede, den he god unde deme konynges in der hemeliken achte gedaen hebbe etc. Item so spreket vort aldus: »Synt deme male dat ick deme vrijbaen van deme Romeschen konyng ontfangen hebbe unde du ere unde recht geplegen hevest, so entfa ick dij hijr als der hemeliken achte recht is, unde banne dij hijr under konyngesbanne eyne olden steden vasten vrede vor werde unde velicheit bij rykes rechte under konyngesbanne unde neme dij uth den snoden bosen geruchte, dat du heddest, unde sette dij weder in eyne guden geruchte in eyne vrede unde secherheit, als du werst unde heddest des dages darbevoren, er ich dij de eyrste verbadunge dede. unde gebeide vort under konyngesbanne, dat dij nemant anenvierdige myt onrechte gewalt unde myt den hemeliken gerichte, he enebbe dij eyrsten vorclaget verbadet verfolget van tijden to tijden to dren tijden, als de hemelike achte recht is.

Item ton anderen male, so untfae ick dij hijr, item ton derden male ontfae ick dij hijr als der hemeliken achte recht is, so vorschreben stat«.

Item wultu eme geven eynen breiff, dat du ene wedder in syn vrede unde recht gesat hevest, de sall alldus luden:

Ick N. frigreve etc. bekenne vermyts krafft dossed breves vor allen vrijebancken vrijengreven unde vrijenschepen in der hemeliken achten, de dessen breff mogen seyn offte horen lesen, dat ick up dach data dossed breves den vrijenstoell to etc. gespannender banck eyns gehegedens gerichtes van konynckliker gewelt myt oerdell unde myt rechte gecledet unde beseten hadde, dar vor my quam N. etc., als om oerdell unde recht to wysede und he myt rechte solde, den ick van clage wegen N. etc. gheeysschet unde verbadet hadde, so recht is ten eyrsten male etc. den ick dar stelledede unde satte in synen vrede unde in syn recht, so konnyxban bot unde uytwyset, unde ick bon¹⁾ em dar eynen olden steden vasten vrede by rykesrechte unde konyngxbanne²⁾, wannt my N. vurgenant bekante unde also segede, dat he wall van N. vorgenant vornoget unde gescheiden were unde he om gedan hadde, wes he ome van ere unde rechtes wegen schuldych was, unde dat it³⁾ myt synen guden willen were, dat ich one wedder in synen vrede unde recht stelledede unde sette. unde ick N. vorgenand hebbe to tuge der waerheit myn segell an dussen breff gehangen. data etc.

60. Abschnitt.

Einige Formeln.

Als besonderes Stück sind zu betrachten die Formeln über Hegung eines offenen Freidings und das Wirken des Freibanns, welche fast übereinstimmend lauten bei Grote 320 f. und Hahn 635. Ein Satz daraus ist bei Hahn 650 in die im Abschnitt 57 mitgetheilte Rechtsweisung eingeschoben. Das Grosse Rechtsbuch (Tross 29 und 35, Mascov 53 und 68) benutzte dieses Stück, schmolz es aber mit Wig. A. zusammen. Wahrscheinlich stand seine Vorlage näher zu Hahn als zu Grote, denn in den sinnlosen Worten bei Hahn 635 Z. 25 steckt offenbar: »wei her winne, dat her des geneite«. Grote hat diesen Zusatz überhaupt nicht und vertritt demnach wahrscheinlich eine ältere Stufe.

Ein andere Rechtsweisung haben das Hahnsche Rechtsbuch 632 unten: »Item wenn du wilt« bis 635: »die in der welt sind«, und

¹⁾ *bom*; Grote: *von*, gemeint ist: *bannte*.

²⁾ Ueber diesen Frieden vgl. Abschnitt 88.

³⁾ *ick*.

das Koesfelder Rechtsbuch bei Grote 321 unten: »Item wan du wilt« bis 326: »in alle desser werlt« gemeinsam. Sie beginnt mit einem kurzen Satz über die Machung eines Freischöffen, welchem Grote den zu schwörenden Eid nachfolgen lässt. Hahn lässt ihn aus, vermuthlich weil er den Eid später 651 aus dem in Abschnitt 58 mitgetheilten Stück bringen wollte; dass der Eid aber in der Vorlage stand, zeigen die Worte: »und sag aldus verre«. Dann folgt bei beiden die Vorschrift über die Vervemung. Den besseren Wortlaut hat Grote. In der Vervemungsformel weichen sie von einander ab, weil der Koesfelder an Stelle des Gleichnisses der obern und niedern Zahl, welches die Hahnsche Formel enthält, eine Wendung über den vom Papst und Kaiser gesetzten Frieden aus einer ihm vorliegenden Gerichtsurkunde von 1446 aufnahm¹⁾. Ueberhaupt kann kein Zweifel sein, dass zwischen dem letzten Theil der in Abschnitt 57 enthaltenen Vorschrift über die Hegung des Gerichts und unserm Stück ein Zusammenhang besteht. Nicht, dass Hahn-Grote aus jener entstanden sind, vielmehr sind beide der Ausfluss einer gemeinsamen Quelle, welche ausser und neben der in der Wiesbadener Handschrift erhaltenen Aufzeichnung auch dem Verfasser von Wig. A. vorlag. Denn der erste Abschnitt über die Machung eines Freischöffen findet sich dort, wenn auch umgestaltet, wieder in den § 28 und 29, welche Wiesbaden nicht enthält. Daher kam Wig. A. in einige Verwirrung. Er fing die Eidesformel, wie bei Grote, in der ersten Person an, sah dann aber auf seine andere Vorlage, welche indirecte Rede hat, und fuhr in dieser fort, aber am Schluss spricht er wieder direct.

Die älteste Form enthielt demnach mit kurzen Einleitungsworten die Formeln des Freischöffeneides und der Vervemung, und sie lag wahrscheinlich auch der Satzung in Abschnitt 58 über die Machung eines Freischöffen zu Grunde. In ihrer reinen Gestalt lässt sie sich nicht mehr erkennen, da sämtliche Ableitungen die Merkmale späteren Ursprungs tragen.

Wig. A. setzte in den Text von Abschnitt 58 nicht nur die § 28 und 29 ein, sondern führte die Weisung, wie Freischöffen zu machen sind, erheblich weiter. Der Inhalt seiner Artikel von 31—33 steht kurz angegeben bei Hahn 621 f. unter der verworrenen Ueberschrift: »Ein ander ordnung der rechten, dartzu ouch die behaltung der scabiner ist geainiget«.

Ein Auszug aus Wig. A. ist diese Ordnung nicht, wie ein Vergleich ergiebt. Ohnehin weist keine Spur darauf hin, dass der

¹⁾ Sie ist von Grote S. 330 als Anhang des Rechtsbuches abgedruckt.

Verfasser der Hahnschen Gerichtsordnung Wig. A. oder das Grosse Rechtsbuch gekannt hätte. Ausserdem bezeugt die besondere Ueberschrift, dass der Compiler das Stück einzeln vorfand. Auch hier muss also eine ältere Aufzeichnung beiderseitig benutzt sein.

61. Abschnitt.

Der Anhang zu den Ruprechtschen Fragen.

Mit allen Texten der Ruprechtschen Fragen, ausgenommen den Wolkensteinschen von 1428, ist mehr oder minder vollständig verbunden ein fremder Bestandtheil, welcher aus einer Rechtsweisung über das Verfahren gegen angeklagte Freischöffen und einem Stuhlherrenverzeichniss besteht¹⁾. In der Einen Textgruppe ist er dem Schlusse der Fragen angehängt, wie es jedenfalls ursprünglich der Fall war, in anderen ist er in die Fragen selbst hineingezogen. Es ist wahrscheinlich, dass der Anhang bereits mit dem Hauptstücke verbunden war, als die Ruprechtschen Fragen nach Westfalen kamen, da ihn alle niederdeutschen Bearbeitungen enthalten. Dann muss er vor 1437 entstanden sein, da die Fragen bei der Arnberger Reformation benutzt sind. Diese enthält auch in der That Stellen, welche mit dem Anhang verwandt erscheinen. So entspricht ihr § 9, dass der Verklagte mit seinen Freunden sicher und veilich kommen solle, ausgenommen was man mit Recht gegen ihn gewinnen möchte, dem § 40 im Wortlaut so sehr, dass kaum ein zufällige Uebereinstimmung anzunehmen ist. Aber der Anhang könnte ja auch aus der AR geschöpft haben. Dagegen spricht, dass er Sätze enthält, welche geradezu im Gegensatz zu dieser stehen, wie § 34, welcher die Vorladung eines Unwissenden ausschliesst. Ausserdem ist der Anhang spätestens 1442 entstanden, wie das zu ihm gehörige Stuhlherrenverzeichniss erweist. Dieses liegt in etwas abweichenden Gestalten vor, deren gemeinsame Wurzel jedoch nicht zu verkennen ist. Alle besagen, der Graf von der Mark habe das Gericht in der Mark und in der Herrschaft Bilstein. Diese ging aber 1444 in den Besitz von Köln über. Die schon erweiterte Fassung in Hschr. 17. Wolfenbüttel¹⁾ nennt als Inhaber der Grafschaft Limburg

¹⁾ Ich citire nach der Paragrapheneintheilung des Druckes in der Neuen Sammlung der Reichsabschiede I, 109.

²⁾ Nicht die dort in die Ruprechtschen Fragen aufgenommene und von Duncker S. 197 gedruckte ältere Fassung, sondern die zweite fol. 24, welche im Ganzen Hahn 611 entspricht.

den Herren »von Bedbûr und von Brock«. Das ist Graf Wilhelm I., der auch die Herrschaften Bedburg und Hakenbroich besass und bereits 1442 starb. Aus diesen Gründen folgt, dass der Anhang vor 1437 verfasst ist¹⁾.

Dann ist aber die Annahme unabweisbar, dass er in Süddeutschland verfasst ist. Darauf weist auch die grosse Dürftigkeit des Stuhlherrenverzeichnisses hin, welches deswegen in allen westfälischen Texten, da man seiner nicht bedurfte, ausgelassen wurde. Daher erklärt sich auch, dass wie die Abschnitte 97 und 102 darthun sollen, die rechtliche Darstellung Missverständnisse und Irrthümer enthält. Dass die westfälischen Recensionen, welche wie Abschnitt 52 zeigt, nach 1437 entstanden, Weiterbildungen sind, geht auch daraus hervor, dass sie zwei Sätze enthalten, welche in allen oberdeutschen fehlen, nämlich hinter § 37: »Darna wird die beclagede man — tornosch« über die von dem Nichterscheinenden zu zahlende Busse, und hinter § 39: »Doch so hevet — lyden«, über die Gewährung eines Kaiser-Karlstages²⁾.

So entstand zunächst der Text, wie er gedruckt bei Seibertz und in den Handschriften 1. Osnabrück und 3. Soest vorliegt, welcher im Uebrigen ziemlich genau die oberdeutsche Vorlage ins Niederdeutsche übertrug. Am besten sind die beiden letzteren Texte, hinter denen Seibertz etwas zurücksteht.

Die RF nebst Anhang fanden aber noch eine zweite Bearbeitung, welche nicht unerhebliche Zusätze hinzuthat. Sie ist erhalten in den Handschriften 2. Osnabrück, 5. Soest und 8. Brakel und gedruckt in einer ganz schlechten hochdeutschen Uebertragung des sechzehnten Jahrhunderts bei Wigand Wetzlarsche Beiträge III, 34⁴⁾. Sie benutzte dabei die Aufzeichnung in Abschnitt 57 oder wahrscheinlicher eine ihrer Weiterbildungen, wie der Zusatz zu den vemewrogigen Punkten S. 47 darthut, welcher diesen alles zuweist, was gegen die zehn Gebote und das Evangelium ist.

Exemplare dieser erweiterten Gestalt kamen den Schreibern von 1. Osnabrück und 3. Soest in die Hand. Während der erste

¹⁾ Der § 43 in der Neuen Sammlung, welcher offenbar aus der AR entnommen ist, findet sich nur noch in Hschr. 21; er gehört nicht zu dem echten Bestande des Anhangs.

²⁾ Seibertz III, 18, 19.

³⁾ Ich will hier nur bemerken, dass das Wort »ordelle« bei Seibertz S. 18 Z. 17 nicht in den Text gehört, sondern Ueberschrift des folgenden Absatzes ist.

⁴⁾ Gewiss aus der Dringenberger Handschrift des sechzehnten Jahrhunderts, welche er in seinem Archiv IV, 1, 122 beschreibt.

sich nur einzelne Notizen daraus machte¹⁾, trug der andere Alles, was er dort mehr fand, in seiner ersten Niederschrift nach und änderte sie auch zum Theil in entsprechender Weise. Da seine Handschrift unzweifelhaft älter ist als die anderen, giebt er demnach auch für die umfangreichere Recension der RF nebst Anhang den frühesten und zugleich auch den besten Text.

Die Rede und Gegenrede des Verklagten und des Freigrafen in § 40, bei Seibertz S. 19, hat grosse Aehnlichkeit mit dem alten Königsrecht in Abschnitt 56, doch darf man aus diesen allgemeinen Formeln keine zu scharfen Schlüsse auf Abhängigkeitsverhältnisse ziehen. Dagegen besteht unbedingt Zusammenhang zwischen dem Anhang in seiner niederdeutschen Umgestaltung und Wig. B, denn dessen § 8 enthält die beiden oben genannten Bestimmungen, welche nur jene aufweist. Hat sie nun das zweite Rechtsbuch benutzt oder umgekehrt? Die Frage erledigt sich leicht, da auch der zweite Absatz von § 7 in Wig. B offenbar aus dem Anhang genommen ist. Da der Verfasser des Anhangs seines höheren Alters wegen nicht das Rechtsbuch gebraucht haben kann, wie weiterhin Abschnitt 63 ergeben wird, so folgt, dass letzteres der entlehrende Theil war.

Die erweiterte Fassung in 3. Soest ist in mancher Beziehung von Werth. Da der Wigandsche Text so schlecht ist, theile ich Einiges aus ihr mit.

Das Wort »sakewolde« wird in dem kürzeren Text bald für den Ankläger, bald für den Verklagten gebraucht und dadurch Unklarheit bewirkt. Hier steht Seibertz S. 18 letzter Absatz und S. 19 erster Absatz dafür »cleger«, S. 20 oben »sakewolde ind beclageder man«. Klarer ist dann auch die Fassung des dritten Absatzes dieser Seite²⁾:

Ind wannair solcher tuch mit XXI handen gedaen were, dair op moet dan dey sakewolde ind beclagede man stille stain ind enmach syn beraidt nicht handeln noich gein bereit hebben. So mach dey cleger dan syne clage ind ainspraike vort over den beclageden myt rechte forderen, deywile dat dey beclagede man sich nicht verantwort.

Der Absatz über die zum Freischöffenamt nothwendige Befähigung erhielt die Beifügung: doch so moiste men eme twe frischeffenboden senden, darumme dat hey des konings lose der heme-
liken achte wijste.

¹⁾ Ueber diese Zusätze in 1. Osnabrück vgl. den folgenden Abschnitt.

²⁾ 3. Soest hatte ihn ursprünglich ganz wie bei Seibertz. Das nachträglich Hinzugesetzte oder Geänderte ist gesperrt gedruckt.

Zum Schluss, welcher das Verfahren gegen einen missethätigen Freigrafen bespricht und aus § 1 der AR entlehnt ist, ist beigelegt:

[Man soll den Freigrafen vorladen] »as tho dem ersten maile myt seven vrijscheffen ind myt twen frigreven, to dem anderen maile myt XIII frighscheffen ind veyr frigreven, to dem derden maile myt XXI frighscheffen ind mit VII frygreven, ind to itliker tijt to sess wecken ind tho drey dagen und nicht korter, wante dey frygreven also gefrigget synt boven keyser konning hertogen greven frigheren fryscheffen [van eres amptz wegen der fryenstoile]¹⁾ ind friggen gerichte, dat men sey also verboden ind wynnen sal, ind off dey vrigreven eder vrigreve, dey also verbodet ind gewonnen were, des dem ungehorsam worden ind weren, dey weren darumme brockhafflich to den ersten twen termynen, ind tho deme derden male mochte men sey dan vart hensetten vorfeimen ind vorvoren na saten der hemeliken achten.

Die Würdigung einzelner Angaben in diesem Stück muss der späteren Untersuchung, namentlich in Abschnitt 102 vorbehalten bleiben. Sie wird zeigen, dass aller Wahrscheinlichkeit nach an einer Stelle eine Lücke vorhanden ist, entstanden durch das Ausfallen mehrerer Worte, welche in dem ursprünglichen Texte standen. Da dieser Fehler durch alle Ueberlieferungen geht — höchstens könnte die Hahnsche ausgenommen sein —, so müssen sie von derselben Vorlage abstammen.

62. Abschnitt.

Die beiden Rechtsbücher Wigands.

Die von Wigand benutzte Arnsberger Handschrift ist verschollen, ebenso eine, welche sich nach Wigand S. 12 in Gotha befand, dort nicht mehr vorhanden. Doch liegen zwei andere Handschriften vor: 1 Osnabrück und die Rademachersche Abschrift in 7 Soest.

Den Anfang bildet Reimprosa, in welcher Wig. einige unrichtige Lesarten hat. Es muss heißen Z. 2: ungespalt; Z. 15 f: verlain, sunder deme to rechter hulpe bystain; dat geistliche swert enrichtet nicht over bloit; Z. 17: dat moit ick darby laten; Z. 20: ichtes ute dem wege hir entgienge; Z. 24: underdain statt: horsam.

Die beiden Handschriften zeigen gegenüber Wigands Druck, der überhaupt die jüngste Form vertritt und nicht fehlerfrei ist, und auch unter sich manche Verschiedenheiten, die ich übergehe, da ich

¹⁾ Diese Worte sind ein nachträglicher Zusatz.

die Grundtexte geben konnte. Indessen muss ich hier noch eine andere Frage berühren. Duncker S. 153 legt der Handschrift 1. Osnabrück eine ganz besondere Bedeutung bei, indem er sie als einen »Durchgangspunkt« für unser Rechtsbuch, ehe es in das Grosse Rechtsbuch verarbeitet wurde, betrachtet. Denn sie hat zahlreiche Zusätze theils an den Rand, theils auf einzelne Papierzettel geschrieben, welche Stellen aus letzterem enthalten. Die an sich einfache Annahme, dass »der Schreiber zuerst das Wigandsche Rechtsbuch abgeschrieben und dann nach dem Texte, der ihm gleichfalls vorlag, korrigirt und mit Zusätzen versehen habe«, erklärt er S. 154 für »geradezu als undenkbar«.

Die Gründe, welche er anführt, sind nicht stichhaltig. Im Zusatz zu § 7 hat sich Duncker verlesen; der Osnabrücker schreibt wie das Grosse Rechtsbuch: in keyserlicher (nicht: kristenlicher), was auch allein richtig ist. Der Ausdruck: »to sture gesat« ist aus der einleitenden Reimprosa genommen, weil er kürzer war, als der in der Vorlage. Dieselbe Bewandniss hat es mit den anderen angeführten Stellen, überall lediglich kleine Kürzungen der Vorlage, deren Wortlaut nicht genau wiedergegeben wird. Der Schreiber ist ohne grosse Auswahl verfahren und hat sich nur einen geringen Theil des erweiterten Textes bemerkt, häufig ganz gleichgiltige Dinge. Ich gebe hier zwei Proben, die genügen werden. Die eingeklammerten Worte hat der Verfasser aus dem Grossen Rechtsbuche nachgetragen.

§ 27, Wigand 556, Mascov 71, Tross 36: Nu wete, wo du eynen vryschepen maken salt. du salt twe frye oder andere [twe] frieschepenen in dynre [fry] graveschap [ind fryem banne geseten synt] van dem gerichte [uyt] laten gayn.

§ 33, Wig. 558, Mascov 81, Tross 39: Der fryfrone sall wysen vur recht: were dat die man [offte eynich man] die brechte intgemeyn ind [offt] sechte eynich stuck van der heymliken achte [eynchen unwetenen manne off unwetenen luden elenen oft groet, und man die dat gedain hedde erfaren konde und moechte], so sulde man yn angrypen [unverfolget] ind werpen.

Die Zusätze im Texte und auf den Papierzetteln rühren von dem Schreiber der Handschrift her; eine kleine Verschiedenheit im Federzug und in der Tinte verräth, dass sie erst später zugefügt sind. Der Verfasser machte es mit den Ruprechtschen Fragen gerade so, indem er auch da einzelne Notizen aus der erweiterten Fassung nachtrug. — Die Annahme Dunckers ist übrigens schon deswegen

ganz unhaltbar, weil das Grosse Rechtsbuch älter ist, als die Osna-brücker Handschrift.

Der Inhalt des ersten Rechtsbuches ist, wie wir schon sahen, aus älteren Quellen entnommen. Unmittelbar benutzte es für § 1—14 die im Abschnitt 57 mitgetheilte Aufzeichnung, § 15—19: Abschnitt 58, § 20—26: Abschnitt 56, § 27, 30 wieder Abschnitt 58. Für die übrig bleibenden § 28, 29, 31—34 sind in Abschnitt 60 die muthmasslichen, in ihrer echten Gestalt verloren gegangenen Grundlagen nachgewiesen.

An der Arbeit ist demnach ausser der Einleitung nur die Anordnung und die Erweiterung des Wortlautes eine selbständige Leistung.

Die Zeit der Entstehung lässt sich insofern bestimmen, als sie nach 1437 anzusetzen ist. Denn § 20 enthält einen Zusatz, wie man die Vorladebriefe überbringen soll (und die sal men — — uitflucht und ynflucht), welcher aus der niederdeutschen Bearbeitung der RF stammt, die wie Abschnitt 52 erwies, erst nach der AR erfolgte.

Die Eintheilung, welche Wigand giebt, ist nicht die alte, sondern von ihm selbst gemacht. Denn im § 32 wird der von ihm als 20. bezifferte Abschnitt als 21. bezeichnet. Die Handschriften haben auch eine andere Anordnung.

Vom zweiten Rechtsbuche ist eine Handschrift nicht bekannt, da die von Wigand abgedruckte aus Arnberg verschollen ist; der Anhalt, welchen eine solche möglicherweise für die Altersbestimmung geben könnte, fehlt also. Der sehr reine Dialekt entspricht dem der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Angehängt ist ein Schreiben, in welchem zwei Freischöffen einen Verklagten von dem Freigrafen Hermann zu Villigst abfordern. Es ist freilich zweifelhaft, ob der Name nicht willkürlich gewählt ist, aber da auch der Freistuhl und der Name des Angeklagten genannt werden, darf man getreue Abschrift eines wirklichen Schreibens annehmen. Unter den in Villigst regelmässig richtenden Freigrafen ist kein Hermann vorhanden, doch haben 1442 Hermann Hakenberg und 1462 Hermann Werdinchus aushilfsweise den dortigen Stuhl besessen. Da das Rechtsbuch in das Grosse, welches gegen 1470 vorhanden war, aufgenommen ist, wäre also seine Entstehung in die Jahre 1442—1470 zu setzen.

Nach Form und Inhalt ist es eins der besten Erzeugnisse der Vemerechtsliteratur. Es beginnt mit den Bestimmungen über Königsstrasse, Jauch- und Kirchenwege und stellt dann den Process gegen

einen Freischöffen dar, die Vorladung § 2, die Bürgschaft, welche zwei Freischöffen für den Verklagten leisten können § 3—6, das Verfahren gegen den erscheinenden § 7 und nicht erscheinenden Verklagten § 8, das Recht der Appellation an den Kaiser bei ungebührlichem Verfahren des Freigrafen § 9, wie lange der Verklagte auf das Erscheinen des Freigrafen warten müsse § 10, und endlich die Wiedereinsetzung eines vervevten Freischöffen § 11—12.

Der Verfasser setzte seine Schrift aus anderen Quellen zusammen, aber er bediente sich ihrer in freier Weise und schuf aus ihnen selbständig und verständig ein zusammenhängendes Ganze. Nur zwei Wiederholungen (in § 2 = 5 und § 4 = 11) stören etwas. Aus Wig. A. § 20, 24, 32 bildete er § 2 und 5 und entnahm ihm noch den ersten Absatz von § 7 in § 26 und den Schluss von § 8 in § 12.

Die §§ 3 und 4 zeigen grosse Aehnlichkeit mit dem Abschnitt bei Hahn 624 und es ist vielleicht nicht Zufall, dass der eine dort mitgetheilte Procuratoriumsbrief ebenfalls den Stuhl zu Villigst in den Jahren 1444—1458 betrifft²⁾. Aus dem Anhang der Ruprechtschen Fragen sind der zweite Absatz von § 7 und 8 hergeleitet. Für die §§ 11 und 12 ist der Ursprung in Abschnitt 59 nachgewiesen.

So bleiben nur übrig § 1, der sich in gleicher oder ähnlicher Form anderswo nicht findet¹⁾, § 6, der logisch mit den vorangehenden zusammenhängt, und § 9 und 10, welche vor Gericht gefundene Urtheile zu sein scheinen, wie die äussere Form noch deutlich zeigt.

Die in § 4 beschriebene Form, wie Briefe in das Freigericht zu bringen seien, nämlich mit gefalteten Händen, mit einem grünen Kreuze, zwei weissen Handschuhen und einem Königsgulden, bestimmt in ähnlicher Weise ein 1443 vor dem Stuhle zu Freienhagen gewiesenes Urtheil, nur verlangt es statt des grünen Kreuzes ein blauseidenes²⁾.

63. Abschnitt.

Das Grosse Rechtsbuch.

Es liegt in zwei bereits angeführten Drucken vor, welche Mascov nach Hschr. 2. Osnabrück, Tross nach 7. Soest veranstalteten. Tross benutzte nur die Abschrift Rademachers, obgleich

¹⁾ Vgl. Sachsenspiegel II, 59 § 3 und Frensdorff Dortmund. Stat. 37.

²⁾ Stadtarchiv Frankfurt. Vgl. Lang Gesch. Ludwig des Bärtigen 253 und Freyberg I, 212.

ihm deren Original in 5. Soest bekannt sein musste. Von vollständigen Handschriften ist ausserdem nur noch 3. Soest vorhanden, Bruchstücke finden sich in 8. Brakel, 9. und 11. Münster. Wigand beschreibt in seinem Archiv IV, 1, 122 eine Handschrift des sechzehnten Jahrhunderts, deren gegenwärtiger Aufbewahrungsort unbekannt ist. Ausserdem zieht er in seinem Buch über das Femgericht hin und wieder eine Arnsberger an, welche verschwunden ist.

Es war bisher unsicher, welcher der beiden gedruckten Texte der ältere und bessere sei. Die Handschriften zeigen, dass sie gleichalterig sind, in den ersten Jahrzehnten des sechzehnten Jahrhunderts entstanden. Auch der Werth ist der gleiche. Sie unterscheiden sich in Kleinigkeiten, wie das bei mittelalterlichen Texten immer der Fall ist, besonders wenn wie hier die Niederschrift in verschiedenen Mundarten erfolgte, aber sie beruhen auf gleicher Grundlage. Sonst hat wohl Tross einige Druckfehler und Leseversehen mehr, als Mascov.

Um einige Jahrzehnte älter als diese Handschriften ist 3. Soest, welches gegen 1470 geschrieben ist, und diese Handschrift bietet auch den besten Text. Hier allein ist eine sorgfältige Eintheilung des Inhaltes vorgenommen. Der erste Abschnitt über das echte und offene Ding zerfällt in fünf »Ordele« und neun »Articuli«, der Haupttheil über die heimliche Acht in 12 Urtheile und 43 Artikel. Das zwölfte Urtheil bildet die zwei Abschnitte: »Ich frage dich — — gedeckede banck«, bei M. 89—90, Tr. 42, der ganze folgende Inhalt bis zum letzten Abschnitt, welcher »Ordell schelden« überschrieben ist, zerfällt in die Artikel 18—43.

Eine so eingetheilte Handschrift besass 1495 der Arnsberger Freigraf Gerhard Struckelmann. Er bringt wörtlich aus unserm Rechtsbuch die Stelle über die Bannung eines Freigrafen (M. 83, Tr. 40) als im elften Artikel stehend, genau so wie 3. Soest den Paragraphen beziffert. Der Freigraf nennt freilich seine Quelle »keiserliche reformacie und gesette des hilgen Romeschen rychs fryen heymlichen gerichte und beslotten achte na frienstols rechte«¹⁾.

Die Ueberlieferung zerfällt in zwei Gruppen, deren eine 3. Soest, 9. und 11. Münster, die andere 2. Osn., 5. Soest und 8. Brakel bilden. Ausser einigen anderen Abweichungen ist das Hauptmerkmal, dass die ersteren bei M. 56 Z. 6 und Tr. 30 letzte Zeile richtiger »belumpden« statt »heimlich« lesen, wie die anderen bieten.

¹⁾ Usener S. 130.

Dass der Verfasser ausgiebigen Gebrauch von den beiden Wigandschen Rechtsbüchern machte und sie seinem Werke vollständig einverleibte, hat Duncker nachgewiesen, während Wächter das Verhältniss umgekehrt fasste und jene für Auszüge hielt. Der Schriftsteller hat seine Vorlagen auseinandergerissen und ihren Wortlaut häufig erweitert. Wächter hat bereits S. 120 eine Uebersicht über die Vertheilung gegeben und Duncker weitere Bemerkungen hinzugefügt, dass ich auf das Einzelne nicht näher eingehen brauche.

Die erste Abtheilung behandelt nach einer Auseinandersetzung, wer Freigraf werden darf und wer nicht, in welcher die Arnberger Reformation mehrfach durchklingt, das Verfahren im echten Ding. Die Formeln sind theils aus Wig. A theils aus der im Abschnitt 60 nachgewiesenen Aufzeichnung entnommen, doch ist auch dazwischen selbständiges gegeben.

Die Darstellung geht indessen von dem eigentlichen echten Ding bald über zu dem offenen Ding (M. 57, Tr. 31) und knüpft an an eine Klage über Hauptgut und Kosten, wie sie dort so oft verhandelt wurden. Die Einbringung der Klage, die Verweisung in die heimliche Acht des ungehorsamen Angeklagten werden beschrieben, dann die Fälle aufgezählt, in denen der Kläger einen andern Freistuhl anrufen darf. Offenbar sind Urtheilsbriefe benutzt¹⁾. Aus dem zweiten Rechtsbuche Wigands werden dann § 9 und 10 herangezogen, obgleich dieses von Freischöffen handelt; endlich bildet dann eine Frage über Verfahren gegen einen nicht Erschienenen den Uebergang zur »heimlichen Achte«, wie die Ueberschrift lautet.

Der gesammte folgende Inhalt bis M. 106, Tr. 48 besteht aus den beiden Wigandschen Rechtsbüchern, mit Ausnahme der schon erwähnten Stelle über die Bannung eines Freigrafen (M. 83, Tr. 40), welche dem Sachsenspiegel III, 57 § 2 entnommen ist, nur dass dort vom Könige die Rede ist.

Schwieriger ist es, für die letzten Abschnitte die Quellen nachzuweisen. Am meisten sind die Ruprechtschen Fragen mit Anhang benutzt und zwar in der umfangreicheren Form, wie sie Wigand Wetzlarsche Beiträge III, 24 ff. gedruckt hat (vgl. Abschnitt 61), nach dem ich hier der Bequemlichkeit wegen die Stellen angebe. Es ist zu vergleichen M. 107, Tr. 48 mit W. 47; M. 109, Tr. 49 mit W. 42 § 15; M. 114 Tr. 52 mit W. 52. Einzelne Stellen sind aus der Arnberger Reformation hergeholt: M. 110, Tr. 49—50 aus

¹⁾ Aber nicht die Arnberger Weisthümer, wie Duncker 165 meint.

§ 10, M. 113, Tr. 50 unten aus § 15; M. 113, Tr. 51 aus § 13 und § 1. Auch ein schon 1430 in Dortmund gefundenes und dann oft wiederholtes Weisthum von 1430 (M. 108 Tr. 49 verglichen mit oben S. 229) lässt sich erkennen. Doch ist nur der äusserliche Wortlaut einiger Sätze gebraucht, da der Verfasser sonst seinen eigenen Gedankengang geht. Er stellt die Fälle zusammen, in denen der Königstag zur Anwendung kommt und in denen ein Freigraf strafbar wird. Den Schluss bildet eine in der äusseren Form sich scharf unterscheidende Weisung über das Schelten eines Urtheiles, welche dem Richtsteig Landrechts¹⁾ angehört, wie Duncker bemerkt hat.

Die Zahl der Quellen, wie die selbständige Zuthat des Verfassers ist demnach nicht eben gross. Immerhin hat er seine Arbeit nicht schlecht gemacht, indem er wenigstens eine neue Anordnung seines Stoffes erstrebte, während Andere sich begnügten, vorgefundene Aufzeichnungen lose an einander zu reihen.

64. Abschnitt.

Das Koesfelder Rechtsbuch.

Dass das harte Urtheil Dunckers über das von Grote veröffentlichte Rechtsbuch, dessen ich oben S. 200 gedachte, nicht gerechtfertigt ist, ergaben bereits die vorangegangenen Untersuchungen. Als litterarisches Werk betrachtet steht es freilich recht tief, da es nur eine ungeordnete Sammlung verschiedenartiger Bestandtheile bietet und noch dazu in schlechtem, oft ganz verdorbenem Texte, aber es birgt in rohester Form nützlichen Inhalt. Der Schreiber (vgl. Hschr. 12 Koesfeld) schrieb zwar gross und deutlich mit vieler Sorgfalt, aber er bekümmerte sich wenig darum, ob er seine Vorlagen richtig wiedergab. Es ist daher anzunehmen, dass er einfach kopirte, nicht aber an der Gestaltung des Inhaltes selbständigen Antheil nahm.

Das Alter der Handschrift ist schwer festzustellen, jedenfalls gehört sie noch dem fünfzehnten Jahrhundert an. Entstanden ist sie wahrscheinlich in Koesfeld selbst, wie auch der Schluss des Rechtsbuches in einer anderen Handschrift enthalten ist, welche aus der Merfelder Freigrafschaft stammt (Hschr. 10, Abschnitt 59).

¹⁾ Homeyer 306 ff.

Doch bestimmt das Alter der Handschrift nicht auch die Abfassungszeit des Rechtsbuches. In der den Schluss bildenden Briefformel heisst der Freigraf Johann. Darauf ist freilich nicht viel zu geben, weil ebendort S. 326 auch der Kläger Johann genannt wird. Sonst könnte man denken an den Merfelder Freigrafen Johann Roterdink 1429—1462, aber wahrscheinlich entlehnte der Verfasser den Namen einer im dortigen Stadtarchiv befindlichen Urkunde von 1446, in welcher Freigraf Johann van Wullen auf Klage der Stadt Koesfeld einen Johann Brunstedt verveimt¹⁾, da er dieser auch eine Stelle seiner Verveimungsformel (oben S. 260) entnahm. Daraus ergibt sich die ungefähre Abfassungszeit nach 1446.

Der Inhalt ist bereits zum grössten Theil untersucht. An die Arnsberger Reformation²⁾ schliesst sich S. 320—321 ein kurzes Stück über die Hegung des offenen Freidings, dann ein längeres bis S. 326 über Schöffenmachung und Verveimung, über welche Abschnitt 60 Nachweise gab. Die angeführten Formeln, namentlich der Schöffeneid haben manches dieser Ueberlieferung Eigenthümliche, was gewiss eigener Zusatz ist.

S. 326: »Item dit sint de ordele, de voir der vervoringe gaen sollen« bis 328 oben folgt eine Aufzeichnung, welche hier allein sich findet, obgleich das Verfahren selbst durch zahlreiche Urkunden bestätigt wird. In der Mitte muss ein Absatz ausgefallen sein. Der Vorsprecher des Klägers lässt feststellen, dass der dreimal richtig vorgeladene Verklagte nicht erschienen sei, und verlangt Vollgericht. Hier ist die Lücke; es ist ausgefallen, dass der Freigraf für den Verklagten einen Königkarlstag erwirkt. Nun vergewissert sich der Kläger, dass, wenn ihm auch jetzt von dem Verklagten nicht Recht wird, er vor jedem Freigrafen, den er sitzend findet, ohne jede weitere Vorladung die Verurtheilung fordern kann und dass das eben gefällte Urtheil nur vor diesem Stuhle, nirgend anders, gescholten werden könne³⁾.

S. 328—330 enthalten die in Abschnitt 59 gegebene Rechtsbelehrung über die Wiedereinsetzung eines Freischöffen. Den Schluss bilden zwei Sätze aus der im Abschnitt 57 mitgetheilten Ordnung, wie das Gericht zu hegen sei, nämlich XI und VII.

¹⁾ Von Grote S. 330 als Anhang zum Rechtsbuch abgedruckt.

²⁾ Ueber die Stellung dieser Handschrift zu AR vgl. oben S. 236.

³⁾ S. 327 Z. 9 von unten ist »jemant« statt »vermant« zu lesen.

65. Abschnitt.

Das Hahnsche Rechtsbuch. *vor 1442*

Wächter fällt S. 125 sein Urtheil über das von Hahn überlieferte Rechtsbuch dahin, ein gegen die Vemegerichte eingennommener und eifernder unwissender Compiler habe aus den verschiedensten Quellen, die er nur halb oder gar nicht verstanden haben könne, sein confuses Werk zusammengesetzt, das kaum ein paar Stellen von Interesse enthalte. Die ganze Sammlung scheinere erst einer späteren Zeit anzugehören. Duncker 174 ff. stimmt ihm durchaus bei und will die Compilation ihres äusserst geringen Werthes wegen aus denjenigen Quellen ausscheiden, welche über die Veme in ihrer Blüthezeit ein Urtheil gewinnen lassen.

Den Hauptgrund zu diesem wegwerfenden Urtheil gab jedenfalls die Bitterkeit der Schale, welche die Lust benahm bis zum inneren Kern vorzudringen. Der Text, wie er bei Hahn vorliegt, ist so schlecht, dass nur der, welcher sich damit abgequält hat, eine richtige Vorstellung gewinnt. Im Entstellen, Verdrehen, Auslassen und allen denkbaren Sünden eines Buchmachers ist geradezu Unglaubliches geleistet. Hahn entnahm den Text der oben bezeichneten Handschrift 16. Wolfenbüttel und druckte ihn ab, wie er ihn fand; er ist ohne Schuld, und eine Verbesserung war vollständig unmöglich.

Nur der erste Theil bis S. 622 ist in besserer, wenn auch kaum viel älterer Niederschrift erhalten in 17. Wolfenbüttel. Die Handschrift zeigt allerdings einige Abweichung. Sie beginnt mit den Ruprechtschen Fragen, welche sie anderweitig entlehnte¹⁾, geht dann übereinstimmend bis Hahn 611, einschliesslich das Stuhlherrenverzeichniss. Die bei Hahn nun erst folgenden RF sind, weil bereits mitgetheilt, ausgelassen und auch statt der Hahnschen Seiten 618—621 stehen hier andere Mittheilungen²⁾, dann aber setzt Hahn S. 621—622 ein.

Die mögliche Annahme, 17. Wolfenbüttel sei eine selbständige Schrift, welche in die grössere Sammlung einverleibt worden, ist ausgeschlossen, da dort fol. 12^b dieselben Worte stehen, wie Hahn 600: »als du vindest lawter hienach in der question van den doctores etc.«. Sie verweisen auf die bei Hahn angehangene Schrift des

¹⁾ Gedruckt bei Duncker 191.

²⁾ Vgl. Duncker 182 ff.

Heinrich von Seldenhorn und zwar auf die Seite 655. Daraus folgt einmal, dass die gesammte Sammlung von Einem Verfasser herrührt, dann dass der Schreiber von 17. Wolfenbüttel zwar eine andere Fassung, aber sonst dasselbe Werk vor sich hatte. Da er einen besseren Wortlaut giebt, so ersieht man, dass die jammervolle Beschaffenheit der Hahnschen Handschrift nur dem Abschreiber zur Last fällt.

Eine eingehende Untersuchung des Inhalts lässt unser Rechtsbuch, ebenso wie das Koesfelder, in einem weit günstigeren Lichte erscheinen, als eine Fundgrube werthvollen Materials, wenn es auch wüst durcheinandergeworfen und arg beschädigt ist.

Ueberraschend ist namentlich der Aufschluss, dass wir es mit einem verhältnissmässig alten Werke zu thun haben. Den Ausgangspunkt giebt das schon in Abschnitt 61 besprochene Stuhlherrenverzeichniss. Es zeigte sich, dass das in 17. Wolfenbüttel enthaltene vor 1442 abgefasst ist. Hahn S. 611 hat zwar nicht jenen Zusatz bei Limburg, aber bemerkt, dass der Kölner gegenwärtig das Paderborner Bisthum inne habe. Das war der Fall unter Erzbischof Dietrich von 1416—1463. Nun könnte das Verzeichniss ja anderweitig entlehnt, die Schrift selbst später abgefasst sein. Der Verfasser beruft sich jedoch S. 608 f. auf die Rechtsmeinung zweier gelehrten Doctoren, des Johann von Spule und des Christian von Erpel¹⁾. Johann Spul war Professor an der Kölner Universität, 1444 auf dem Baseler Concil und legte 1468 alterschwach sein Amt nieder. Christian von Erpel, 1403 Siegelbewahrer des Kölner Erzbischofs, 1411 Scholasticus in Gereon wurde 1428 als Propst von St. Marien Syndicus der Stadt und lebte noch 1446²⁾. Diese Angaben gestatten demnach sehr wohl, die Abfassungszeit vor 1442 anzunehmen. Allerdings nur der ursprünglichen Vorlage, bei der Hahnschen Redaction ist das nicht ganz sicher. Denn sie enthält S. 624 ein Schreiben, in welchem der Freigraf Heinrich von Werdinghaus zu Villigst genannt wird, der sich erst von 1444 ab bis 1456 nachweisen lässt. Das kann freilich an dem Mangel von Nachrichten liegen und Heinrich schon früher thätig gewesen sein. Jedenfalls ist sie noch vor 1463, dem Todesjahre des Erzbischofs Dietrich, entstanden³⁾.

¹⁾ Vgl. die Stellen bei Duncker 176 Anm. 1.

²⁾ Ennen Geschichte der Stadt Köln III, 344, 855; 59, 252, 396.

³⁾ Duncker 177 will eine Stelle auf die *Fasti Carolini* des Turcius zurückführen. Aber der Jesuit Türk war noch gar nicht geboren, als unsere beiden Handschriften entstanden.

Als fernerer Grund für die Abfassung vor 1442 ist zu beachten, dass der Frankfurter Reformation dieses Jahres nirgends gedacht wird, auffallend genug in einer Sammlung, welche viele Quellen der verschiedensten Art zusammentrug.

Hätte der Verfasser sie gekannt, so würde er als entschiedener Gegner der Ausschreitungen jener Gerichte sich gewiss auf sie berufen haben. Da er in Köln lebte, lässt sich die Unkenntniss des wichtigen Gesetzes nur dadurch erklären, dass es überhaupt noch nicht vorhanden war. Ebenso wenig finden sich Spuren, dass dem Schriftsteller die Rechtsbücher späteren Ursprungs, wie die niederdeutschen Bearbeitungen der RF, die Wigandschen oder das Grosse zur Verfügung standen.

Der Verfasser war ein Kölner und wahrscheinlich Geistlicher, denn als Mittel gegen einen ungerechten Freigrafen empfiehlt er den Bann S. 619. Allerdings ist er der Ansicht, dass ein Geistlicher, der Freischöffe geworden ist, dem Gerichte pflichtig sei, S. 617. Auch die übele Meinung, welche er von den Westfalen hat, verräth den Fremden, und nur ein Rheinländer konnte auf den Gedanken kommen, den Fronboten, deren Zuverlässigkeit er preist, »die Schreier und Weinrufer auf dem Rhein« gegenüberzustellen S. 608. Er kennt die Ansichten von Kölner Professoren und schreibt eine Untersuchung eines solchen ab. Dass er ein Freischöffe war, ist trotz Wächters Zweifel anzunehmen, da er sonst kaum in den Besitz eines so umfangreichen Stoffes gelangen konnte. Hat er doch auch die übliche Warnung an die Spitze seiner Schrift gestellt.

Dass die Gerichtsordnung aus sehr verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzt ist, haben schon Wächter und Duncker bemerkt. Der Verfasser verfuhr ohne bestimmte Grundsätze. Bald lässt er seinen Ansichten freien Lauf und verarbeitet vorliegendes Material selbständig zu kleinen Abhandlungen, die recht ungeschickt ausgefallen sind, bald schreibt er einfach ab, nur hin und wieder einen Zusatz eigener Erzeugung einschiebend. Glücklicherweise hat er oft durch Ueberschriften kenntlich gemacht, wo er eine neue Vorlage ergriff. So brachte er ein seltsames Gemisch zusammen, in dem einzelne Zuthaten völlig aufgelöst und in ihrem ehemaligen Wesen nicht mehr erkennbar sind, andere aber ihre ursprüngliche Gestalt so ziemlich behielten. Wie dem auch sein mag, der Verfasser hat das Verdienst, theils brauchbare Quellen bewahrt, theils ermöglicht zu haben, solche zu erkennen.

Ich gebe seine Bestandtheile möglichst kurz an. Den Anfang bildet eine selbständige Abhandlung, bis S. 607. Ihr Zweck ist zunächst darzuthun, dass die heimlichen Gerichte von Karl und Leo nur für Westfalen eingesetzt seien und dass sie ausserhalb dieses Landes nur über solche richten sollten, welche Freischöffen würden. Danach vertieft sich der Autor in die Frage, ob Bösewichter und Verräther, wenn sie Freischöffen geworden wären, deren Rechte geniessen dürften, was er eifrig bestreitet. Dann geht er über zu den Kapiteln von 1430 zu Soest und Dortmund, vgl. Abschnitt 53.

Er bricht ab mit: »sequitur aliud capitulum« und bringt 608 bis 611 den Anhang zu RF in der ältesten Gestalt und das Stuhlverzeichniss (Abschnitt 61), dann 611—618 jene selbst, dabei nur einen Satz eigener Erwägung (S. 617) einschaltend. Er nimmt aus ihnen Veranlassung, S. 618—621 eine Reihe von einschlagenden Fragen zu beantworten, wobei offenbar Weisthümer die Grundlage bilden. Eine besondere Ueberschrift führt eine neue Abtheilung ein, von der einzelne Theile schon in den Abschnitten 60 und 62 besprochen sind. Am interessantesten sind daraus S. 622 die wenigen Sätze über die Rechte eines Freischöffen. Der ganze Abschnitt stammt vielleicht aus einer in der Limburger freien krummen Grafschaft entstandenen Aufzeichnung, wie die beiden Gelöbnissbriefe S. 624—626 nahe legen. S. 627—632 enthalten die Arnsberger Reformation, welcher nach einem Zwischensatz über die Form, in welcher Freigrafen vorzuladen sind, S. 632—635 und S. 635—636 die in Abschnitt 60, und S. 636—637 das in Abschnitt 59 besprochene Stück folgen. Die Arnsberger Weisthümer von 1437 füllen die S. 637—642; 642—643 bringen unter der Aufschrift: »Dis ist ein alts königsrecht« unsern Abschnitt 56, woran wieder einige Sätze geknüpft werden, denen S. 644—648 nochmals die (unvollständigen) Ruprechtschen Fragen folgen. Nach einigen Zwischensätzen schliesst die Sammlung 648—653 mit den oben in den Abschnitten 57 und 58 gedruckten Stücken. Angehängt ist eine »Quaestio per doctorem teologie in studio Colon. disputata, que multum judicia fetida reprobata«. Ihr Verfasser nennt sich selbst S. 657 Heinrich von Seldenhorn. Leider liess sich über ihn und seine Lebenszeit keine Auskunft gewinnen. »Aus göttlichem und natürlichem Recht« bestreitet er die Gründe, welche für die heimlichen Gerichte geltend gemacht wurden. Sachliches ist daraus nicht viel zu entnehmen. Der Verfasser scheint auch Schöffe zu sein; interessant ist, wie bestimmt er dem Gerede von den Gesetzen Karls des Grossen entgegentritt.

66. Abschnitt.

Das Nördlinger Rechtsbuch.

Der Titel: »Codex legum et consuetudinum iudicii Westphalici summae sedis Tremoniensis« rührt von dem Herausgeber Senckenberg selbst (Corp. jur. Germ. II, 83) her, welcher ihn wahrscheinlich im Hinblick auf S. 120 wählte. Er erhielt die Handschrift aus dem Stadtarchiv zu Nördlingen. Als ehemaliger Eigenthümer nennt sich auf dem ersten Blatt W. Vogelmann »scabinus iuditorum archanorum privilegiarius et comes Palatinus«. Bei der Erwähnung des Stuhles zu Freienhagen hat er eigenhändig auf dem Rande bemerkt, dass er dort Schöffe geworden sei, und am Schlusse fügt er hinzu: »traditus est michi hic liber a Georgio Mario archanorum iuditorum scabino predecessore meo prothonotario Nordlingensi«. Georg Marius ist unzweifelhaft der Nördlinger Stadtschreiber Georg Maier, welcher eine reiche Thätigkeit entfaltete und namentlich an der Einführung der Reformation in der Stadt reichen Antheil hatte. Er bekleidete sein Amt etwa von 1518—1533. Sein Nachfolger Wolfgang Vogelmann starb 1553¹⁾.

Aus diesen Notizen folgt jedoch nichts über das Alter des Rechtsbuches. Der Herausgeber sagt: »codex circa medium seculi XV collectus, postea continuatus«. Er griff gewiss zu hoch hinauf, höchstens könnte die erste Abtheilung (vgl. unten) noch dem fünfzehnten Jahrhundert, doch kaum dessen Mitte angehören. Der übrige umfangreichere Theil ist gewiss erst nach dem Tode Friedrichs III. verfasst, wie die Art, in welcher dieser S. 131 bezeichnet wird, verräth. Doch verbietet die Sprachform, allzutief ins sechzehnte Jahrhundert hineinzugreifen; ich möchte den Ursprung gegen 1510 ansetzen.

Der Dialect ist mitteldeutsch und vielleicht ist der Verfasser in Mainz zu suchen. Dorthin weist wenigstens die S. 93 in die Erzählung eingeflochtene Notiz über Willigis, ausserdem kannte der Verfasser Materialien, welche entweder aus Frankfurt oder aus Mainz stammen, wie die Abschnitte 68 und 69 ergeben werden.

Der Anfang des Rechtsbuches (bis S. 92) unterscheidet sich scharf von der Fortsetzung. Bis dorthin reicht eine Eintheilung in (20) »Stücke«, welche nachher aufhört, und zu der hier herrschenden

¹⁾ Nach Mittheilungen des Herrn Archivrath Stälin in Stuttgart; Joh. Müller Beiträge zur Nördlinger Geschlechtshistorie II, 511.

knappen Form bildet die spätere Breitspurigkeit einen auffallenden Gegensatz. Die ersten fünfzehn Stücke sind identisch mit Abschnitt 57 in einer etwas abweichenden Redaction (oben S. 249), das sechzehnte ebenso mit Abschnitt 56, 17—19 entsprechen dagegen nicht der älteren Fassung in Abschnitt 58, sondern mit geringen Aenderungen Wig. A § 17—34. Wahrscheinlich liegt demnach eine ältere Aufzeichnung vor, welche der Verfasser ziemlich wörtlich abschrieb.

S. 92 beginnt die selbständige Arbeit. Trotz der Ueberschrift: »Hyenach steet geschriben die Reformation zu Arnesperg« folgt nicht diese, sondern zunächst eine lange Auseinandersetzung über Entstehung der heimlichen Gerichte, ihre Bedeutung und Stellung zu Kaiser und Reich, mit manchen originellen, freilich auch recht verkehrten Ideen (bis S. 96). Bezeichnend sind die letzten Sätze. Papst und Kaiser sind die beiden obersten Gerichte, die sich gegenseitig stärken sollten. Was am Freistuhl gebricht, soll man an den Kaiser, was am römischen Stuhl gebricht, an den Papst oder ein allgemeines Concil bringen.

S. 97 bringt das schon bekannte Freistuhlsverzeichniss aus dem Anhang der Ruprechtschen Fragen in einem mit den übrigen fast übereinstimmenden Laut; auffallend ist nur, dass der Wickedeschen Freistühle in der freien krummen Grafschaft und des Waldeckisch-Hessischen zu Freienhagen besonders gedacht wird. Daran schliessen sich wieder lange Kapitel über die Machung von Freigrafen und Freischöffen, deren eigenartig verarbeitete Quellen die Ruprechtschen Fragen, die Arnsberger Reformation, das erste Rechtsbuch Wigands, der Sachsenspiegel und wohl auch Weisthümer sind¹⁾. Die Aufzählung S. 98, was »feymfrag und feymbruch« sei, gleicht sehr dem Anfang von Abschnitt 69 und hat auch, wie sich zeigen wird, denselben Ursprung. Dann geht es weiter mit freier Benutzung der oben angeführten Quellen, mit denen viel Eigenes vermischt wird über Ladung, Abforderung und die anderen Theile des Processes. Es lohnt nicht, das Einzelne auseinander zu setzen; die Darstellung ist verworren und manchmal ganz unverständlich, die Behauptungen sind nicht selten sehr gewagt. Nur mit grösster Vorsicht lässt sich Manches gebrauchen.

¹⁾ Der Schluss von § 5 auf S. 97 ist sehr ähnlich dem Grossen Rechtsbuche (M. 109, Tr. 49), stammt aber kaum aus diesem, sondern eher aus einem gemeinsam benutzten Weisthum.

Die Darstellung schliesst mit der Aufnahme einiger Actenstücke, deren echtem Wortlaut übel mitgespielt wird. Zunächst erscheint S. 120 die oben in Abschnitt 53 S. 227 besprochene Urkunde vom 2. September 1430 des Dortmunder Kapitels, wobei in der Ueberschrift behauptet wird, Kaiser Sigmund sei dort wissend geworden. Daran schliessen sich S. 121 unmittelbar an ein grosses Stück aus den Frankfurter Fragen von 1419 (Abschnitt 68) und S. 122 die Arnsberger Weisthümer vom 10. und 11. April 1437. Die (unvollständigen) Ruprechtschen Fragen mit dem Anhang¹⁾, das achte Kapitel der Goldenen Bulle über die Freiheiten der Krone Böhmen und die das heimliche Gericht betreffenden Artikel der Frankfurter Reformation von 1442 bilden den Beschluss des wüsten Werkes. Wahrscheinlich haben wir in dem Nördlinger Codex nur die elende Abschrift eines besseren Originals.

67. Abschnitt.

Die Informatio ex speculo Saxonum.

Homeyer hat in den Abhandlungen der Berliner Akademie der Wissenschaften aus dem Jahre 1856 S. 629 eine Schrift »Informatio ex speculo Saxonum« besprochen und Auszüge mitgetheilt. Der Verfasser bekämpft die Missbräuche, welche in den Gerichten aller Art gegen die Vorschriften des Sachsenspiegels bestünden, und kommt auch sehr eingehend auf die Freigerichte zu reden, welche er sehr ungünstig beurtheilt. Die von Homeyer benutzte Handschrift des Soester Stadtarchives ist heute dort nicht mehr vorhanden²⁾, doch enthält Hschr. 1. Osn. den vollständigen Text und zwar, soweit sich das noch feststellen lässt, in genauer Uebereinstimmung mit jener. Ueber die Zeit der Abfassung konnte Homeyer zu keinem sicheren Ergebniss gelangen. Dass sie nach 1415 fiel, war aus einer Erwähnung der »Prager Ketzer« zu schliessen³⁾, doch schien ihm die zweite Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts annehmbarer, als die erste. Darin hat er gewiss richtig vermuthet, aber ich meine, dass vielleicht eine noch genauere Zeitbestimmung möglich ist. Der Verfasser sagt zweimal (Homeyer 632 und in der unten mitgetheilten Stelle), der Sachsenspiegel sei in Sachsen und Westfalen in mehr als 5000 Exemplaren verbreitet. Das ist gewiss übertrieben, aber mag man

¹⁾ Vgl. über die Bedeutung dieser Ueberlieferung Anzeiger S. 213.

²⁾ Es war vermuthlich dieselbe, aus welcher Seibertz die RF abdruckte.

³⁾ Eine ähnliche Aeusserung im Abschnitt 73.

die Zahl herabmindern, soviel man will, es wird immer eine solche übrig bleiben müssen, dass an Handschriften nicht gedacht werden kann, umso mehr da der Sachsenspiegel ziemlich theuer war¹⁾. Nach der Angabe von Homeyer in seiner Ausgabe des Sachsenspiegels S. 25 sind gegen 200 Handschriften erhalten, welche jedoch nicht allein Sachsen und Westfalen, sondern allen Gebieten des deutschen Reiches, Oesterreichs und Polens angehören. Jene riesige Zahl ist auch annähernd nur denkbar, wenn man annimmt, dass damals bereits Drucke vorhanden waren. Bei dem gewaltigen Ansehen, welches das Rechtsbuch genoss, ist es früh unter die Presse gekommen; bis zum Jahre 1490 liegen gegen zehn Drucke vor (a. a. O. 68), von denen sechs den Jahren 1474—1484 angehören. In diese Zeit möchte ich die Entstehung der Informatio setzen. Dass sie vor 1495, der Einrichtung eines Reichshofgerichtes geschrieben ist, zeigt ihr Schluss.

Der Dialect der beiden Handschriften ist westfälisch. Daraus folgt aber nicht, dass der Verfasser ein Westfale war, da die Abschreiber gewöhnlich die Vorlage in der ihnen geläufigen Mundart wiedergaben. Die ganze Haltung des Buches, die sonstigen Gerichtseinrichtungen, deren er gedenkt, weisen mehr auf das eigentlich sächsische Gebiet rechts der Weser hin. Dass der Verfasser ein Wissender war, ist aus seiner Kenntniss des Processverfahrens geschlossen worden. Aber es ist auffällig, dass er sich so wenig in den Redewendungen und Bezeichnungen bewegt, welche sonst in überreicher Fülle den Rechtsbüchern und den Urkunden der Freigrafen eigenthümlich sind, und seine ganze Auffassung ist der in diesen Kreisen herrschenden durchaus fremd. Was er über die Gerichte sagt, konnte auch ein Nichteingeweihter wissen.

Ich theile aus der Osnabrücker Handschrift noch die Einleitung mit, welche dem Abschnitte über die Vemeegerichte vorangeht, aus der Homeyer uns einen kurzen Satz gegeben hat.

Fol. 19^a. Van den frygreven ind heymliken gerichtē.

Nu hebbe gy waill vernomen hyrvur vyll unredelikes dynges van den goegreven ind ouck eyn deill van den leenrichter offte leenherren, so moge gy nu vortan vernomen vyll unredelikes dynges, dat schayt ind gehandelt wirt, dat weder got ind recht is, dar

¹⁾ 1456 verpfänden die Gebrüder Bernt und Lambert von Stockhausen ihr »rechtsbock, dat Spegel van Sachsen geheten is«, dem Stifte Korvey für acht rheinische Gulden, MSt. Mscr. II, 101 f. 93.

mannich man lyffloes eirloes ind guetloess umb wert vur den greven, den die lude nomen eynen frygreven, den keyser Karll ind dat recht nomen eynen greven, woe die nu richten sulle uwer juwelikes mannes lyff ind ere, went nergent meer boesheit ind ungerichte geschuyt in der werlde mit gerichte, dan vur den greven mit oeren gericht, dat die lude heyten eyn frij offte heymlicke gericht, dat keyser Karll, die dat recht gesat ind gegeben hevet dem lande to Westfalen, noemen slecht des greven gericht ind die geystliken nomen dat gericht jus vetitum. omne judicium seculare dicitur jus vetitum, quantum ad clericos, ubi clericus esset reus, actor autem potest esse contra laicum de foro competente. — — Item dicunt, quod non sit approbatum a papa. So hevet keyser Karll beschreven recht gesat up dat gericht allet, dat men erdencken mach, in dem privilegio ind spiegel vurschreiben, woe man darmede umbmegayn ind rechten sulle, als der artikell en deill hijinne rorende hirna men beschreven ind probert vynden sall, ind dar enis nicht verborgens inne, sonder dat men wete, wee eyn schepen sij ind war by des to loeven sy. Anders vynt man openbarlike beschreven alle dynck in dem privilegio ind spiegel —, der boeven vyffdusent syn mogen in dem lande to Sassen ind to Westfalen, die openbarlike lygen vur geystliken ind wertliken luden, mannes ind frauwen namen, die lesen mach wie wyll. Doch so synt die greven ind die lude so sere vorblyndet, dat sij des rechten nicht enweten—, offte sy syn so unredelick, dat sy up got ind up dat recht nicht enachten, want dar seldene na gerichtet wert, dar mannich lyffloes erloess ind guetloss umbe wert. Wee den greven ind denghenen, die dar schult ane hebbet!

68. Abschnitt.

Die Frankfurter Fragen.

Als die Vorladungen der heimlichen Gerichte sich mehrten und die Stadt Frankfurt um den Schutz ihrer Bürger in ernstliche Sorgen kam, wandte sie sich nach allen Seiten hin um Beistand. Da sie genauerer Auskunft über die Rechtsverhältnisse bedurfte, liess sie eine Anzahl Fragen zusammenstellen, um deren Beantwortung durch Eingeweihte zu erzielen. Werner¹⁾, der Arzt des Kölner Erzbischofs, welchen sie anging, theilte die Fragen dem Amtmann

¹⁾ Derselbe war auch Speier in Processsachen dienstwillig, Mone Ztschr. VII, 393.

in Arnsberg Friedrich von Saarwerden mit, den die Stadt gleichzeitig in einem besonderen Schreiben um seine Unterstützung ersuchte. Friedrich erwiderte am 9. Juni, er könne die Punkte, welche schwer seien, nicht so hastig ausrichten und sie eigneten sich auch nicht zur Niederschrift. Sie möchten einen Diener schicken, der ein Wissender sei, dem wolle er beholfen sein, dass ihm die Fragen schriftlich beantwortet würden. »Doich uppe en punt, off ein, dey vorveymet were, icht weder in sin recht komen moichte sunder willen des clegers« giebt er zu wissen: »dat welich man, dey vorveymt ys, dey sy wey dey sy, nummer weder komen kan in geyn recht, dat sy wille of unwille des clegers off eymans, dan der Romescher konynck ind dat gerychte moichte wol ene genade doin hundert jar to zwingen; doch stond et deme hart, dey uitz sime rechte gesait were«.

Besseren Erfolg hatte das Gesuch bei Dortmund. Ebenfalls am 9. Juni schrieb der dortige Rath: sie hätten dem Gesandten Peter »underscheit und unser gutdunken« über die heimliche Sache gesagt und »ene underwiset und berichtet van den andern saken in deme heimeliche rechte, dar wy meynen, dat recht sij«. Die Fragen, welche Frankfurt an die befreundete Stadt richtete und ein Theil der gegebenen Antworten sind erhalten. Ein Papierblatt, ohne Ueberschrift und Datum, dessen Schrift zeitlich stimmt, enthält elf Fragen, auf einem zweiten sind die ersten fünf ziemlich wörtlich wiederholt und mit Antwort versehen; der Rest stand jedenfalls auf einem andern Blatte, das verloren gegangen ist. Indessen haben wir für den Verlust einige Entschädigung, da das fehlende anderweitig überliefert ist.

Vier Handschriften enthalten ebenfalls das ganze Stück; 18. Wolfenbüttel, 19. und 20. München und 23. Wertheim. Alle geben ihm die Ueberschrift: »Nota. diese hernachgeschribenen artickel sint durch läre und underweisung des frijegreven zu Dortmunde beschehen«. In den ersten drei Handschriften ist es angehängt an das Weisthum des Dortmunder Kapitels vom 2. September 1430 (Abschnitt 53); in der Wertheimer Handschrift fehlt dieses. Sie giebt den weitaus besten Wortlaut, der aber auch nicht ganz mit dem Originaltext stimmt, soweit dieser vorliegt, sondern erweitert ist. Der Text von 20. München ist derartig umgearbeitet, dass er kaum in Betracht kommt, aus den beiden anderen sind einige Varianten mitgetheilt.

Auch das Nördlinger Rechtsbuch enthält diese Artikel mit den Antworten (S. 120—122), nur dass es sie in unmittelbaren

Zusammenhang bringt mit jener Dortmunder Urkunde, doch mit ähnlicher Ueberschrift. Der hier gegebene Wortlaut ist freilich unvollständig und unbrauchbar.

Im Abdruck ist der Frankfurter Text mit den Antworten, soweit er reicht, mitgetheilt, der Schluss ist aus der Wertheimer Handschrift entnommen.

Die ertheilten Antworten lassen die Fragen vorangehen, doch in einer anderen Form, als sie ursprünglich gestellt waren. Ich habe daher die Fragen, wie sie in Frankfurt formulirt wurden und für das ganze Stück erhalten sind, in Klammern vorangestellt.

Nota. Der graven von Dorpmunde rat und underwisunge von disser hernach geschribenen artickele wegen.

[1. Item zu fragen ist, ob einer verfürte were und verwiset und derselbe die sache, darumbe er verfürte were, widder anfahen wulde, obe sich dan der, der yn verfürte hette, mit demselben verwisebrieffe, der uber yn gegeben were, gein ym behelffen und erweren moge?]

[2. Item obe ein verwiseter verfürter man sich widder ynbrennen moge ane willen und wissen des clegers, der yn verfürte hette?]

1. Item zum ersten obe ein verfürter verwiseter man, der mit urteil und rechte verwiset und des brieffe uber yn gegeben sin, widder inbracht und in sin recht gesetzt moge werden ane willen und wissen des clegers?

Daruff hat der grave vorgevant eigentlich und rechtlich uffgesprochen und gesaget, daz ein solicher man, der verfürte und verwiset und mit urteil und brieffe uber yn geben und ergangen sij, daz der nit widder inzubrennen sij, es sij wissen oder nitwissen oder willen des clegers.

2. Item uff den artickel, obe ein solicher verfürter und verwiseter man were, uber den soliche verwisebrieffe gegeben weren, sich wider in die sache legen und anderwerbe anfahen und triben wulde, obe man sich dan mit den verwisebrieffen gein ym erweren und behelffen moge und yn damyde nyderlegen?

Daruff hat der grave vorgevant geantwurt und irkant, als obe er am rechten sesse: daz man daz wol tun möge und auch des gleichen nulngs zu Dorpmunden vor ym verhandelt.

[3. Item obe man einen personen oder me hiesche an heymelich gericht umbe unredelich sache, die nit dar gehorte, obe man die widder heischen moge oder nit, oder wie man sich in den sachen halten und erweren moge, und wer daz solle tûn, so es eyn gemeyn

stad antriffet, und obe man nit ursache uff yn hette und yn doch gerne widderumbe triebe, wie man daz vurnemen solle?]

3. Item obe man einen rad und gemeynde oder sunderliche personen usz yn hiesche umb sache, die nit redelich wer und an den stul nit gehorte, wie man sich darinne halten und erwerben mochte, und wer daz tun sulle von einer gemeynen stede wegen, die umbzutriben, wiewol man nit ursache uff sie hette?

Daruff ist des graven rad und meynunge: daz der neste herre oder zwene, die zum wapen geboren sin, daz wissende lude sin, dem frijgraven schriben und die uffnemen sullen ir mechtig zu sin zu eren und rechte, daz es gnuge sij. worde daz verslagen, daz man dan den cleger und auch den frigreven widderumb heischen moge, und daz sollen tun der von Franckenfurd zwene machtboden, daz wissende lude sin¹⁾.

[4. Item obe eczlich wissende personen usz einer stad geheischen wurden umbe sache, die ein gemeyn stad anginge, obe sich dan iglicher besunder verantworten solle, oder wie sie darin halten sollen?]

4. Item obe etzliche wissende personen geheischen werden von sache wegen an gemeyn stad antreffende, obe sich dan iglicher besunder oder in gemeynschaft sich verantworten sulle oder wie man sich darinne halten solle?

Daruff ist des graven rad und meynunge: daz man sich nit sundern sulle, sunder daz in gemeynschaft verantworten sulle von eyner gemeynen stede wegen, doch so möge man die uffnemunge zu eren und zu rechte versuchen, daz auch ein iglich frigreve tun und dem folgen solle bij der pene der heimelichkeit.

[5. Item obe ein rad in eyner stad gemeynlich beide wissende und unwissende iglicher mit sim namen geheischen wurden, wie und mit waz machtboten man sich verantworten moge?]

5. Item obe ein rad gemeynlich personlich, sie weren wissende oder unwissende, geheischen worden, wie und mit waz machtboten man sich verantworten moge?

Item daruff ist des gravenrad und meynunge: daz man sich behelffe mit der uffnemunge als auch vor unterschieden ist zu eren und zu rechte; wurde daruber fur sich gefaren von dem frigreven

¹⁾ Frage und Antwort gedruckt bei Usener S. 80.

Hier bricht der Frankfurter Text ab. Die Wertheimer Schrift fährt fort:

das man dann den frijegräven und cleger widerum heischen möge um das unrecht, als sie getân haben in den sachen, von yn clagen und wandel fordern.

[6. Item obe ein rad und gemeynde in eyner stad gemeynlich geheijschen wurden und doch mit iren namen nit benant wurden, wie man sich darinne verantworten sulle und moge?]

[7. Item obe ein grefe wissende oder unwissende personen hiesch oder mente und eynen tag bestelte und keinen cleger in sim briffe benente, wie man sich darinne halten solle?]

6. Item ob ein raid und gemeynde gemeynlich geheischen würden und nyemant da benant würde, wie man sich darin halten solle. oder wers, das der frijegrave wiszent oder unwiszend hiesch und benennte und einen tag seczte und kein clage benannte, wie man sich darinne halten solte und bewaren?

Daruff ist des gräven meynung, das man dem frijegraven schriben und begern solle, das er den cleger benenne und was der sache sey. so ist ers schuldig zu tun, anders¹⁾ wer er des nit schuldig zu thun. dann mag man sich aber behelffen mit der uffnemung zu eren und zu recht. hülffe das nit, das man die²⁾ dann um das unrecht widerum heischen mag in der mäszen, als vor geschriben stât.

[8. Item wie man eynen wissenden man heischen sülle und in welcher tzit der ergangen moge werden, obe er sich verantwortete oder zum eren und zu rechte uffgenommen würde?]

8. Item wie man ein wiszenden mann heischen sülle und in welcher czijt er verfürte möge werden, ob er nit zu antwort queme oder auch nit uffgenommen würde?

Daruff der frijegrave saget: zu drien målen VI wochen und III tage, das ist XVIII wochen und IX tag, zum örsten mit zweyn frijeschöffen, zum andern måle mit viern, zum dritten måle mit eim frijegräven und sechs frijeschöffen. danoch wer er nit verfürte, es wer dann das der cleger fürter³⁾ fûre und gerichte hiesch. auch hat er vor im⁴⁾

1) und unerfordert 18, 19.

2) den klager und freigrafen 18, 19.

3) für sich 18, 19; fürder 20.

4) auch hat er for im, daz er sich vor den XVIII 18.

in den XVIII wochen und IX tagen, das er sich mag lāszen uffnemen zu eren in māszen als auch vor belaūdet¹⁾ ist.

[9. Item wie man die verantwortwūten sulle, die nit wissende lude sin, obe die in gemeynschafft oder in sunderheit geheischen oder gemant wurden?]

9. Item ob persone geheischen wūden, das nit wiszent lūde weren, wie man die verantwortwūten sōlle?

Daruff ist des grāven meynung, das die keiner verantwortwūrt dōrffen²⁾, es wern dann lude, die etwaz uff in hetten, das an das heymlich gerichte gehörte, die möchten von wissenden luden uffgenommen werden zu eren und zu recht zu sten, ob anders diejhene, die geheischen weren, des begerten und eren und rechtz gehorsam sin wōlten und sich darinne sicher wisten³⁾.

[10. Item obe ein rade in eyner stad von der heymelichen sache wegen ein unschult und eyd geburte zu tūn, obe man die unscholt und eyd tūn moge nach irer friheit und alten herkomen?]

10. Item ob ein rāide ven einer gemeiner stede wegen gebürt ein unschulde und eyde zu tun, ob man den tun mōge nach herkommen und frijeheit der stat?

Daruff sagt der grāve, das daz wol gesin mag, wann ez der stat zu Dōrtmunde zu anderen czijten auch not gewest were.

[11. Item obe einer stad die iren abegefangen und geschediget wurden von luden, die ir ere nit gein yn bewart hetten, wie man die heischen sulle und moge?]

11. Item ob einer stad die iren abefangen und beschedigt wūden unbewareter eren, ob man die heischen mōge?

Item daruff antwurt der frijgreve: man mōge mit zweyen wissenden machtboten dieselben heischen als auch vor geschriben stet.

B.

Dieselben vier Handschriften, aber nicht auch das Nördlinger Rechtsbuch, lassen ohne trennende Ueberschrift einige Artikel folgen, welche das Frankfurter Archiv auf einem besonderen Blatt mit der Notiz: »Etzliche gute articule in den heymelichen sachen notieret« enthält. Jedenfalls gehören sie mit den obigen zusammen und in dieselbe Zeit.

¹⁾ erlutett 18.

²⁾ daz der kainer verantwortwūten dirff 18. 19; bedürff 20.

³⁾ sich darin sich versten 18; sicher 20. Ueber den Sinn vgl. Abschnitt 101.

Zum ersten wer mit rechte verfemet ist, der ist ein verledigeter man in allen sinen rechten, das sy heimlich oder offinbar, und der enmag mit keinem rechten me wircken.

Item obe sie jmand verunrechten wolde mit den heimlichin gerichte, dat sie dann fallin an unsern herren van Collen etc., der vur sie biede, er wolle ir mechtig wesen zu eren und zu rechte. so mag der frygrebe oder der cleger dar merer sie¹⁾ heischen oder verboden oder obir sie richten, wer ez daruber tede, der tede in unrecht etc.

Item wolde daruber jmand mit gewalt mit in vorfarn, das sie dann den obgenanten unsern herren van Collin oder andere fursten oder herren, die fryhen stule hetten, die in mit dem fryhen stule hulpen²⁾, dar sie diejhenen widderumbe daruber heisschen und verboden mechten etc.

Item die andern articule hangen in dissin vurgeschribenen articulen und treffin darin etc.³⁾.

69. Abschnitt.

Süddeutsche Rechtsaufzeichnung.

Die Beschreibung der Handschriften 18, 19, 20 und 23, sowie der vorige Abschnitt ergaben, dass in ihnen eine Aufzeichnung vorliegt, welche in den ersteren drei Handschriften, abgesehen von den dialectischen Verschiedenheiten, gleich lautet, während die Wertheimer Handschrift zwar in manchen Dingen abweicht, aber sonst ganz nahe verwandt ist. Gleich die Anordnung am Anfang ist verschieden. Die drei beginnen unter der Ueberschrift, welche in 19 wahrscheinlich auf dem ausgerissenen Titelblatt stand: »Item die hernach geschriben artikel, die den faymanden zugehoret« (18) oder: »Hie hernach stand geschrieben die püntnusz und artickel, die den faimeren zugehören und darum sy mügen richten mit dem strange« (20), mit der Aufzählung von elf vemewrogigen Artikeln, denen sie dann mit der Bemerkung: »Nota. Die Punkte stehen auch noch geschrieben kürzer begriffen in einer Reformation des heimlichen Gerichts, und wen man vor fordern mag, ist zu wissen«, die Vemewrogen aus § 1 der AR folgen lassen. Die Wertheimer

¹⁾ Hschr. 23 schiebt hier ein dem Sinne nach richtiges, aber entbehrliches *mit* ein.

²⁾ In allen Texten fehlt das Hauptverbum, etwa: bitten.

³⁾ Fehlt in 18, 19, 20, aber nicht in 23.

Handschrift bringt sofort den Anfang der AR bis: »fordern mit rechte« und zählt dann erst die Punkte auf. Ich gebe im Folgenden den Wortlaut der Wertheimer Ueberlieferung, welche die anderen an Güte weitaus übertrifft, und füge nur, wo es nöthig erscheint, einige Varianten bei.

»Hiehernach sten geschriben die XI puncte, die in die feyme-rüge gehorent.

Zum örsten einer der von christenglauben dryttet, oder der da priester oder geistlich lude oder kirchen oder geweihte stede schediget oder beraubt. — Item ein diep oder der gestoln gut hilft verbrauchen¹⁾; ein morder; einer der da mortbrannt; ein verröter; einer der da ein weib²⁾ oder junckfrawen³⁾ notzogt; einer der ein menschen das sin frevelichen nympt, der⁴⁾ mit dem heiligen sacrament bewaret were; einer der da räubet uff des heiligen reichs stroszen unbewart seiner eren; einer der ein frawen räubt, die da kindes innen liget⁵⁾; ein offenbarer felscher; einer der offenbar trewlosz und meineidig ist, einer der ein doden menschen raubt⁶⁾.

Alle Handschriften bringen nun eine kleine Abhandlung über das Verfahren gegen einen Schuldigen.

»Mee⁷⁾ ist zu wiszen, das ein yglicher, der der XI punct eynen oder mee uff im hat, er sije wiszen oder unwiszen, würt er mit schynender⁸⁾ hant uszwendig begriffen im felde, oder ob einer derselben XI punct einen möntgichtig were, den mag man on erfolgung⁹⁾ an sinen hals hencken. oder ob er den nit hencken wölte, so mochte er den füren in das negste gericht und alsdann uber yn loszen urteiln zum dode als gewonlich ist. Wer es aber, das einer derselben XI punct einen nit selbs möntlich bekente oder mit dem hantschyne funden würde, den sol nymant hencken, er sije dann vorhin erwünnen¹⁰⁾ und ergangen, als der heimlichen achte recht ist. Und ist ez, das einer ein frijeschoffen ist, der solcher punct einen oder mee uff im hette, und den¹¹⁾ erfolgen und erwinnen wil an dem frijensstule, so sol er den zu dreyen målen fürheischen und lāszen vordern, als sich dann gebürt ein freyschöffen

¹⁾ mit wiszen 18. — ²⁾ frawen 18. — ³⁾ iber iren willen 18.

⁴⁾ Alle Handschriften lesen: das. — ⁵⁾ in der kümmt legt 18.

⁶⁾ berabt 18. — ⁷⁾ Und fürbas 18. — ⁸⁾ schindender 18, 19; scheinender 20.

⁹⁾ unerfolgung; on erfolgnusz 18, 19; on verfolggnusz 20.

¹⁰⁾ erwunden 18. — ¹¹⁾ wer den 18.

zu erfordern. Und so man den erzeugen sol, so musz der cleger zu im haben sechs echt recht frije schöffen, die mit im da sweren als stuls recht ist under kônigsbanne, das der solche geschicht, die zu der punct eynem gehorent und vorhin mit feymefrage erkannt ist, gethân habe. Wer auch eynen verfeymeten, der mit recht erwûnnen ist, oder sust einen¹⁾ mit handschyne oder mit gichtigem munde ankommet in steden, dorffern oder gerichte, greiffet er solchen manne und hencket den, er sehe zu, wie er von der stat oder dem herrn, des das gerichte ist, kommen werde, dieweil der zugriff geschehen ist in eins herren oder in einer stat gerichte frijheit und herrlichkeit. und nemlichen sol man in steten nymans hencken. Wer es auch, das einer ein hencken würde uszwendig einer stat und doch in der stadt burckbann oder sust in eins herrn lande und gerichte, ist es dann, das der herre oder die stat den oder dieselben bededingen, warume sie das gethan haben, hân sie dann ein schynebrieff von eim frijgreven, das derselbe, der da gehenckt ist, verfolget und verfeymet gewesen ist, so sol man dieselben alsdann unbededingt lāszen, dann sie sprechen, sie haben es mit recht getân. Hân sie aber des scheinbrieffz nicht und werden darum bededingt, so ist in not, das sie solche geschicht mit blickendem scheyne oder durch muntgichtung bezeugen mögen, als sich gebürt zu erfinden, als der heymlichen achte recht ist«.

Die Wolfenbüttler und die beiden Münchener Handschriften enthalten dann unter der Aufschrift: »Hirnach stand geschriben urtail«, die Urkunde des Dortmunder Kapitels vom 2. September 1430 (oben S. 227), und die im vorigen Abschnitt mitgetheilten Frankfurter Fragen, während die Wertheimer die erstere nicht enthält. Dafür schiebt sie nach Schluss der Frankfurter Fragen nochmals folgendes Verzeichniss der vemewrogigen Punkte ein, welches in den anderen Ueberlieferungen fehlt:

»Item der von christenglauben dryttet; der synen rechten herren verröttet; der sin ebencristen ermordet mit fürsatz; der mortbrennet mit fürsatz; der frawen oder junckfrawen notzogt; ein diep; der frawen in kintbette schindet; eyner der frawen oder manne schindet, die in kranckheit ligen und mit dem heiligen sacrament bewaret weren; item eyner der reraubt; der eyn verlopt und ver sworn hette und in darüber raubte oder brannte oder beschedigte; item der kirchen closter clusen und gotzhuser schinte oder stôrte;

¹⁾ ainen, der mit hantschinde — ankumet, 18, 19.

item der prister frawen und geistlich lüde schinte; der eim das sin mit fürsatz abswerte sin lip, sin ere, sin gut, so man in bezeugen mag mit drien frijenschöffen. Item ob ein gut man ein boten usz-sante und einer den boten schinte oder im sin brieff uffbreche«.

Gleichmässig fahren dann alle Handschriften mit folgender höchst interessanten Erzählung fort:

»Item einer, der ein frijeschoffe ist und sich nit verantwort würt als sich gebüret und daruff durch den cleger erfolget würt, ee das der verurteilt würt, so spricht der frijgreve oder sin fronbotte, ob ymant usz den vier landen eyne nordän, westen, suden und osten hie an gerichte stee, der den verclagten wölle durch got und den keiser und konig uffnemen. Und ist dann, das eynich echte frijeschoff dastet und vergewiszet dem gerichte und dem cleger, also das der verclagte sölle dem cleger uff gelegen felichen steden, daruff er mit sinen fründen sicher und felichen ab und zukommen mag, tun, so wes er im von eren wegen pflichtig ist zu thun, so sol über solich erbitten kein urteil über den beclagten geurteilt und gewiset werden. Und geschehe darüber urteil und gerichte, das wer ein ungerichte und schadde dem verclagten¹⁾ weder an leip noch eren. Ist ez aber das ein solichen mann nymantz uffnymt, so bitet der cleger den frijgreven ume got den keiser und konig und das hilige rijch, das er im richten wölle über den mann, den er beclagt hat, um sin übeltät und boszheit. So sol man dem cleger richten. alsdann so musz der cleger an²⁾ sweren und sechs frijeschöffen fortens uff in, das des clegers eyd rein und nit meyn sey und das der geschuldiger sije des keisers des konigs des herczogen aller frijegräven und frijeschöffen feynt und hab durch sin übeltat, missetat und boszheit verschuldet und verwircket den stranck, den galgen und den doit, als ine got helffe und die heiligen³⁾).

Zu wissen, das ein gut frünt hat diese läre in groszer heymlichkeit zu versten geben. Also wer es, das einer geheischen würde und velleichte understanden würde zu bezeugen⁴⁾, das der sich mag enbrechen über alle gezeugnisz, das im kein gezeugnisz

¹⁾ *cleger*, während 18, 19, 20 wie oben lesen.

²⁾ So auch 18, fehlt bei 19 und 20.

³⁾ Auffallend ist die Uebereinstimmung mit der Urkunde des Freigrafen Wilhelm Selter von 1442, Ztschr. Niedersachsen 1855 S. 265.

⁴⁾ Hschr. 20 liest: *und der clager sich unterstündt den verclagten zu bezeugen und das sich der verclagt mag mit recht prechen von aller zeugnisz.*

weder an ere noch an leib geschaden mag, es wer dann das einer mit der hantschyne fur gerichte brächt würde, oder das er sich der getät an gerichte muntlich erkante. Und sint disz die wege und rede, die einer fur gerichte sagen müste:

»Gråve! solichs ziges, als mich der anganget, des bin ich unschuldig und biden uch um die heiligen und die steber¹⁾ uff und abe²⁾ sunder fare under kônigsbanne! Gråve! ich biden uch zum andern måle um die heiligen und die steber³⁾ uff und abe sonder fare under kônigsbanne! Zum dritten måle, gråve! ich bin des geziges, als mich der mann anlanget, unschuldig. Gråve! ich ermanen uch bij den eyden, so ir dem keiser dem kônig und dem hiligen rich getân hânt, und biten uch um die hiligen und die steber⁴⁾ uff und abe sonder fare under kônigsbanne und getrawen uch, ir solte hierüber nit uff mein ere oder leip lāszen urteiln«!

Die AR und AW, in der Weise, wie bereits angegeben, schliessen dann die Wertheimer Handschrift ab, die anderen drei bringen dagegen nach diesen Stücken noch mehrere Schreiben über Vemegerichtssachen, welche die Stadt Mainz betreffen und deren eines von 1436 datirt ist. Obgleich das Wertheimer Schriftchen somit mehrfach von den übrigen abweicht, ist es doch unverkennbar auf der gleichen Grundlage erwachsen. Den Ursprung werden wir ausserhalb Westfalens zu suchen haben, da kein niederdeutsches Rechtsbuch sich mit dem unseren irgend näher berührt, während es in verschiedenen süddeutschen Dialecten vorliegt. Da ein guter Theil seines Inhalts auf Frankfurter noch heute vorhandenen Archivalien beruht, so mag das Werk auch in der Nähe dieser Reichsstadt entstanden sein, jedoch nicht in ihr selbst, weil wir es sonst in dem Stadtarchiv wahrscheinlich noch vorfinden würden. Ich denke an Mainz, wohin die angehängten Briefe weisen. Die Vermuthung gewinnt an Kraft durch das Nördlinger Rechtsbuch, welches auch Spuren Mainzischer Herkunft trägt. Es enthält S. 98 in sehr ähnlicher Form die Vemewrogen, dann S. 120 die Dortmunder Urkunde vom 2. September 1430 und die Frankfurter Fragen in ganz gleicher Anordnung, wie Hschr. 18, 19, 20. Da in Hschr. 18 diese Stücke vor 1457 eingetragen sind, so liegt die Abfassungszeit des ganzen Werkchens zwischen 1437 und 1457.

¹⁾ *stercker* 18, 19, 20. — ²⁾ *die auf und abfarren* 20.

³⁾ *ebenso* 18; *sterber* 19; *stärcker des rechten* 20.

⁴⁾ *ebenso* 18; *stäber* 19; *stercker* 20. Vgl. Abschnitt 90.

70. Abschnitt.

Dortmunder Rechtsbelehrungen.

A. Ein Papierblatt aus dem Frankfurter Stadtarchiv, mangelhaft abgedruckt bei Usener S. 48. Die kleine Rechtsmittheilung, welche an sich nichts neues enthält, ist von Interesse durch ihr verhältnissmässiges Alter. Der mitunterzeichnete Gereken van Hūning ist unzweifelhaft der Dortmunder Freigraf, welcher sonst unter dem Vornamen Gotichein oder Godeke bekannt ist. Er wurde 1389 angestellt und ist noch 1402 nachweisbar; er mag bis 1415 gelebt haben, wo Heinrich Wimmelhus ernannt wurde. Heinrich von Lindenhorst liess sich 1399 vom Könige Wenzel belehnen, so dass sich als zeitliche Grenze 1399—1415 ergibt. Merkwürdig ist ferner, dass der Freigraf immer Schultheiss genannt wird; das Wort ist nie ausgeschrieben, sondern immer mit scholth. abgekürzt.

Wer einen scheffen¹⁾ heischen wil, der musz haben II²⁾ cleger, die desjheins missetat, der da beclaget wirt, da uffbaren by iren eyden. den helffen dan vort der scholth. und die scheffen zu irem rechte. dye dan uffgeheven ist, den musz man verboden mit II echten³⁾ scheffen zu VI wochen, als recht ist, und wan die VI wochen umme sint, so müsz der scholth. gen uff den stül uff den andern tag, als er ym verbodet hat. enkomt dan derjhene nicht, der da verbodt ist, als vorgescreven ist, sich zu verantworten, so sal yn der scholth. vort uffnemen in der heymlichen aichte zu dem andern mole und sal yn verboden mit IIII echte scheffen ut supra. so sal yn der scholth. vort uffnemen zu dem III. male und sol yn der scholth. selber verboden mit VI, daz ist sulv VII, zu VI wochen als recht ist. und wan die VI wochen umb sint, so musz der scholth. gen uff den stol uff den andern tag ut supra. enkempt er dan nicht, so mag der scholth. uver yn richten als recht ist. und sol die verbodunge tun an yn selber eder an sinen wonunge an eymem scheffen oder einem scholth. . auch sal man keinen verboden bynnen der besloszenen tzit und die besloszen zit ist usz in der alinc wochen nach pingsten.

Heinrich van Lindenhorst grefe tzu Dorpmunden.

Gereken van Hūning.

¹⁾ *meister* durchgestrichen und darüber *scheffen* geschrieben.

²⁾ Der erste Strich von II ist jetzt durch Bruch des Papiers ausgefallen, doch ist von dem darüber stehenden Punkt noch eine Spur zu erkennen. Usener, der 2 schreibt, sah den Strich jedenfalls noch erhalten.

³⁾ Dahinter *frien* durchgestrichen.

B. Ein einzelnes Papierblatt, gehörig zu Hschr. 13 Darmstadt. Die Schrift von zitternder Hand ist sehr unleserlich, so dass die Worte manchmal nur errathen werden können. Ueberschrift: »Nota. Diz hernach gescribene hat Claus van Breydenbach der bürgermeister erleret¹⁾ zu Dörppmunden in anno etc. XL primo circum festum Sancti Galli« (October 16). Das Stück gehört wahrscheinlich noch zu dem Processe, dessen Acten in der Darmstadter Handschrift vorliegen. Claus von Breidenbach ist nicht der Dortmunder Bürgermeister, sondern der Mainzische Bevollmächtigte.

»Primo: in unszers herren van Mentze uffnemunge gebristet geborlicher zyd und stede. item ein wiszender mag einen unwieszenden uffnemen und II wiszende mogen einen wieszenden uffnemen in guder forme. Item eyns wieszenden lip und ere kan bekuntschafft werden, wann er mit sime eyde wyl darvor stan, [er] werde dann uff frischer dait begriffen oder sij der ubeltät bekentlich.

Item eyn appellatio mag gescheen van eynr stad oder eynem wiszenden primo darümb: wirt man uffgenommen zu gelegen steden und geborlicher zyd und daz diejhenne, die die uffnemunge dut, gud gnug davor sint, oder der heischbrief yme nit gegeben wirt, daz er noch vor yme habe III tage VI wochen, daz ist auch eyn beswerunge. Die appellatio sall gescheen bynnen X tagen nach der beswarunge und also, daz man eynen volmechtigen procurator machen sall, der wiszen sij, und sall sin procuratorium zeygen, wan er an gericht kummet; und ab sie nu sprechen, daz procuratorium were nit mechtig, oder wie sie daz darinn lerhten, so sal der procurator an den nehsten stul komen und do erkennen laszen, ob sin procuratorium mechtig sy ader nit. [Es] si mechtig, so neme er daz gerichte zu gezuge³⁾ und sal zu den hilligen sweren, daz er an deme ersten gerichte soliche sache gebotten habe, und sal er dann deme gerichte kunt dun, in waz zyden er wolle der appellacien nachgeen.

Item wan eynr an gerichte appelleren wyl, so sall er sich beruffen, sobald daz urteil gewiset wirdt, und beidet er, bitz daz der rictor drywerke gefreget, so ist die appellatio versumet.

Nota. wanne eyn urtaill gesprochen ist, so spreche der frygreve: »Ist ymand hie, der daz urteil anget, daz Hanns Abirleuter gesprochen

1) Ausgestrichen und unleserlich.

2) Gleich: aber.

3) Dahinter noch einmal: *nemen*.

hat, der hore zu«. und spricht im nymand, so spreche er dan: »So frage ich under koningsban, zum ersten male, ab solich urteil ycht durch recht gewisen und volmechtig sin sulle zum ersten zum andern zum drytten male« etc.

C. Ein undatirter Papierzettel aus dem Dortmunder Stadtarchiv, enthaltend Fragen, welche wahrscheinlich dem Freigrafenkapitel vorgelegt werden sollten. Die Berufung auf die Arnberger Reformation in § 2 zeigt, dass das Blatt nach 1437 geschrieben ist; vermuthlich gehört es zum Jahre 1452, wo in dem Arnberger Kapitel ähnliche Fragen erläutert wurden¹⁾. Die klare Formulirung giebt dem Stück einigen Werth, wie es auch auf die Weise der Verhandlungen Licht wirft.

1. Item eyns ordels to vragen: enighe lude, de vor enen verclageden geloven deden, de noch varende lude weren und selffe nicht to huse noch to hove enseten unde ok geyn eighene wonunge nicht enheden, dar men sey vinden mochte, off dat ok eyn temelick gelove sy na frienstols rechte unde²⁾ eyn rechte vemwroge treffende an des verclageden lyff und eren; wat darumb recht sy?

2. Item off eymand geloven bode vor eynen verclageden, dem gerichte und cleger te done up gelyken gelegenen geborliken verveiligeden dagen und steden, und de geloiffbrieff nicht mede enbegrepe: »bynnen geburlicher tyden«, off dan dat ok eyn temelich gelove sy na frienstoils rechte na utwisunge der reformacien; wess darumb recht sy?

3. Item off eyn vrygreven enen verclageden synen konixdagh gebeden unde gewonnen hed und den verclageden den dag vort kund doyn wolde vermytz synen boden und schrifftten, und de bode darover myshandelt, gestot unde geslagen were: wess deghene darumb gebrucket heden und wo men sey umb dey vemwroge wynnen und verboden solle; wes darumb recht sy?

4. Item off eyn clegher eymande verclaget und vervolget hed eynewerff myt twen frischeppen, anderwerff myt veir frienscheppen und derdemaill myt sess friescheppen und eynen frygreven umbe eyn rechte vemwroge sake, als dat myt ordell und rechte erkant were, und syn claghe over em vervolget also vere, dat hey dey sess friescheppen myt ordell und rechte gewonnen hed, dey om syne vemwroge solden helpen tugen na frienstoils rechte, und der frigreve

¹⁾ Fahne N. 251.

²⁾ Es ist wohl zu lesen: *umbe*.

do dem verclageden synen konixdag myt rechte behelt und den friescheppen alda weder van gerichte wegen geboden wart, up den konixdage weder in gerichte to syne und dem cleger syn vemwroge to helpen tugen, und off dey friescheppen all off eyn dels dem gerichte unhorsam worden weren; wess darumb ere bruck sy na frienstoils rechte?

D. Ich füge bei eine Anfrage, welche Johann Abel, Richter zu Geseke, an den Stadtschreiber Albert zu Dortmund richtete. Er bat ihn Urtheil zu fragen von dem Freigrafen und es von diesem oder der Stadt Dortmund besiegeln zu lassen, wofür er gern die Kosten tragen wolle. Die Zeit lässt sich vorläufig nicht näher bestimmen; die Schrift scheint mir in den Anfang des vierzehnten Jahrhunderts zu weisen.

»Eff eyn wetene man unwetende lude vorboddede vor eyn apenbar gerychte unde dey wetene man nycht kunde vor gherychte komen, eff hey ycht mer vorbyr wen dat bôt unde eff hey syn sake icht vorderen mochte vor eynen anderen vrygen stole, nach dem dat hey vor den stôl van lyves noit nycht komet noch komen enkunde? und eff ordele dar ghevraget eder ghevunden wörden, dar hey nycht gegenwordych enwere noch komen kunde, eff dey ok bunden eff hynderlych mochten weysen an synem rechten, eff wat hyr recht um sy? to dem anderen male: eff eyn wetende man van unwetender lude wegen eyne clage dede over eynen unwetenden man unde dey clage nycht enworde ghewijst vor veymwroge unde eynen bôtbreff dem unwetene sende bynnen veyrteynachten to rychten myt em, des he harsam gerne hedde gheweysen, eff dey unwetene man dan darna langhe eyn scheppen worde, eff men den ycht vorbodden solde, alze eynen scheppen in dren tyden, eff wat hy recht um sy«?

E. Usener hat in N. 28 und 29 zwei umfassende, nicht näher bezeichnete und datirte Rechtsgutachten abgedruckt, welche reichen Inhalts sind und namentlich durch die Verwerthung des Sachsenspiegels Interesse erregen. Ihr Ursprung ist unzweifelhaft in Dortmund zu suchen. Beide beziehen sich auf ein und denselben Process, dessen Acten im Frankfurter Stadtarchiv liegen, und dem eine kurze Betrachtung zu widmen, sich verlohnt. Der Rath hatte einem gewissen Dutsche Geleit ertheilt, von dem er nicht wusste, dass er in Hessen als »Mörder, Kehlabschneider, Mordbrenner und Strassenschinder« bekannt war. Hessische Unterthanen erkannten Dutsche

auf der Strasse, nahmen ihn fest und beehrten seine Bestrafung; der Rath hielt sich aber an das einmal ertheilte Geleit gebunden und liess ihn laufen. Landgraf Ludwig liess darauf durch seinen Freigrafen Mangolt die ganze Gemeinde Frankfurts, ausgenommen Wissende und Geistliche, nach Freienhagen vorladen. Die Stadt wandte sich um Vermittlung an König Friedrich, welcher in Rücksicht darauf, dass die Sache nicht zu den in der Arnberger Reform als vemewrogig bezeichneten Verbrechen gehörte, ein Schreiben übersandte, in welchem er dem Freigrafen befahl, von der Sache abzulassen, da er selbst ihre Schlichtung bewirken würde. Dieselbe Weisung richtete er an den Landgrafen. Mittlerweile hatte Mangolt eine nochmalige Vorladung ergehen lassen, der Rath sandte den geschworenen Boten Johann Kerber mit dem königlichen Schreiben und einem Instrument, in welchem die Stadt von dem Freistuhl an den König appellirte, an den Freigrafen Mangolt, der sich sehr unehrbietig über das Reichsoberhaupt äusserte und die Annahme verweigerte. Am 14. Januar 1443 hielt Mangolt ein offenes Ding ab, in welchem der Process in die heimliche Acht gewiesen wurde, doch mit dem üblichen Aufschub. Kerber aber wurde, weil er die Briefe in ungebührlicher Weise habe übergeben wollen, zu einer Geldstrafe verurtheilt, bis zu deren Leistung er in der Burg Wolfshagen bei Wasser und Brot eingesperrt werden sollte; er konnte zwar vorläufig abreisen, musste sich aber für das nächste Gericht verpflichten. Friedrich von diesen Vorgängen unterrichtet befahl sofort dem Erzbischof von Köln, den Freigrafen streng zu bestrafen, und der Stadt Dortmund, den Frankfurtern Hilfe zu leisten und ihnen auf Begehr ihren Stuhl zu öffnen¹⁾. Demgemäss sandte der Rath am 13. April zwei Bevollmächtigte nach Dortmund, welche dort oder an andern freien Stühlen seine Sache vertreten sollten. Die beiden Weisthümer bei Usener N. 28 und 29 sind die Frucht dieser Schritte. Wahrscheinlich aber weigerte sich Dortmund, vielleicht aus Rücksicht auf Landgraf Ludwig, Schritte gegen den Freigrafen selbst zu thun. Daher entschloss sich Frankfurt, auf andere Weise als dem Wege des Rechtes Abhilfe zu suchen, und die reichlich gespendeten Goldgulden verfehlten ihre Wirkung bei Dietrich von Wickede und Anderen nicht, wie der 106. Abschnitt berichten wird.

¹⁾ Zwei hierher gehörige Briefe Friedrichs bei Chmel Einleitung 51 und Usener N. 19.

71. Abschnitt.

Reformvorschläge des Grafen Gerhard von Sayn 1468.

Die nachstehenden Aufzeichnungen bilden den Schluss von 22. Wiesbaden. Offenbar sind es Punkte, welche auf dem vom Grafen Gerhard beabsichtigten Kapitel zu Dortmund im Mai 1468 zur Sprache kommen sollten, vgl. Abschnitt 84. Sie sind für die späteren Zeiten der Freigerichte und manche Verhältnisse von grossem Interesse und bezeugen den Ernst, mit welchem Gerhard an seine Aufgabe ging.

1. Stoilherren

sullent belehent syn van dem keyser ader anderen, die des macht habent als lehenherren und zu lehen entphangen hant zo allen zijten.

Item nota hoc contra ducem Gellerensem et contra ducem Coloniensem videlicet Westphalie.

2. Frygreven

sullent presentiert sin und confirmert sub pena.

Wie die frygreven sin sullen echt und recht iuxta formam positam.

Die solichs nyt sint, synt nyet frygreven, und alles das gethan ist van den, ist nicht und van unwerde und behoret so declariert zo syn, und sint erfallen in die pene. Nota juramentum comitis.

3. Sullent die scheffen burgen setzen, daz sy echt geboren und bequeme sint und nyet eygen noch unnutze lude.

4. Nota, daz sy alle jars eyns zo capittel komen sullent. Declaratio: uff yere kost, so sy den nutz haben. Item wan dat aber geschuyt zu ersuechen etlicher parthien, das dan das capitel gehalten werde uff der parthien cost.

5. Wer wieder ere doet, anders sall man nyt richten und die pünthe der reformacie.

6. Sall man ordiniren und reformiren, aeff eyn frygreve nyt wyste, aff eyner fryscheffen were, daz hie dan schriebe in synem ladebrieve, aff derjhenne der geladen wirt fryscheffen were, dat hie dat kunt thoe by demselbin boden ader bynnen seess wochen und dryn tagen, uff das der frygreve sich geborlich halten moege und keyne parthie darinne gesumet werde. Und were sache, daz hie des ungehoirsam were, so sall man ine heysschen und geheyscht halten als eynen unwyssende und sin recht zo der zijt versumet.

7. Nyet zo laden eynen wissenden man noch ladebreve zo geven, sunder recht und urteyll und oirsache in den brieff zo setzen, und dat punt zo visitiren.

8. Wanne eyniche sunderliche wyse oder ordenunge van gesetze des rechten ingesatz ist, zo halten in siner eygentlicher formen und naturen ader gesteltenys wieder daz gesetze, ist nyet und van unwerde und behoret gereformiret zo syn und van unwerde, als geistlich und werntlich recht das clerlichen usswysent sunder glosa oder loyca.

9. Der frygreve item sall nyet thun an wissen und willen des stoilherren. dyss ist noit zo visitieren omb der stoilherren willen propter penam.

10. Van der velicheyt der verbodungen moiss swerelich visitiret sin, dan die dicke gebrochen wirt.

11. Nota forme der velicheyt und sentencie nulla contra non tutum, Virnenburg zom Holnaren geschiet ist¹⁾).

12. Dat eyn frygreve sich nyt entschuldigen sall van unwissenheynt des rechten, want hie ist schuldig van amptzwegen sin recht zo wissen.

13. Van den brieven der frygreven van gewystem orteyll sall man visitieren und reformieren.

14. Item zo fragen, off man auch generailfrygreven machen moege uff mehr stule dan uff eynen.

15. Forma zo halten in ladungen der fryscheffen.

16. Item zo fragen, off ein greve gebrechlich were unrecht zo thun ader aff sich untzemlich hielte, aff sich dan die parthien behelffen moegen mit eyme andern gerychte ader berueffen zo eyme stathelder und capitel.

17. Item zo fragen, aff man eynen fursten vor dat frygerichte heisschen moege, besunder der dem fryengerichte gesworen ist.

18. Item dat die stoilherren und frygreven eynen redelichen taxa van den luden nemen und auch in bequemer zijt die rechte handelen und ussgaen lassen und die zo setzen in bequemelicheyt.

¹⁾ Der nur andeutungsweise gegebene Satz ist unklar.

72. Abschnitt.

Kapitelbeschlüsse (um 1470).

In welchem Jahre die nachstehenden Kapitelbeschlüsse gefasst sind, lässt sich nicht bestimmen. Sie bilden den Schluss von Hschr. 3. Soest, werden also um 1470 fallen. Der unter B mitgetheilte Satz steht dort ebenfalls S. 26 als Zusatz zu den Gelovesbriefen.

1. Item eyn mercklich ordell im capittel gewyset: Worde eyn wettener man vorbodt vor den frien stoill tom ersten male ind sente den frigreven darop eynen geloeffsbreif, ist dey gelovesbreif werdich ind enstunde dar nicht inne, dat hey deme gerichte doin woulde so wol als dem cleger, darumb enwere der breiff nicht unwerdich, wante hey were in der ersten vorbodinge gehorsam und nicht brochlich. sunder hette her vorwercht, dat dey ander vorbodinge gekomen were, ind hedde der ersten vorbodinge nicht gehorsam wesen ind were tom ersten brochlich ind stonde dan in dem gelovesbreif nicht, dat hey doin woulde dem richter ind cleger etc., so were woll der geloeffbreif van unwerde.

2. Item worde eyn gelovesbreif dem frygreven bynnen geborlich tijt gesant myt orkunde, so recht is, richtede der greve dair-
enboven over den vorboden man, dat were unwerdich machtloiss ind dem verbodeden unschedelich.

3. Item vorwylkorden sich beyde parthien fruntlike to scheden, ind sette dey frygreve schedeslude myt willen beyder parthien ind kunden darna dey parthien eyn kuntliche schedunge wisen, dar sal edt by bliven, ind geschege dairenboven enighe beswerunge, dey were dem anderen unschedelich.

4. Item in vorbunden tyden als in den quatuor temporum ind anders so ensal neyn frygreve richten des hilligen richs frygerichte hemelike achte. dat sy dinstach off donrestach, all engebordt idt sich nicht.

5. Item dat ensall neyn frygreve einchen frien scheffenen vorboden laten myt breven, hey enlate in den ersten vorbotzbreif schri-
ven dey anspraike klair ind ouch laten ersten mit ordelen erkennen, off dey clage vemfrowich sy.

6. Item leyte hey den vorclageden darna tho dem anderen male vorboden, so enmochte hey der clage nicht vormeren off ver-
anderen, desgelichs in der derden verbodunge; geschege dat, dat moichte dem cleger syn sache hinderen.

7. Item eyn ordell ist gewyset, dat nemant vor den anderen sal ansprecken offte antworden umb vemwrogige sache dreffende an liff ind ere, wante idt enmach nemant vor den anderen sterven in dem rechte. ind ouch so enmach myt eyden nemant vor den anderen unschult doin.

8. Item stonde dey cleger in eincher verbodunge des fryen gerichtz, so enmach hey nemande verklagen offte verboden laten, hey enhebbe sich ersten myt rechte dair uthgetogen.

9. Item dey clagede van wegene eynes doden mans dat enmach nemant myt rechte doin.

10. Item idt enmach neyn volschuldich¹⁾ eygen man beclagen nemande in der hemeliken achte dreppe an liff ind eere, dat werdich ind recht sy.

B. Off dan dey beclagede verbodede man ind dey borgen ind dey gelovener deme gelovenbreve ind compromisse ind dage dairinne bestemmet uthgengen ind affreden ind eren noich rechtz plegen enwolden, so machstu dan dyne gerichte ind rechte vart navolgen ind forderen sey, so vyll dy dan noit gebort, und wedderumme anheven, dair dat bleven were und dey anderen verbodunge ind dey derden verbodunge vortan werven ind gaen laten, as recht is, und [an] dem geteicheden dage dan vormittz erbar manne fryscheppen kontschop ind schyne nemen, dat dey beclagede und dey borgen des dages uthgengen ind affreden. op deyselve kunde sal dey frigreve dan dem cleger gerichte doin over den beclageden und dey borger, as dan recht is der hemeliken achte.

73. Abschnitt.

Das Schreiben an die Stadt Bremen.

Duncker S. 187 und 190 zählt zu den Rechtsquellen, welche Beachtung verdienen, ein Schreiben, welches Berck, Geschichte der Westphälischen Femgerichte S. 467 aus dem Bremer Rathsdenkeltuch gedruckt hat, und betrachtet es als einen von der Stadt Soest ertheilten Bericht. Das letztere ist sehr unwahrscheinlich, da die Ansichten, welche hier niedergelegt sind, gewiss nicht aus dem Munde eines gebornen Westfalen stammen können. Wenn auch Soest einen sehr vorsichtigen Gebrauch von seinen Freistühlen machte,

¹⁾ *unschuldich.*

so hielt es sie doch in Ehren, und der Rath würde sich gehütet haben, ein ihn so blossstellendes Schreiben abzusenden. Indessen wird sich kaum bestreiten lassen, dass der Brief in Soest geschrieben ist. Ich vermuthe daher, dass er von einem Vertrauensmanne des Bremer Rathes herrührt, welcher sich in Soest aufhielt. Wahrscheinlich war es ein Geistlicher. Denn ein anderer würde kaum die Schriften Dietrichs von Niem kennen oder die spitzige Bemerkung über die Fürsten machen, welche Freischöffen werden und dadurch den Freigrafen gegenüber eine Verpflichtung eingehen, an welche sie einem Bischofe gegenüber, von dem sie Land und Leute zu Lehen hätten, nicht denken würden¹⁾. Damit stimmt, wenn der Schreiber diese »Secte« der Freigrafen für verderblicher erklärt als die böhmischen Ketzler und Ketzerei in der Behauptung findet, König und Papst hätten keine Macht über die Freigerichte²⁾.

Der Brief fällt wahrscheinlich in das Jahr 1436. Denn die drei Freigrafen, welche der Brief nennt, Mangolt, Manhoff und Weidemann wurden 1437 von dem Abte des Schottenklosters in Erfurt excommunicirt, welchen das Baseler Concil im Januar 1437 zum Schützer der Privilegien der Stadt bestellt hatte. Davon ist in dem Schreiben noch nicht die Rede. Die Sache war also wohl noch nicht soweit gediehen. Mangolt und Manhoff liessen sich dadurch freilich nicht stören und belästigten Erfurt weiter, aber von ihrem Genossen Weidemann hört man nichts mehr.

Der Brief ist demnach sehr werthvoll als eine Zeitstimme, aber nicht zu betrachten als eine Aeusserung aus den am heimlichen Rechte beteiligten Kreisen.

74. Abschnitt.

Ergebniss.

Erst spät fing man an, über die Rechtsbräuche und Gesetze der Veme Aufzeichnungen zu machen. Die früheste datirte sind die Ruprechtschen Fragen von 1408; dann folgen die Dortmunder Weisung in Abschnitt 70 A und die Frankfurter Fragen. Einige andere

¹⁾ Vgl. Abschnitt 92.

²⁾ Duncker hat den Satz: »Se laten ok valscheliken luden, een Romesch konnyk unde pawes enhebben dar nene macht over« missverstanden, indem er ihn auslegt, als hätten Freigrafen den König vorgeladen. »Luden« bedeutet: ver-lauten.

kleinere Aufzeichnungen, wie namentlich die über die Vorladung eines Schöffen, scheinen auch in diese Zeit zu gehören. Erst das Kapitel von Soest-Dortmund 1430 brachte Stätigkeit in das Vemerecht. Der Anhang zu den Ruprechtschen Fragen entstand noch vor dem Arnberger Kapitel 1437; erst nach diesem wurden die Fragen selbst mit Anhang zu einem niederdeutschen Rechtsbuch umgeschaffen. Nun entwickelt sich schnell eine reiche Literatur, welche sich hauptsächlich darauf richtet, die vorhandenen einzelnen Schriftstücke, wie Rechtsbelehrungen, Weisthümer und dergleichen zu sammeln und mehr oder weniger einheitlich zu verarbeiten. Das älteste grössere Rechtsbuch ist das Hahnsche, welches am Rhein zwischen 1437 und 1442 entstand. In dieselbe Zeit etwa fällt die Süddeutsche Rechtsaufzeichnung, und nach 1446 das Koesfelder Rechtsbuch. Das erste Rechtsbuch Wigands, welches auch erst nach 1437 verfasst wurde, diente nebst anderen Quellen bald dem zweiten als Vorlage, und beide waren bereits um 1470 im Grossen Rechtsbuch vereinigt. Dieses bot bald den Verfassern der Rechtsbüchersammlungen, welche in der werthvollen Soester Hschr. 3 und in der Osnabrücker Hschr. 1 vorliegen, Gelegenheit zu Ergänzungen ihrer Texte. Dem wackeren Grafen Gerhard von Sayn, der von 1468 ab bis 1475 den heimlichen Gerichten vorstand, verdanken wir eine inhaltsreiche Zusammenstellung älterer Vemerechtsaufzeichnungen. Das sechzehnte Jahrhundert begnügt sich meist, die vorhandenen Schriften abzuschreiben, aber es bringt noch eine späte, freilich wenig gelungene Arbeit in dem Nördlinger Rechtsbuch.

Auffallend ist der verhältnissmässig grosse Antheil des westlichen und südlichen Deutschland. Nicht nur, dass hier die Ruprechtschen Fragen ihre Entstehung fanden, sondern der diesen beigefügte Anhang, die erste und die letzte grössere Rechtssammlung, sowie die lehrreiche und interessante Rechtsaufzeichnung, sind auf nichtwestfälischem Boden erwachsen. Abgesehen von den Processurkunden, welche namentlich die städtischen Archive bewahrten, stammen auch eine Anzahl werthvoller Handschriften aus Baiern, Schwaben und Franken. In Schwaben wurde endlich den absterbenden Vemeegerichten ein letzter Nachruf gewidmet in einer kleinen Schrift, welche allerdings ihrem Inhalte nach sich nicht neben die älteren Schwestern stellen kann. Ein unbekannter Schriftsteller verfasste 1546: »Der Hailigen Haimlichen Echt, Freigraven und Schöpffen Westphalischen Gerichts-Ordnung und Statuten« — und erzählte darin manches

wunderliche von der Einsetzung der Gerichte durch Karl den Grossen im Jahre 772, von ihrer Handhabung und ihrer angeblichen Aufhebung durch Kaiser Max, und gab auch den freilich sehr entstellten Text der AR und der RF. Seine Arbeit fand den Beifall der Zeitgenossen, für uns ist sie werthlos¹⁾.

¹⁾ Freher-Goebel 169; Datt 773; vgl. Anzeiger a. a. O. 195. — Lang Gesch. Ludwigs des Bärtigen und Freyberg I, 212 berichten von einem späten Rechtsbuch in Baiern.

